

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hagen Schulze

Die Versuchung des Absoluten
Zur deutschen politischen Kultur
im 19. und 20. Jahrhundert

Karl-Heinz Ruffmann

Geschichte als aktuelle
Orientierungshilfe

Josef Henke

Verführung durch Normalität –
Verfolgung durch Terror

Christoph Kleßmann

Osteuropaforschung
und Lebensraumpolitik
im Dritten Reich

ISSN 0479-611 X

B 7/84

18. Februar 1984

Hagen Schulze, Dr. phil. habil., geb. 1943 in Tanger/Marokko; seit 1979 Professor für Neuere Geschichte sowie Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft am Friedrich-Meineke-Institut der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Freikorps und Republik 1918—1920, Boppard 1969; Akten der Reichskanzlei, hrsg. v. K. D. Erdmann/W. Mommsen: Das Kabinett Scheidemann, Boppard 1972; Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn 1975; Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt-Berlin-Wien 1977; Weimar. Deutschland 1917—1933, Berlin 1982. Zahlreiche Aufsätze zur deutschen und europäischen Geschichte der späten Neuzeit.

Karl-Heinz Ruffmann, Dr. phil., geb. 1922; o. Professor für Osteuropäische und Zeitgeschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg; 1957—1962 wiss. Mitarbeiter und (seit 1959) Studienleiter des Ostkollegs der Bundeszentrale für politische Bildung in Köln; 1962—1982 Mitglied in dessen wiss. Direktorium und 1972—1981 auch Mitglied des wiss. Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; seit 1983 Mitglied des wiss. Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München.

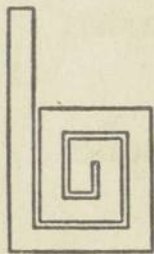
Neuere Veröffentlichungen: Sowjetrußland 1917—1977. Struktur und Entfaltung einer Weltmacht, München 1981⁹; Sport und Körperkultur in der Sowjetunion, München 1980; (zus. mit H. Altrichter) „Modernisierung“ versus „Sozialismus“. Formen und Strategien sozialen Wandels im 20. Jahrhundert, Erlangen 1983.

Josef Henke, Dr. phil., geb. 1944; Studium der Geschichte und Romanistik in Münster, Nancy und Freiburg; Archivoberrat im Bundesarchiv in Koblenz, Referatsleiter für Parteienschriftgut (insbes. NSDAP), Unterlagen aus alliierten Kriegsverbrecherprozessen und Sammlungen der sog. Ost-Dokumentation zur Geschichte der Vertreibung der Deutschen.

Veröffentlichungen u. a.: England in Hitlers politischem Kalkül, Boppard 1973; (Bearb. zus. mit G. Granier und K. Oldenhage) Das Bundesarchiv und seine Bestände, Boppard 1977; (zus. mit J. Dülffer und J. Thies) Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln-Wien 1978; Economic Reconstruction in Europe. The Reintegration of Western Germany. Report on the relevant historical material in the Bundesarchiv, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 137 (1981); Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982).

Christoph Kleßmann, Dr. phil., geb. 1938; Professor für Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Die Selbstbehauptung einer Nation, Düsseldorf 1971; (mit P.-Friedemann) Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946—1948, Frankfurt 1976; Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870—1945, Göttingen 1978; (Hrsg. mit F. Pingel), Gegner des Nationalsozialismus, Frankfurt 1980; Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945—1955, Göttingen 1982; zahlreiche Aufsätze und Rezensionen zur deutschen und polnischen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04-0, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Versuchung des Absoluten

Zur deutschen politischen Kultur im 19. und 20. Jahrhundert

Was ist los mit den Deutschen? Wer sich im Ausland umtut, wird immer wieder auf diese Frage stoßen, bei New Yorker Leitartiklern ebenso wie bei englischen Berufskollegen oder bei Pariser Taxichauffeuren. Irgend etwas Seltsames scheint dieses Land an sich zu haben, das den auswärtigen Betrachter erstaut und ratlos macht. Eine internationale Konferenz, die im Frühjahr dieses Jahres im Berliner Aspen-Institut der Frage nachging: „Where is Germany Heading?“ (Wohin steuert Deutschland?), kam zu dem Ergebnis, der Patient sei durchaus gesund und überlebensfähig, zeige aber doch unübersehbare Schwächesymptome: Entfremdung von den Spielregeln der westlichen Demokratie greife um sich; populistische Tendenzen und moralischer Rigorismus machten sich verstärkt bemerkbar; die Jugend zeige ein Maß an Manipulierbarkeit, das zur Sorge Anlaß gebe; das Gefühl des einzelnen, isoliert zu leben, nehme bemerkenswert zu; die Hilflosigkeit und der Argwohn kommenden technologischen Herausforderungen gegenüber gehe weit über vergleichbare Einstellungen im übrigen Westen hinaus; Kriegsangst schließlich und das Fehlen einer mitreißenden politischen Vision werde in Deutschland signifikant stärker als anderswo empfunden. Alles das seien gewiß Symptome, die in sämtlichen westlichen Demokratien gefunden werden könnten, aber sie unterschieden sich in Form wie Intensität doch spürbar von den vergleichbaren Problemen anderer Staaten¹⁾.

Für den Politiker ist dieser Befund besorgniserregend; dem Historiker ist er vertraut. Daß die Deutschen anders seien als die übrigen westlichen Nationen, ist seit bald zweihundert Jahren Allgemeingut westlicher Öffentlichkeit. Die Deutschen seien ein metaphysisches Volk, meinte 1810 die französische Schriftstellerin Madame de Staël; während französische wie englische Bürger sich neben ihrem Broterwerb um die Wohlfahrt ihres Gemeinwesens kümmerten, lebten die Deutschen in der Welt der Ideen. Hier sei ihr

eigentliches Reich, doch es beruhe auf einer Art des Denkens, das nicht nüchtern auf den praktischen Zweck gerichtet sei, sondern das sich „ins Unbestimmte verliere und in der Tiefe verschwinde“. Die Liebe zur Freiheit sei den Deutschen fremd; was sie liebten, das seien die großen Gefühle, die formlosen Gedanken, und die Wirklichkeit suchten sie hinter den Ideen, nicht umgekehrt²⁾. Nicht pragmatisch Handelnde seien die Deutschen, sondern heimisch im Reich des Absoluten, nach dem sie ihre Wirklichkeit zu formen suchten: Das wurde der große Topos westlicher Deutschlandbilder der folgenden Jahrzehnte und Jahrhunderte, und Generationen von Diplomaten, Schriftstellern und Politikern blickten mit fasziniertem Schauer nach Deutschland, wo alles so anders war. Das Wort vom „deutschen Sonderweg“ kam auf, promovierte im Verlauf des Ersten Weltkriegs vor allem aufgrund der Bemühungen von Historikern der Universität Oxford, der alliierten Kriegsführung eine handliche Propagandaformel zu verschaffen, und wurde dann seit den deutschen Ereignissen von 1933 und danach mit überwältigender Anschauung gefüllt, um bis heute zu den festen Stereotypen der Geschichtswissenschaft zu gehören.

Die These vom deutschen Sonderweg unterliegt freilich seit einigen Jahren zunehmender Kritik; gerade auf jenen Gebieten, die einer auf den Primat der sozialökonomischen Verhältnisse gestimmten Betrachtungsweise besonders wichtig scheinen, auf denen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, stellte sich eine weit überwiegende Ähnlichkeit zwischen der deutschen und der westeuropäischen Entwicklung heraus, und selbst die vielgeschmähte klassische deutsche Verfassungsordnung des 19. Jahrhunderts, der „monarchische Konstitutionalismus“, der vergangenen Verfassungstheoretikern so unheilvoll vom westlichen Normalweg zu Demokratie und Freiheit abzuweichen schien, erweist sich bei näherer vergleichender Betrachtung als so andersartig nicht; parlamentarische Demokratie in unserem heutigen

¹⁾ Siehe R. Schostack, Das permanente deutsche Rätsel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 5. 1983.

²⁾ G. de Staël, *De l'Allemagne* (1810), Stuttgart 1962, S. 58f., 64ff., 112ff.

Verständnis war in ganz Europa vor dem Ersten Weltkrieg eine Seltenheit³⁾. Manchem gerade angelsächsischen Betrachter scheint deshalb neuerdings die Sonderwegstheorie obsolet⁴⁾, und auf den genannten Gebieten ist sie es wohl auch.

Einen Aspekt freilich übersehen die eifrigen Revisionisten unseres traditionellen Geschichtsbildes leicht, weil er aus ihrem materialistischen Kategorienrahmen herausfällt: es ist die Welt des Denkens, der Einstellungen, der Haltungen, der kollektiven Mentalitäten, kurz: der politischen Kultur. Hier gibt es unbezweifelbar langfristig angelegte Tendenzen und Traditionen, die für deutsche Verhältnisse typisch erscheinen und namentlich in Krisenzeiten in anscheinend ewiger Wiederkehr des Gleichen, nur oberflächlich verändert, ihre Kontinuität beweisen. Ich meine die massenhafte Abkehr vom Politischen, von Max Weber klassisch definiert als „starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“⁵⁾; statt dessen die Hinwendung zur Idee des Absoluten und seiner Verwirklichung im irdischen Alltag, die chiliastische Sehnsucht nach dem Gottesreich auf Erden, in dem das Lamm sich zum Löwen schmiegt, in dem die Gegensätze sich vereinigen und das Prinzip des Guten ein für allemal den Sieg davonträgt, in dem das zweifelnde Denken verstummt und das einsame Ich endgültig in einem emphatischen Wir verschmilzt. Verachtung der Politik, des grauen, alltäglichen Geschäfts des Interessenausgleichs, Angst vor der pragmatischen Verschmutzung von Idealen durch den politischen Kompromiß, Abscheu vor der kühlen Vernunft, die den heißen Drang des Herzens zu korrumpieren droht, die Prämierung von Prinzipienfestigkeit, Grundsatztreue und rücksichtsloser Konsequenz gegenüber dem Ausgleich, dem Kompromiß, der stets und von vornherein als „faul“ gedacht wird und in die Nähe von „Kuhhandel“, wenn nicht „Verrat“ rückt: dieses Syndrom hat bei uns Geschichte. Nicht über einen „Sonderweg“ gilt es zu reden, wohl aber über ein „Sonderbewußtsein“⁶⁾.

³⁾ Vgl. *Parlamentarismus und Demokratie im Europa des 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. H.-D. Looock/H. Schulze, München 1982.

⁴⁾ Siehe D. Blackburn / G. Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, Berlin 1980; D. P. Calleo, *The German Problem Reconsidered*, Cambridge 1978; N. Stone, *Europe Transformed 1878—1919*, Glasgow 1983.

⁵⁾ M. Weber, *Politik als Beruf* (1920), in: *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen 1958², S. 548.

⁶⁾ So K. D. Bracher, in: *Deutscher Sonderweg* —

Ein Bündel von Gründen bietet sich dafür an. Deutschland: das ist nicht, wie im Fall der westlichen Nachbarstaaten, ein historisch gewachsenes einheitliches Staatsgebilde, in dem Sprachgrenzen, Staatsgrenzen und Nationalgrenzen weitgehend übereinstimmen. Deutschland ist über die Jahrhunderte hinweg bis in das 19. Jahrhundert hinein nicht mehr als ein vager geographischer und staatsrechtlicher Begriff, tatsächlich eine Fülle von „Deutschländern“ — „les Allemandes“, wie die Franzosen sagen —, eine Menge größerer und kleinerer Territorialstaaten zwischen Maas und Memel, Etsch und Belt, in denen man zwar in aller Regel deutsch spricht, im übrigen aber dem jeweiligen Landesherrn und dessen Konfession anhängt und Kaiser und Reich allenfalls wie eine bunte Fata Morgana wahrnimmt, anrührend, aber weit entfernt und wesenlos.

Es bedarf erst der Erschütterung durch die Französische Revolution, durch den Zusammenbruch des tönernen Giganten Preußen auf den Schlachtfeldern von Jena und Auerstädt und durch die napoleonische Okkupation, um den Deutschen das Gefühl der Identität und der nationalen Zusammengehörigkeit zu geben. Aber das ist vorerst ein ganz im Negativen wurzelndes Bewußtsein, geboren in der Abwehr des „korsischen Ungeheuers“. Deutsche Identität, das ist eine der entscheidenden Erfahrungen dieser Epoche, hat mit Abgrenzung und Feindschaft zu tun. Sie definiert sich gegen Frankreich, und zwar nicht nur gegen das napoleonische Staatswesen, sondern gegen alles Französische überhaupt, vor allem gegen die französische Zivilisation, die jahrhundertlang die führende Europas gewesen ist, die höfische Kultur der hundertfachen deutschen Residenzen bestimmt hatte und nun, zusammen mit der territorialen Zersplitterung und dem antinationalen Duodez-Fürstentum, dem haßerfüllten Verdikt der deutschen Patrioten anheimfällt. Die glänzende Kultur der deutschen Romantik ist in wesentlichen Zügen antifranzösisch und das heißt, *cum grano salis*: anti-rationalistisch, anti-aufklärerisch, anti-demokratisch und, da sich in den verhaßten Ideen der französischen Revolution ein wesentlicher Teil westeuropäischer Philosophie und politischer Entwicklung akkumuliert hat, überhaupt anti-westlich.

Dieser direkte und enge Zusammenhang der Entstehung des deutschen Nationalbewußt-

Mythos oder Realität?, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, München 1982, S. 46.

seins mit anti-westlichen Affekten hat erhebliche Folgen, denn immer wieder, wenn die nationale oder kulturelle Identität der Deutschen in eine Krise gerät, erwacht auch das anti-westliche Ressentiment, das sich je nach den aktuellen Feindbildern richtet: Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ist es der Erbfeind Frankreich, dessen „Civilisation“ kalt und rationalistisch im Gegensatz zu der ursprünglichen, naturnahen und vor allem gemütvollen deutschen „Kultur“ gedacht wird, wie man auch die französische Ränkesucht und Sittenverderbnis gerne deutscher Treue und Biederkeit entgegensetzt.

Seit dem Beginn des verspäteten deutschen Drangs nach Kolonien und wirtschaftlichen Einflußsphären, seit der deutsch-englischen Flottenrivalität kommt der Soupçon gegen das „perfide Albion“ hinzu; der Neid auf die britische Weltmacht, der man selbst so gerne in allem gleichen wollte, macht sich in tiefer Verachtung Luft — der britische Parlamentarismus, noch ein halbes Jahrhundert zuvor von den deutschen Liberalen als einzigartiges Vorbild gepriesen, wird nun in den Schriften eines Treitschke⁷⁾, eines Bernhardi⁸⁾ zu einem verachtenswerten Bündnis von Pöbel und Pfeffersäcken herabgewürdigt, und den Gipfel in dieser Hinsicht erreicht kein Geringerer als der große Nationalökonom Werner Sombart mit seiner illusionären Formel: „Händler und Helden“⁹⁾; wenn den Deutschen schon nicht der Welthandel zu Gebote steht, dann wenigstens Heldentum und höhere Moral.

Und seit Anfang des 20. Jahrhunderts gesellt sich ein weiterer Hauptgegner hinzu: Amerika. Auch hier steht der Neidkomplex des Zukurz-Gekommenen Pate: So rasant der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch ist, so schnell im Export und in den Schlüsselindustrien auch Frankreich und England überholt werden, mit den USA ist es wie im Märchen vom Hasen und Igel: Wo deutsche Firmen auch erscheinen, die amerikanische Flagge ist schon da. Und seit dem Ersten Weltkrieg kommt der Komplex der Kriegsniederlage hinzu, die durch den amerikanischen Kriegseintritt 1917 besiegelt wor-

den war. Gegen Amerika, das ist die große deutsche Erfahrung des 20. Jahrhunderts, ist keine Politik zu machen, nur mit den Vereinigten Staaten gemeinsam¹⁰⁾. Das wird kompensiert durch ein tiefwirkendes, oft genug höhnisch ausgespieltes kulturelles Überlegenheitsbewußtsein: Amerika — das ist das Land der seelenlosen Arbeitsmaschinen, der Rationalisierung aller Lebensbereiche, des hemmungslosen Pragmatismus, der Entwertung aller Ideale, das Land der Wolkenkratzer, von Coca-Cola und Hamburgers, aber ohne Geist, ohne Kultur, ohne Moral: mit einem Wort, der französische Erbfeind des 19. Jahrhunderts in zeitgemäßer Maskierung.

Aus solchen Verdikten folgt, daß auch die politische Kultur des Westens mitsamt ihren Ordnungsformen, die Idee der auf vernunftgemäße Einsicht in die Unvollkommenheit menschlicher Erkenntnis und in die Verschiedenheit menschlicher Bestrebungen und Interessen gegründeten repräsentativen Demokratie, der tief empfundenen Ablehnung verfällt. Das fängt mit dem Argument der „bloß formalen“ parlamentarischen Demokratie an, mit dem in der Weimarer Zeit Rechts- wie Linksradikale das verhaßte „System“ bekämpfen, und endet in dem Diffamierungskürzel „FdGO“, in dem die antiwestlichen mit den antidemokratischen Ressentiments zusammenfließen.

Die gelegentlich ins Pathologische spielende Identitätsschwäche, die manifesten kollektiven Minderwertigkeitskomplexe der Deutschen werden dadurch verstärkt, daß die Entstehung des deutschen Nationalstaats zwei Generationen lang die Geschichte der immer wieder erweckten Hoffnungen, der pünktlich eintretenden Enttäuschungen und der daraus entstehenden, sich im Laufe der Zeit potenzierenden Frustrationserlebnisse ist. 1815 nach den Freiheitskriegen, 1830 nach der Juli-Revolution in Frankreich, 1840 im Zusammenhang mit der Rhein-Krise, 1848/49 in der großen, ebenso nationalen wie demokratischen Revolution, 1859 im Verlauf der Italienkrise: immer wieder steigt die Welle der deutschen Nationalbewegung mächtig an, macht sich in einer Flut von publizistischen und organisatorischen Manifestationen Luft, und jedesmal scheidet sie an den Umständen — an der Unbeweglichkeit des Deutschen Bundes, am

⁷⁾ H. v. Treitschke, Politik. Vorlesungen, hrsg. v. M. Cornicelius, Bd. I, S. 146f., 152f., 190, 570, Bd. II, S. 91f., 137ff.

⁸⁾ F. v. Bernhardi, Deutschland und der nächste Krieg, Leipzig 1912, v. a. S. 133ff.

⁹⁾ W. Sombart, Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München 1915.

¹⁰⁾ M. Knapp/W. Link/H.-J. Schröder/K. Schwabe, Die USA und Deutschland 1918—1975. Deutsch-amerikanische Beziehungen zwischen Rivalität und Partnerschaft, München 1978.

Egoismus der Territorialstaaten, vor allem der Führungsmächte Preußen und Österreich, an der Scheu der deutschen Liberalen, revolutionär aufs Ganze zu gehen, nicht zuletzt auch an der außenpolitischen Situation, denn die europäischen Mächte fürchten die Einigung der europäischen Mitte und suchen eine derartige Machtballung, oft genug durch nackte Interventionsdrohung, zu verhindern. So kommt es, daß die Erfüllung der nationalen Wünsche ganz und gar in der Idee liegt: eine utopische Projektion aus einer idealisierten, einer griechischen, einer germanischen Vergangenheit, ohne wesentlichen Wirklichkeitsbezug. Und als dann 1871 schließlich der deutsche Nationalstaat entsteht, da ist es lediglich ein auf den preußischen Waffen gegründeter kleindeutscher Staat, der ein Drittel der deutschen Kulturnation ausschließt. Dem deutschen Bürgertum, dessen Bewußtsein sich über Generationen hinweg an den Bildern und Mythen einer romantischen, rückwärtsgewandten Utopie vom deutschen Vaterland gebildet hat, ist die neue Wirklichkeit Mitteleuropas nur ein schwacher Abklatsch des großen Traums, eine Abschlagszahlung auf das eigentliche Ziel, das Reich aller Deutschen. Jene „gesättigte Gegenwart“, die Ernest Renan bei seinen französischen Landsleuten findet¹¹⁾, ist Sache der Deutschen nicht; bis heute sind politische Sehnsucht und politische Wirklichkeit des deutschen Nationalstaats nie zur Deckung gekommen, mit einer Ausnahme: erst im „Dritten Reich“ werden die nationalen Wunschträume der Deutschen für kurze Zeit, dann aber alptraumhafte Wirklichkeit.

Historische Erfahrung der Deutschen ist also nicht, wie bei unseren westlichen Nachbarn, das Bestehen einer unumstrittenen Staatsnation, in deren identitäts- und sicherheitsstiftenden Grenzen man dem politischen Gegenwartsgeschäft folgen kann, sondern eine dauernde Suche nach der Verwirklichung von Idealen, die stets ans Utopische streifen und oft genug die Daseinsfähigkeit Deutschlands in der europäischen Mitte übersteigen. Schon Goethe, der für das „Dämonische“ dieses Drangs nach dem Absoluten ein feines Gespür besitzt, schreibt über das Maßlose der Nationalbewegung: „Alles, was uns begrenzt, scheint für dasselbe durchdringbar; es scheint mit den notwendigen Elementen unseres Daseins willkürlich zu schalten; es zieht die Zeit

zusammen und dehnt den Raum aus. Nur im Unmöglichen scheint es sich zu gefallen und das Mögliche mit Verachtung von sich zu stoßen.“¹²⁾

Zur Identitätsschwäche und Feindbildfixierung tritt ein Weiteres, das mit beidem zu tun hat: Durch Romantik und idealistische Philosophie scheidet sich die deutsche Geisteswelt seit Beginn des 19. Jahrhunderts von jener Strömung westlicher Ideenentwicklung, die in französischer Aufklärung und englischem Rationalismus fußt, und die über die wichtigen Stationen von Empirismus und Positivismus zum Pragmatismus eines Peirce und Dewey, zum kritischen Rationalismus und zur analytischen Theorie eines Karl Raimund Popper führt¹³⁾. Man könnte eine repräsentative Detailgeschichte der Desintegration des deutschen politischen Denkens am Faden der Verwendung des Wortes „Positivismus“ als einer Schimpf- und Abgrenzungskategorie schreiben; das findet sich bei Marx wie Nietzsche, zieht sich von links nach rechts kontinuierlich bis hin zur gegenwärtigen intellektuellen Wissenschafts-, Technik- und Politikkritik und mündet stets in den Vorwurf, die Befassung mit den Erscheinungsformen der Wirklichkeit hindere an der Erkenntnis des hinter dem Wirklichen stehenden Geistes, der Theorie, der Idee, des Absoluten, das allein Sinn und Zusammenhang stifte.

Das hat ehrwürdige Vordenker: Da ist Kant, der in einer kopernikanischen Wende gegen die herkömmliche Erkenntnistheorie die Erkennbarkeit der Wirklichkeit „an sich“ bestreitet und fordert, man müsse daher das Sittengesetz in sich selbst finden, da es außer uns nicht nachweisbar existiere: damit wird dem gesamten Naturrecht der Boden seiner Begründbarkeit entzogen. Schärfer faßt es dann Fichte: „Aller Realität Quelle ist das Ich“, sagt er, „denn dieses ist das Unmittelbare und schlechthin Gesetzte. Erst durch und mit dem Ich ist der Begriff der Realität gegeben“¹⁴⁾. Das absolute Ich schafft die Welt — eine Welt, die so wird, wie sie werden *soll*. Über Hegel und Schelling wird diese Idee

¹¹⁾ E. Renan, *Qu'est-ce qu'une nation?*, Paris 1882, S. 16.

¹²⁾ J. W. v. Goethe, *Aus meinem Leben. Wahrheit und Dichtung*, 3. Teil, in: *Sämtliche Werke in 30 Bänden*, Bd. 18, Stuttgart 1858, S. 243.

¹³⁾ Anstelle des Detailnachweises zum Folgenden: *Die Revolution des Geistes. Politisches Denken in Deutschland 1770—1830*, hrsg. v. J. Gebhardt, München 1968.

¹⁴⁾ J. G. Fichte, *Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre*, in: *Sämtliche Werke (1845—1846)*, Berlin 1965, Bd. I, S. 134.

ausgeweitet, und da es länger als ein Jahrhundert im deutschen Sprachraum keinen wirklich konkurrierenden philosophischen Begründungszusammenhang gibt, wuchern die Popularisierungen und Simplifizierungen des idealistischen Denkens und müssen in immer neuer Form zur ideologischen Unterfütterung erhalten, wenn es darum geht, den Vorrang der Welt des Sollens vor der Welt des Seins, der guten Absicht vor der pragmatischen Einsicht zu begründen. Auch auf diesem Weg gerät das Feld des Politischen, das bislang in aufklärerischer Manier das Feld des praktischen Zusammenlebens der Staaten und Menschen auf der Basis des Interessenausgleichs unter rechtsförmigen, allgemein verbindlichen Regeln galt, nunmehr zum Kampfplatz der absoluten Idee von Gut und Böse. Daß hier auch mächtige religiöse Kräfte wirken, daß insbesondere die eruptiven Kräfte des Pietismus mit ihrer Suche nach einer Transzendenz im Diesseits wie auch das Lutherische Postulat der Rechtfertigung aus dem Glauben die Verabsolutierung des Politischen befördern, sei nur am Rande angemerkt; auch die besondere Rolle protestantischer Pastoren wäre in diesem Zusammenhang zu erörtern.

Die Politik als Feld der letzten Fragen und Antworten, in dem eschatologische Endziele, die Einebnung aller menschlichen Konflikte und die Herstellung des ewigen Friedens machbar erscheinen; die Ableitung der politischen Mittel und Ziele aus der Idee eines absolut Guten, die denn auch die klare Trennung von Gläubigen und Nichtgläubigen, Guten und Bösen, Freunden und Feinden ohne weiteres erlaubt, ja sogar gebietet: das alles wird schließlich durch ein weiteres Element der deutschen Geschichte befördert: durch die Überlagerung der schwierigen Selbstfindungsphase der „verspäteten Nation“ Deutschland¹⁵⁾ durch den Prozeß der industriellen Revolution, der in Deutschland zwar relativ spät einsetzt, dann aber einen Schub entwickelt, der in Geschwindigkeit wie Reichweite den take-off der anderen westlichen Industrienationen hinter sich läßt.

Die Geschichte der deutschen Industrialisierung ist nicht nur eine Geschichte abstrakter Zuwachsraten von Exportquoten, Produktionsziffern und Bruttosozialprodukt-Indizes, sondern vor allem einer revolutionären Um-

wälzung der deutschen Gesellschaft. Die Nachricht von vergleichsweise hohen Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen in den Industriestädten setzt die „größte Massenbewegung der deutschen Geschichte“ (Wolfgang Köllmann) in Gang; im Verlauf von nur einer Generation kehrt sich das Verhältnis von Land- und Stadtbewohnern in Deutschland um; um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert lebt jeder zweite Deutsche an einem anderen Ort als dem seiner Geburt. Eine derartige Massenwanderung hat es in der Geschichte bis dahin nie gegeben. Das vorherrschende Gefühl der Epoche ist das der Entwurzelung, der Heimatlosigkeit — Familienbande sind zerrissen, religiöse Bindungen gelockert, herkömmliche Treue- und Abhängigkeitsverhältnisse aufgegeben. Das Industriemilieu, die Fabrik, die Verwaltung bieten da keinen Ersatz: die Beziehungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind auf ein nach ökonomischen Gesichtspunkten abgeschlossenes marktwirtschaftliches Tauschverhältnis reduziert; es überwiegt das Gefühl des Ausgeliefertseins an anonyme Kräfte, der Auswechselbarkeit, der sozialen Atomisierung, weithin auch der menschlichen Entwürdigung und Hoffnungslosigkeit. Kurz: es herrschen tiefe gesellschaftliche Orientierungsungewißheit und Normenverlust.

Der Ruf des Jahrhunderts nach Umwertung aller Werte wird aus vielen Richtungen beantwortet. Wo Religion und feste gesellschaftliche Normen nicht mehr tragen, dort treten die Mythen und Sinngebungen der neuen Epoche ein, miteinander konkurrierend, sich auf das heftigste befehdend und einander kategorisch ausschließend: Da ist nicht nur die Utopie der harmonischen Einheit von Volk und Nation, da ist der liberale Anspruch auf Freiheit und Glückseligkeit des einzelnen, da ist die Klasse als identitätsstiftendes Prinzip. Die alte Welt mobilisiert Abwehrkräfte, die ihrerseits massenwirksame Ideologien ausbilden — der alte Konservatismus verliert seinen elitären Charakter als Abwehrfront traditioneller Führungsschichten gegen den Aufstand des „Pöbels“ und erhält gelegentlich selber in Verbindung mit antisemitischem Bodensatz einen entschiedenen Zug ins Pöbelhafte. Der politische Katholizismus stellt die Reaktion einer von gesellschaftlichem Normverlust in geringerem Maße erfaßten Bevölkerungsminderheit auf den Herrschaftsanspruch von Liberalismus und aggressiv protestantischem Junkertum dar.

¹⁵⁾ H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959.

Aus diesen ganz unterschiedlichen Antworten auf die Orientierungskrise des Jahrhunderts erwachsen politische Parteien, die einen ans Religiöse streifenden Alleingültigkeitsanspruch erheben und ihren Anhängern eher Kirchen denn Interessenvertretungen zu sein versprechen. Das deutsche Parteiensystem, das sich im Laufe der zweiten Jahrhunderthälfte ausformt, jenes Hexagon von Konservatismus, völkisch-nationalistischem Antisemitismus, Nationalliberalismus, Linksliberalismus, politischem Katholizismus und Sozialdemokratie, ist tatsächlich nur in der ordnenden Phantasie des nachträglichen Betrachters ein System: Tatsächlich sind es unversöhnliche Antagonismen, ein Gewirr von Schützengräben und Igelstellungen, seinerseits wiederum überformt und durchkreuzt von organisierten wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Zwischen ihnen allen herrscht, um eine moderne Wortbildung zu bemühen, „Sprachlosigkeit“, also eine tiefverwurzelte, habituelle Unfähigkeit zum sozialen, zum wirtschaftlichen, zum politischen Ausgleich; wo common sense oder der Bezug auf gemeinsame Interessen gefordert sind, dort herrscht der ideologisch aufgeladene Kampf aller gegen alle im gesellschaftlichen System.

Das hat einstweilen keine Folgen. Die preußische und deutsche Verfassungsform der konstitutionellen Monarchie verhindert, daß die Parlamente und damit die Parteien bestimmenden Einfluß auf die politischen Verhältnisse bekommen. Auch aus diesem Grund besteht aber für die Parteien kein Anlaß, sich in der schmerzhaften Kunst des politischen Kompromisses und Interessenausgleichs zu üben, und selbst der leiseste Versuch der Parteien bleibt aus, auf dem Weg über parlamentarische Mehrheitsbildungen und den Druck durch Budgetverweigerung den Sprung in die parlamentarische Verfassungsform zu tun, obwohl dies seit dem Ende der Ära Bismarck immer stärker in den Bereich des Möglichen rückt und von den herrschenden Beamtenkabinetten furchtzitternd erwartet wird: Man müßte pragmatische Kompromisse schließen, und das widerstrebt der Neigung der Parteien, programmatisch über letzte Werte zu befinden und das kommune Tagesgeschäft der Politik der Bürokratie zu überlassen. Dieser Krebschaden des deutschen Parlamentarismus ist noch bis heute in der politischen Kultur dieses Landes spürbar: die in Krisenzeiten zunehmende selbstzerstörerische Neigung der politischen Parteien und sonstigen Grup-

pierungen, ihren eigentlichen Daseinszweck nicht in der parlamentarischen Mehrheits- und Regierungsbildung, sondern in Sinnstiftung und Wahrheitsverkündung zu sehen, so daß jede Politik, die sich mit der eigenen nicht genau deckt, ohne weiteres als feindlich erscheint; jeder Griff nach der Macht läuft auf pragmatische Verschmutzung hoher Ideale hinaus, und da mit den Worten des „Rembrandt“-Deutschen Wilhelm Julius Langbehn Deutschsein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, gehört es sich nicht, nach der Macht zu schielen, denn die korrumpiert, sondern man befaßt sich mit den ewigen Wahrheiten.

Politik als Religionsersatz, als Kampfplatz zwischen Gut und Böse und damit im Ergebnis nichts anderes als der *Ausstieg* aus der Politik, wenn darin nicht Bürgerkrieg, sondern eben die Verhinderung des Bürgerkriegs gesehen werden soll: das ist eine Konstante deutscher politischer Kultur, der schwerste Mühlstein am Hals einer demokratischen Ordnung. Gerade am Beispiel sozialer und jugendlicher Protestwellen läßt sich die Kontinuität dieser Erscheinung in der deutschen Geschichte präzise belegen: Man denke an die nationale Bewegung nach 1815, getragen von den Freiwilligen der Freiheitskriege, vorwiegend von Studenten, Professoren und Publizisten, die bereits auf dem Wartburgfest von 1817 jene Nachtseiten des deutschen bürgerlichen Geistes offenbarte, die heute, im Rückblick, uns nur zu vertraut erscheinen: „Ein großer Korb ward jetzt ans Feuer gebracht“, so berichtet ein Augenzeuge, „voll Bücher, die hier öffentlich, im Angesicht des deutschen Landes der Flamme übergeben wurden, im Namen der Gerechtigkeit, des Vaterlandes und des Gemeingeistes. Ein gerechtes Urteil sollte hier gehalten werden über die schlechten, das Vaterland entehrenden, unseren Volksgeist verderbenden Schriften; zum Schrecken der Schlechtgesinnten und aller derjenigen, die mit ihrem seichten Wesen, leider! nur zu sehr die alte keusche Volkssitte entstellt und entkräftet haben. Der Titel jedes Buches war von einem Herold laut ausgerufen; dann erscholl jedesmal ein lautes Geschrei der Anwesenden, ein Ausspruch ihres Unwillens: Ins Feuer! Ins Feuer! Zum Teufel mit demselben! Somit ward das corpus delictum den Flammen überantwortet.“¹⁶⁾

¹⁶⁾ Zit. nach M. Hodann/W. Koch, Die Urburschenschaft als Jugendbewegung, Jena 1917, S. 15f.

Wo bereits Politik im Namen letzter Werte und Ideale betrieben wird, das zeigt sich bereits hier, dort sind die Flammen nicht weit, in denen der unreine Geist geläutert und zu seiner eigentlichen Bestimmung gewaltsam befördert wird, und auch die Tat bleibt nicht aus: Zwei Jahre darauf ersticht der Student Karl Ludwig Sand den Schriftsteller August von Kotzebue, denn der hat sich in seinen Schriften über die Ideale der Burschenschafts- und Nationalbewegung lustig gemacht und ist also ein Schlechtgesinnter. Trotz periodischer Gewaltausbrüche im Namen des großen nationalen Prinzips bleibt jedoch die deutsche Nationalbewegung auf die Dauer seltsam unfruchtbar; ihre Kompromißlosigkeit verhindert jahrzehntelang, daß die herrschenden politischen Gewalten sie anders als nur unter dem Aspekt der öffentlichen Gefahr betrachten, so daß die konservativen, antinationalen Partikulargewalten in der Reaktion sogar erstarken und das bekämpfte System des Deutschen Bundes stabilisiert wird.

Insofern war also die Politik aus der reinen Idee, die von der Nationalbewegung betrieben wurde, geradezu gegenproduktiv, und es ist kennzeichnend, daß der große politische Kompromiß, den die Mehrheit des deutschen Liberalismus 1866 mit Bismarck schließt, um so die Entstehung des deutschen Nationalstaats zu ermöglichen, bis heute in der Literatur überwiegend als säkularer Verrat an den Idealen des Liberalismus erscheint¹⁷⁾.

Das Phänomen wiederholt sich gegen Ende des Jahrhunderts. Mit der Erfüllung der Träume vom Nationalstaat kommt die Enttäuschung; das neue Reich erweist sich als halbe Lösung der alten nationalen Utopie, als Staat ohne Transzendenz, ohne Aufgabe, die über die Gegenwart hinausreicht; es bleibt kaum mehr als die Verwaltung des Erreichten, und die Zukunft liegt mit einem Mal nicht mehr in der Utopie, sondern in der Ökonomie. Für die Jugend, die nach der Reichseinigung aufwuchs, ergibt das keinen Sinn. Sie erlebt die „belle époque“, die Zeit des größten wirtschaftlichen Aufschwungs und einer nie dagewesenen Verbreiterung des Volkswohls als Zeitalter der spießigen Übersätti-

gung, der geistlosen Großmannssucht. Sie ist von nichts so überzeugt wie von der Hohlheit und Verlogenheit des wilhelminischen Deutschland. Die Jugendbewegung setzt sich mit aller Macht von den Werten des bürgerlichen Liberalismus ab — Mäßigung, gesellschaftliche Formen, der Glaube an die Vernunft, die Maßstäbe bürgerlicher Zivilisation verfallen restloser Ablehnung. Die Eltern sind konservativ, nationalliberal oder freisinnig; die Töchter und Söhne werden Völkische, Sozialisten, Syndikalisten, Nihilisten oder begeben sich jugendbewegt auf den Weg zu einem Nirwana der Innerlichkeit.

Das ist das Vorspiel zum vielbeklagten Abfall der Jugend von dem ersten deutschen Experiment in Demokratie, der Weimarer Republik. Tatsächlich wurzelt der verbreitete Abscheu des Großteils der deutschen Jugend vor den Werten und der Wirklichkeit dieses demokratischen Staatswesens bereits im Zivilisationsekel der Vorkriegszeit, verschärft und radikalisiert durch das Erlebnis des Weltkriegs, in dessen Materialschlachten die Normen des bürgerlich-liberalen Individualismus kurz und klein geschlagen werden. Die klassischen bürgerlichen Parteien besitzen praktisch keinen jugendlichen Anhang, sie bleiben Sache würdevoller Honoratioren, die ihnen nahestehenden Jugendverbände leiden an chronischer Auszehrung. Das gilt übrigens auch für die Sozialdemokratie, die einst eine sehr junge Partei gewesen war, deren durchschnittliches Mitglieder- und Wähleralter jedoch im Laufe der Weimarer Zeit dramatisch ansteigt. Wo die Jugendlichen bleiben, ist nicht schwer zu ermitteln: Die Väter deutsch-national oder liberal, die Kinder nationalsozialistisch — die Väter Sozialdemokraten, die Kinder Kommunisten: das ist der statistische Normalfall. Auf beiden Seiten des politischen Spektrums wirkt dasselbe Syndrom: die Republik ist grau, kompromißlerisch, unfertig, rational verfaßt, wo das Ganze, das Überschwengliche, das Begeisternde gesucht sind; sie ist unheroisch und kleinkariert, wo das Große, das Ekstatische gefordert wird; sie ist mit tausend Strängen der Vergangenheit verbunden, wo das ganz Neue, das überwältigend Andere, das rein Zukünftige erwartet wird. Wo aber im geistigen Klima der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre „Vernunft“ und „Glaube“ aufeinanderstoßen, dort gewinnt stets der Glaube die Partie. Die Exaltation gibt den Ton an: „Den stärksten Widerwillen“, meint der Verfasser einer zeitgenössischen Jugend-Enquête, „empfindet die Jugend ge-

¹⁷⁾ Siehe u.a. H. Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967, S. 62f.; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918, Göttingen 1980⁴, S. 34f.; G.A. Craig, Deutsche Geschichte 1866—1945, München 1980, S. 18f.; R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 59ff., S. 225ff.

gen die Reaktion von heute, gegen die westliche, liberale Weltreaktion, der der Präsident Wilson die Fahne vorangetragen hat, die uns niedergeworfen und vergewaltigt hat, und deren Henkersknechte die Erzberger und Scheidemänner, die Formaldemokraten aus allen Lagern sind". Der amerikanische Präsident als satanische Symbolfigur des antiwestlichen Affekts, die deutschen Parteipolitiker als verächtliche Agenten eines undeutschen Geistes, die „Formaldemokratie“ als teuflisch-rationalistische Knebelung eines aus dem Utopischen antizipierten Freiheitsverlangens — das alles hat Tradition, und auch die Schlußfolgerung unseres Autors: „Die jungen Menschen unserer Zeit haben nur unsagbare Verachtung für die ‚liberale Welt‘, die geistige Unbedingtheit geringschätzig Weltfremdheit nennt; sie wissen, daß Kompromisse im Geistigen aller Laster und Lügen Anfang sind.“¹⁸⁾ Erfolg muß hier schließlich diejenige politische Kraft haben, die die Verachtung der liberalen Welt zum Kern ihrer Agitation macht

¹⁸⁾ J. Lesser, Von deutscher Jugend, Berlin 1932, S. 23f., S. 47.

und mit dem Aufbruch in die Utopie des „Dritten Reichs“, nicht umsonst ein Begriff aus mittelalterlichen chiliastischen Visionen, die Befreiung aus allem Elend der Gegenwart verheißt, dem materiellen, vor allem aber dem geistigen, und die dafür nicht mehr fordert als Glauben und Hingabe.

Ich schließe an dieser Stelle. Manches des Geschilderten kommt dem heutigen Beobachter gespenstisch vertraut vor; die Kontinuität verschwommen gläubiger „Bewegungen“ in der deutschen Geschichte scheint bei aller Unterschiedlichkeit konkreter Anlässe und Absichten im Entscheidenden, in der Art des Denkens, der Form der Weltbilder, in der Struktur ihrer Gegenwartserlebnisse und Zukunftserwartungen evident. Die Versuchung des Absoluten, die Verachtung der Politik, die Ablehnung der Vernunft, der Haß gegen die Realität — das alles sind keine akademischen Themen. Es handelt sich um tief in unserer Geschichte angelegte Gefährdungen unserer politischen Kultur, die die Sorge und Wachsamkeit aller Demokraten fordern, in welchem parteipolitischen Lager auch immer.

Geschichte als aktuelle Orientierungshilfe

Zum Fehlen einer dauerhaften internationalen Friedensordnung im 20. Jahrhundert

I. Ausgangspunkt

Wer das Jahrhundert, in dem wir leben, unter dem Stichwort „Frieden“ betrachtet, gelangt rasch und ohne große Nachhilfe zu der Erkenntnis: es wird, in Europa wie weltweit, vorrangig geprägt vom Fehlen oder Scheitern einer einigermaßen stabilen internationalen Friedensordnung. Seine erste Hälfte hat man die „Epoche der Weltkriege“ genannt — mit Recht: denn diese Jahrzehnte erhalten ihre prägende Signatur durch die beiden großen Kriege (1914—1918 und 1939—1945), die im Abstand von 25 Jahren weite Teile Europas und der übrigen Welt verwüsteten und unermessliches Leid über viele Völker brachten. Beide Kriege begannen als europäische Kriege und endeten als Weltkriege, an denen schließlich fast alle Nationen direkt oder indirekt beteiligt waren. An den Zweiten Weltkrieg schloß sich fast unmittelbar der „Kalte Krieg“ an, der sich bis in die sechziger Jahre erstreckte. Ihm folgte eine zeitlich wie inhaltlich eng begrenzte „Entspannung“ bei bis heute unverminderter Fortdauer von weltweiten Konfrontationen und Fundamentalkonflikten. Schließlich haben seit 1945 mehr als 100 Kriege in der Dritten Welt stattgefunden, die mindestens 30 Millionen Tote geko-

stet haben dürften.

Die bisherige Geschichte des 20. Jahrhunderts weist mithin als wesentliches Kennzeichen eine offene oder eingefrorene Kriegsstruktur auf. Eine gesamteuropäische Friedensordnung oder gar ein Weltfriedenssystem sind entweder — das gilt unter dem Stichwort „Versailles“ für die Zwischenkriegszeit — binnen kurzer Frist wieder zerbrochen oder aber — das gilt für die bis zur Gegenwart reichende Epoche seit 1945 — überhaupt (noch) nicht zustande gekommen.

Ein solcher ebenso eindeutiger wie beunruhigender Sachverhalt wirft natürlich fast zwangsläufig die Frage nach dem Warum, nach den Ursachen und Triebkräften einer derart friedensarmen und friedenszerstörenden Entwicklung auf. Wir wollen versuchen, darauf eine einigermaßen schlüssige, wissenschaftlich begründete, aber nicht zu komplizierte Antwort zu geben. Sie wiederum legt Schlußfolgerungen nahe, die in Gestalt einiger gegenwartsbezogener Orientierungshilfen für das Bemühen um Friedensherstellung und Friedenssicherung formuliert werden sollen.

II. Hauptsächliche Gründe

Die gerade angekündigte Antwort sei thesenhaft so vorweggenommen: In erster Linie sind drei Faktoren, Prozesse wie Verhaltensweisen, verantwortlich für die Abwesenheit einer tragfähigen gemeineuropäischen oder gar globalen Friedensordnung im bisherigen Ablauf unseres Jahrhunderts:

- nationalstaatliche Egozentrik;
- politisch-ideologische Spaltung der Welt;
- wechselseitige Fehleinschätzungen von Hauptakteuren der Weltpolitik¹⁾.

Obwohl sie im Geschehen selbst eng miteinander verzahnt, ja zusammengeballt in Erscheinung treten, werden die genannten Faktoren, allein schon aus pädagogisch-didaktischen Gründen, hier — soweit überhaupt möglich — nacheinander (in der angegebenen Reihenfolge) skizziert und anhand weniger ‚Fallbeispiele‘ erläutert, ohne dabei die Dyna-

men Faktoren erst in den sechziger Jahren voll in Erscheinung getreten ist und weil er als langfristig vielleicht gefährlichste „Zeitbombe für eine friedliche Zukunft der Menschheit“ (Informationen zur Politischen Bildung 196/1982: Der Nord-Süd-Konflikt, S. 1) einer eingehenderen, hier nicht leistbaren Analyse bedarf.

¹⁾ Bewußt ausgeklammert wird der Nord-Süd-Konflikt, weil er im Unterschied zu den gerade angeführten, im 20. Jahrhundert durchgängig wirksa-

mik, die sich aus ihrem Ineinanderverschränktsein ergibt, außer acht zu lassen.

Was *nationalstaatliche Egozentrik* heißt und beinhaltet, sei zunächst an einem Einzelvorgang verdeutlicht. Im März 1910 verabschiedete der Deutsche Reichstag einstimmig eine Resolution, die eine Unterstützung der Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbewegung forderte; ein Jahr später ersuchte er die Regierung, auf Vorschläge zur gleichzeitigen und gleichmäßigen Begrenzung der Rüstungsausgaben einzugehen und — entsprechend einem Schiedsgerichtsvertrag mit Großbritannien von 1904 — auch mit anderen Regierungen ähnliche Regelungen zu treffen. Vorhergehende und nachträgliche Erklärungen von Reichsregierung und parlamentarischer Mehrheit relativierten jedoch das Ergebnis entscheidend. Auch nur Vorschläge zur Abrüstung und Einrichtung von Schiedsgerichten zu machen, lehnte der Reichskanzler mit der Begründung ab: „Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr soviel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied . . . Man kann aus dem Leben der Nationen die ultima ratio nicht ganz wegstreichen.“²⁾ Und die parlamentarische Mehrheit assistierte ihm mit womöglich noch schärferen Argumenten, die in der Feststellung gipfelten, in vitalen Fragen müßten die Nationen selbst entscheiden, Abkommen deshalb — wie der Vertrag mit Großbritannien von 1904 — eine „Ehrenklausel“ enthalten, die alle Streitfragen, die „Lebensinteressen“ oder „nationale Ehre“ der streitenden Parteien betrafen, ausdrücklich ausklammerte. Was „Lebensinteressen“ und „nationale Ehre“ betrafte, war aber völkerrechtlich nicht zu definieren, unterlag vielmehr der jeweiligen politischen Entscheidung, die (immer noch nach Auffassung der damaligen Reichstagsmehrheit) nur der Maxime folgen konnte: In Lebensfragen konsultiert man andere nicht. Als Lebensfrage galt dabei nicht nur die Sicherung der blanken Existenz, der territorialen Integrität, sondern auch die Vertretung des Reiches als Großmacht, die Wahrung und Absicherung der ökonomischen und politischen Stellung des Reiches in der Welt und seiner

²⁾ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags; Bd. 266, S. 6001; s. hierzu und zum folgenden auch H. Altrichter, *Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890 bis 1914* (Erlanger Historische Studien, Bd. 1), Frankfurt a. M./Bern/Las Vegas 1977, S. 97—99.

ihm eigenen weltpolitischen Entscheidungsfreiheit. Die Wahrung dieser Position war primär; auch eine internationale Friedensregelung sollte davon ausgehen und mußte an der Verabsolutierung des ständig ins Feld geführten „nationalen Gesamtinteresses“ (was in diesem Fall nur ein anderer Ausdruck für nationalstaatliche Egozentrik ist) scheitern. Zugleich wurde Rüstung gegenüber Außenpolitik vorrangig; diplomatische Verhandlungen erschienen dagegen — in Umkehrung des alten Satzes — nur als Fortsetzung des Daseinskampfes mit anderen Mitteln.

Um hier mögliche Mißverständnisse oder gar bewußte Fehlinterpretationen von vornherein auszuschalten: Eine solche Einstellung, eine derartige nationalstaatliche Egozentrik war im Vorfeld und am Vorabend des Ersten Weltkrieges keineswegs bloß bzw. typisch deutsch. In gleicher Weise dachten und argumentierten damals alle europäischen Groß- und Weltmächte. Dabei gingen, je näher das Jahr 1914 heranrückte, Deutschland und Österreich-Ungarn genauso wie Frankreich, Rußland und Großbritannien in ihren Militärtheorien von einem immer ausgeprägteren Offensivdenken aus, nahmen nicht zuletzt dadurch ihre politischen Entscheidungsträger eine selbst bewirkte gefährliche Einengung ihres Spielraums zur Erhaltung des Friedens in Kauf.

Nach der aus alledem resultierenden Katastrophe des Ersten Weltkrieges hat nationalstaatliche Egozentrik erneut maßgeblich dazu beigetragen, daß es mißlang, im und mit dem „Versailler-Vertrag“ von 1919 eine Friedensordnung zu errichten, die die Gewähr wenigstens relativer Dauer zu bieten vermochte. In der Konsequenz des Kriegsausganges und der Pariser Vorortverträge erfolgte statt dessen die Spaltung Europas in ein Lager der Sieger und ein Lager der Besiegten. Wohl wurde in Gestalt des Völkerbundes eine übernationale Organisation ins Leben gerufen, deren Aufgabe die dauernde Sicherung einer weltweiten Friedensordnung sein sollte. Wohl bedeutete der Völkerbundsgedanke inmitten der von herkömmlichem Machtdenken, traditionellen Mächteinteressen und Mächtekonflikten erfüllten politischen Atmosphäre der Pariser Friedenskonferenz von 1919 die zukunftsorientierte Konzeption einer auf friedlichem Ausgleich und Verzicht auf Gewaltanwendung aufgebauten Weltfriedensordnung, die den Völkern hinfert ein Leben ohne Krieg garantieren sollte. Aber die Weltorganisation, die dies durch eine „Revolutionierung der Au-

Benpolitik" (so der amerikanische Präsident Wilson als Hauptverfechter des Völkerbunds-konzepts) bewerkstelligen sollte, war von Anfang an ein Torso. Gerade die USA traten ihr nicht bei, weil sich im amerikanischen Kongreß nicht die für diesen Schritt erforderliche Mehrheit fand. Ferner wurden die besiegten Staaten nicht sofort in den Völkerbund aufgenommen (Deutschland erst 1926), und auch die Sowjetunion blieb lange (bis 1934) außerhalb der Weltorganisation. Als tragender Pfeiler eines kollektiven Sicherheitssystems konnte der Völkerbund daher kaum fungieren. Die Außenpolitik der großen Staaten verlief ganz überwiegend weiterhin in den Bahnen nationalistischer Machtpolitik.

Als hemmungslose und total inhumane nationalstaatliche Egozentrik gewann diese Machtpolitik im Nationalsozialismus insofern eine neuartige, so noch nicht dagewesene Qualität, als Ideologie und Politik des Dritten Reiches von überhaupt keinem Friedenskonzept, sondern vom ständigen erbarmungslosen Existenzkampf der Völker ausgingen und schon deshalb folgerichtig die „Entfesselung“ des Zweiten Weltkrieges bewirkten. Im 2. Band von Hitlers Buch „Mein Kampf“ (1927) steht gesperrt gedruckt der Satz: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein.“³⁾ Dieser Satz spricht, wie nach den Ergebnissen der neueren Forschung heute allgemein anerkannt wird, in einem ganz wörtlich zu nehmenden Sinne Hitlers Programm aus, den rassenideologisch motivierten Anspruch der germanisch-deutschen Nation auf die Weltherrschaft. Mit unbeirrbarer Konsequenz hat Hitler von der NS-Machtübernahme am 30. Januar 1933 bis zu seinem Selbstmord in der Reichskanzlei am 30. April 1945 an diesem Programm festgehalten, für das einerseits die Rassendoktrin konstitutiv war, aus der die antisemitische Vernichtungszielsetzung erwuchs, andererseits die Raumdoktrin, aus der sich eine bodenpolitische Zielsetzung ergab. Sowohl die Rassen- wie die Raumdoktrin entstammten einem vulgarisierten Sozialdarwinismus, wie er in dieser extremen Radikalität in jener Zeit wohl sonst nirgends auf der Welt vertreten wurde. „Im Geschichtsbild eines permanenten, gnadenlosen Kampfes der Völker um einen ihrer wachsenden Größe angemessenen, aber nur bei ‚Rassenreinheit‘ zu behauptenden ‚Lebensraum‘ fanden diese beiden Grundelemente ihre Synthese.“⁴⁾

Mit diesem Geschichtsbild und dem unmittelbar daraus hergeleiteten, nur mit dem Mittel des Krieges realisierbaren politischen Handlungskonzept, das bekanntlich in ebenfalls so noch nicht dagewesener Weise auch tatsächlich zu verwirklichen versucht wurde, gewann zugleich eine weitere (die zweite eingangs genannte) friedensgefährdende und friedenszerstörende Haupttriebkraft unseres Jahrhunderts an Gewicht: *die politisch-ideologische Spaltung der Welt*. In eben ihrer nationalsozialistischen Spielart ist sie durch die Anti-Hitler-Koalition des Zweiten Weltkrieges unter schwersten Blutopfern für alle Beteiligten gewaltsam beseitigt und von weiteren Millionen von Menschen mit dem Verlust ihrer angestammten Heimat bezahlt worden. Dank einer anderen, der nicht minder totalitären marxistisch-leninistischen Spielart, die bereits 1917 mit der bolschewistischen Oktoberrevolution in Erscheinung trat, besteht jedoch die Spaltung, wenngleich mit gewandeltem Inhalt und in gewandelter Form, nach 1945 fort und macht — wie wohl kaum näher erläutert und begründet zu werden braucht — als ordnungs- wie machtpolitischer Fundamentalkonflikt zwischen Ost und West den bis heute bestimmenden Grundzug der Weltpolitik aus. Anders formuliert: Diese Spaltung war und ist ein friedensgefährdender Faktor durch den Antagonismus sowohl von zwei gesellschaftlichen Ordnungs- und Wertssystemen als auch von zwei Machtblöcken. Die Machtblöcke wiederum entstanden, nachdem das alte Europa 1945 seine einstmals führende Rolle in der Weltpolitik endgültig eingebüßt hatte, als statt dessen die USA und die UdSSR als nukleare Supermächte ins Zentrum weltpolitischer Entscheidungen rückten und sich die Weltpolitik, jedenfalls in militärischer Hinsicht, von bisheriger Multipolarität (Mehrpoligkeit) zu einer Bipolarität (Zweipoligkeit) wandelte. Dabei gestaltete sich die Bipolarität nicht kooperativ im Rahmen einer allgemein anerkannten Friedensordnung, sondern in harter Konfrontation, für die sich ein eigener Epochenbegriff eingebürgert hat: auf den heißen Krieg der Weltkriegszeit folgte der „Kalte Krieg“ der Nachkriegszeit. Er führte zur (bis heute andauernden) Zweiteilung der Welt, Europas und Deutschlands sowie zur Bildung feindlicher Blöcke.

Jede Analyse der Weltpolitik nach 1945 hat deshalb von der Frage auszugehen, welche

³⁾ 866.—870. Auflage, München 1943, S. 742.

⁴⁾ A. Hillgruber, *Deutsche Großmacht- und Welt-*

politik im 19. und 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1977, S. 255.

Friedensvorstellungen die Hauptsiegermächte USA und UdSSR ihren Nachkriegsplanungen zugrunde gelegt haben. Hierbei sind die Gegensätze unübersehbar. Die USA als bei weitem stärkste Wirtschaftsmacht wollten ein auf einer liberal-kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung fußendes, auch die Sowjetunion einbeziehendes Modell der Friedenssicherung verwirklichen und dadurch ihre eigene Führungsrolle in der Weltpolitik festschreiben. Die Sowjetunion dagegen wollte die internationale Ordnung der Nachkriegszeit dadurch bestimmt sehen, daß sich die Großmächte über klar definierte Interessensphären verständigten. Das amerikanische Konzept der liberalen „Einen Welt“ stieß also mit dem sowjetischen Prinzip der Friedenssicherung durch Hegemoniebildung zusammen, mit jenem Prinzip, das Stalin im April 1945 auf die griffige Formel gebracht hatte: „Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.“⁵⁾

Die Analyse der Weltpolitik nach 1945 hat ferner (wie schon angedeutet) davon auszugehen, daß sich die Anti-Hitler-Koalition seit Kriegsende auflöste und einem feindlichen Verhältnis der Alliierten zueinander Platz machte. Verschiedene Ansätze zur Kooperation, die sich auf den Konferenzen von Teheran (Dezember 1943) und Jalta (Februar 1945) ergeben hatten, wurden angesichts der sowjetischen Hegemonialpolitik in Osteuropa hinfällig. Diese Hegemonialpolitik führte rasch zur Schaffung sowjetfreundlicher und bald danach kommunistisch regierter Staaten im näheren und weiteren Vorfeld der sowjetischen Westgrenze. Der Kreml verfolgte dabei in Verbindung mit ideologisch begründeten expansiven Zielen eine traditionelle Sicherheitspolitik, gespeist nicht zuletzt auch aus einem seit 1941 traumatisch gesteigerten Sicherheitsbedürfnis.

Die Frage der nationalen Sicherheit wurde nicht im Rahmen der 1945 gegründeten Vereinten Nationen, die dem „One-World“-Konzept dienen sollten, gelöst, sondern auf der Grundlage nationalstaatlicher Rüstung und Strategie. Die Vereinten Nationen waren und sind mit derselben Grundproblematik konfrontiert, die schon die Arbeit des Völkerbun-

⁵⁾ Authentisch überliefert von Milovan Djilas, Gespräche mit Stalin, Frankfurt a. M. 1962, S. 146.

des in der Zwischenkriegszeit gekennzeichnet hatte. Da die Mitgliedstaaten nicht auf Souveränitätsrechte verzichten woll(t)en, bleibt die angestrebte kollektive Sicherung des Friedens weiterhin vom individuellen Willen der Mitgliedstaaten abhängig: Beschlüsse im Sicherheitsrat werden entweder einstimmig gefaßt oder gar nicht — die Weltpolitik wird also nach wie vor von den Machtverhältnissen zwischen den Staaten bestimmt, die aufgrund ihrer Potentiale zu weltpolitischem Engagement fähig und entschlossen sind. Hier steckt weiterhin der wichtigste Schlüssel zur Lösung bzw. Nichtlösung der Friedensfrage auf globaler Ebene, spielt zugleich einmal mehr nationalstaatliche Egozentrik in Gestalt eines nationalimperialen Sendungsbewußtseins eine hervorragende Rolle. Nicht von ungefähr sind orthodoxer Kommunismus und altrussischer, auf der Achse Moskau-Kiew ruhender, ethnischer wie imperialer Nationalismus die geistig-ideologischen Haupttriebkkräfte der sowjetischen Außenpolitik von 1945 bis heute, ergibt sich aus der unauflöselichen Verbindung beider Elemente eine Dynamik, der ein grundsätzlich aggressiv-expansiver Grundzug eigen ist. Unter den Leitworten des „American way of life“ und „To make the world safe for democracy“ gilt Ähnliches — mit den nötigen Differenzierungen — gewiß auch für die US-Außenpolitik.

Derart vorgeprägt, mit einem solchen Einstellungs- und Handlungsmuster ausgestattet und belastet, stand die Weltpolitik seit 1947 — kaum zufällig — im Zeichen des Kalten Krieges. Der sowjetischen Politik der Abschließung und Sicherung eines eigenen Herrschaftsbereiches wurde die westliche Politik des „Containment“, der Eindämmung, gegenübergestellt. Was sich dabei mit dem schon mehrfach angesprochenen Ergebnis — Spaltung der Welt, Europas und Deutschlands, Formierung politisch-militärischer Blöcke unter Führung der beiden Supermächte — klar durchsetzte, war das sowjetische Konzept der Friedenssicherung durch Hegemoniebildung, zumal man in Moskau wie in Washington die jeweiligen Herrschafts- und Einflußsphären der anderen Seite im wesentlichen respektierte. Auch die sogenannte „Roll-back-Konzeption“ der USA Mitte der fünfziger Jahre und das Engagement der UdSSR auf Kuba zu Beginn der sechziger Jahre änderten daran im Prinzip nichts. Für beide Supermächte hörte der große heiße Krieg auf, ein vernünftiges Mittel

der Politik zu sein, da beide Seiten einander vernichten konnten und niemand hoffen konnte, einen solchen Krieg zu gewinnen. Die 1960 vom damaligen österreichischen Außenminister Bruno Kreisky in einem Vortrag in Warschau geprägte und seither vielzitierte Formel von der „Koexistenz als Alternative zur Nichtexistenz“⁶⁾ bringt die — bis heute andauernde — Labilität der internationalen Großwetterlage und das weite Entferntsein von einer kollektiven Friedens- und Sicherheitsordnung treffend zum Ausdruck.

Nach Beendigung der Kuba-Krise Ende 1962 waren die USA wie die UdSSR bestrebt, die auf begrenzte Kooperation gerichteten Ziele und Interessen ihrer Politik durch eine Serie von Verträgen zu verstärken und mit friedlichen Mitteln abzusichern. Konfrontation und Konkurrenz des „Kalten Krieges“ wurden langsam abgelöst durch Konfrontation, Konkurrenz *und* (begrenzte) Kooperation der „Dé-tente bzw. Entspannung“, ehe seit der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren aus mancherlei Gründen, darunter langjähriger Führungsschwäche der USA und massiver Aufrüstung der UdSSR, das konfrontative Konfliktelement wieder bedrohlich gewachsen ist.

Auf gerade unter dem Aspekt ‚friedensfördernd oder friedensgefährdend‘ bemerkenswerte Unterschiede zwischen der Epoche des Kalten Krieges einerseits, dem sogenannten Entspannungsjahrzehnt und der bis heute währenden Folgezeit andererseits wird im letzten Abschnitt unseres Beitrags eingegangen, weil sie unmittelbar zu gegenwartsbezogenen Schlußfolgerungen hinführen. Unerläßlich erscheint hier jedoch dieser Hinweis: Erst nach dem Ende des Kalten Krieges entwickelten sich mit Westeuropa, Japan und der Volksrepublik China neue weltpolitische Zentren, die zwar an der Bipolarität der internationalen Politik in militärischer Hinsicht nichts geändert, aber auf politischer und wirtschaftlicher Ebene multipolare Tendenzen hervorgebracht haben. Sofern derartige Tendenzen mit einem supranationalen Ordnungskonzept verbunden sind, das auf die Integration gleichberechtigter Partner hinzielt, konnten sie, bei freilich regional begrenzter Reichweite, durchaus friedensfördernd wirken. Den wohl besten Beleg dafür liefert die gelungene Befriedung Westeuropas (unter Einschluß der Bundesrepublik Deutschland) im Rahmen des

nordatlantischen Bündnissystems und der Europäischen Gemeinschaft.

In vielen anderen Teilen der Welt ist es dagegen im Windschatten der Supermacht-Rivalität zu immer kühneren und gefährlicheren Manifestationen nationalistischer Eigenwilligkeit und Machtpolitik gekommen, bei denen es einmal mehr um „nationale Ehre“ und „Lebensinteressen“, wo man andere nicht konsultiert, geht, die mithin erneut wesentliche Attribute nationalstaatlicher Egozentrik (im eingangs umrissenen Sinne) aufweisen. Davon zeugen insbesondere die seit langem höchst explosiven, den Weltfrieden unmittelbar bedrohenden arabisch-israelischen und inner-arabischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten, aber auch, zumindest partiell, kaum minder gefährliche Vorgänge im mittleren und südlichen Afrika, auf dem indischen Subkontinent und in jüngster Zeit ebenfalls in Mittel- und Südamerika.

Die in alledem manifeste politische Multipolarität garantiert offenkundig keineswegs mehr Stabilität, weil dahinter kein übergreifendes, wirklich integrierendes Ordnungskonzept steht. Darüber hinaus fehlen viele der Merkmale, die das internationale System des vorigen und vielleicht noch eines Teils dieses Jahrhunderts kennzeichneten: eine stabile Technologie, Vielheit der großen Mächte, begrenzte innere Ansprüche, Verschiebbarkeit von Grenzen und eine einheitliche Weltwirtschaftsordnung.

Unzweifelhaft haben die asymmetrische Entwicklung der Weltwirtschaft und der daraus resultierende Nord-Süd-Konflikt, nicht zuletzt aufgrund ihrer unheilvollen Verflechtung mit der politisch-ideologischen Ost-West-Spaltung und der nationalistischen Egozentrik, im letzten Vierteljahrhundert ebenfalls das Entstehen einer tragfähigen internationalen Friedensordnung verhindert; und ebenso unzweifelhaft haben dazu auch Handlungen, Drohgebärden und Fehleinschätzungen aller Beteiligten nicht unerheblich beigetragen.

Daß und in welchem folgenreichem Ausmaß in unserem Jahrhundert *wechselseitige Fehleinschätzungen* von Hauptakteuren der internationalen Politik für die Nichteindämmung oder Ingangsetzung friedensfeindlicher Prozesse mitverantwortlich waren, läßt sich an zwei markanten Vorgängen besonders gut dingfest machen, die als wesentliche Etappen und Weichenstellungen auf dem Weg einmal

⁶⁾ B. Kreisky, Voraussetzungen der Koexistenz, Freiburg i. Br. 1960, S. 9.

in den Zweiten Weltkrieg, zum anderen in den Kalten Krieg anzusehen sind.

Beim ersten Vorgang handelt es sich darum, daß 1938/39 zunächst die Westmächte, genauer: Großbritannien mit Frankreich im Schlepptau, Hitlers Politik und danach Hitler die Politik der Westmächte, insbesondere Großbritanniens, völlig falsch einschätzten und bewerteten — mit den bekannten zerstörerischen Konsequenzen für den Weltfrieden. Als die Westmächte am 29. September 1938 mit dem nationalsozialistischen Deutschland (und dem faschistischen Italien) das Münchener Abkommen abschlossen, gingen sie davon aus, daß Hitler nur — wie schon die Regierungen der Weimarer Republik — eine möglichst weitgehende Revision des Versailler Vertrages anstrebte und die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Deutsche Reich seine letzte territoriale Forderung sei. Durch Bewilligung dieser Forderung nebst ultimativem Druck auf Prag, sie ebenfalls zu akzeptieren, glaubte die britische Regierung dem Ziel ihrer schon seit den zwanziger Jahren vertretenen Appeasement-Politik einen, wenn nicht den entscheidenden Schritt näher gekommen zu sein, nämlich ein dergestalt „befriedetes“ Deutschland in ein Vier-Großmächte-Kollegium mit Großbritannien, Frankreich und Italien einzubeziehen und dadurch eine stabile und dauerhafte kontinentaleuropäische Friedensordnung herzustellen (bei gleichzeitiger Isolierung der Sowjetunion!). Und genau deshalb meinte Premierminister Neville Chamberlain, konsequentester Verfechter dieser Appeasement-Politik, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus München öffentlich erklären zu können, nun sei „der Friede in unserer Zeit sicher“⁷⁾. Er und seine Regierung hatten nicht erkannt, daß Hitler (wie schon an anderer Stelle dargelegt) mit seinem Programm und seinen Zielsetzungen den Rahmen herkömmlicher revisionistischer, bis 1933 gültiger deutscher Außenpolitik völlig sprengte; daß er im Sommer und Herbst 1938 die feste Absicht hatte, die von ihm forcierte „Sudetenkrise“ zu benutzen, um die Tschechoslowakei durch einen kurzen und lokalisierten Krieg niederzuwerfen; daß ihn das Münchener Abkommen bitter enttäuschte, weil es ihm dieses Konzept verdarb und den Kriegsgrund nahm; und daß der Gewinn der Sudetengebiete für ihn nichts als ein halberledigtes machtpolitisches und

⁷⁾ Zitiert nach H. K. G. Rönnefarth, Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Wiesbaden 1961, Teil 1, S. 674.

strategisches Problem war. ‚Folgerichtig‘ liquidierte er im März 1939 die Rest-Tschechoslowakei, entzog damit aber auch jeder weiteren westlichen bzw. britischen Appeasement-Politik die politische wie moralische Basis.

Weil genau dies Hitler bei der unmittelbar nachfolgenden Vorbereitung seines, wie er erneut beabsichtigte, lokalisierten Krieges gegen Polen nicht erkannte, erwiesen sich nunmehr seine politischen Schachzüge vom August 1939 — den Abschluß des Paktes mit Stalin zu kombinieren mit der Vorankündigung eines großzügigen Angebots an England — schnell als grandiose Fehlspekulation. England und — in dessen Kielwasser — Frankreich nahmen nicht, wie Hitler bis zuletzt unterstellte, den deutschen Angriff auf Polen passiv hin, und so befand sich das Dritte Reich seit dem 3. September 1939 in einem europäischen Krieg, den Hitler zu diesem Zeitpunkt und in dieser Konstellation nicht gewollt hatte. Diesen Krieg empfand er als einen „aufgezwungenen“ Krieg, war er doch nunmehr genötigt, in einer ihm unerwünschten Frontstellung zu kämpfen. Daher setzte er alles daran, möglichst schnell jene politisch-strategische Ausgangsposition in Europa zu gewinnen, die er bisher immer für seinen Eroberungszug nach Osten als Voraussetzung angesehen hatte. Als diese Bemühungen an der britischen Zähigkeit und Entschlossenheit gescheitert waren, ließ er sich dennoch nicht davon abhalten, mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 „seinen“ Krieg zu eröffnen, mit dem der „Weltkrieg“ im eigentlichen Sinne erst begonnen hat. (Übrigens trugen auch hierzu wechselseitige Fehleinschätzungen nicht unwesentlich bei: Während Hitler sich gerade auch deshalb zum Losschlagen entschloß, weil er Widerstandswillen und -kraft des Sowjetsystems nicht nur in militärischer Hinsicht unterschätzte, war Stalin, der 1939 durch sein Bündnis mit Hitler dessen Angriff auf Polen überhaupt erst ermöglicht und bewußt mitherbeigeführt hatte, fest davon überzeugt, daß Hitler von sich aus nicht das Risiko eines Zweifrontenkrieges eingehen werde).

Anhand des zweiten, von uns bereits kurz apostrophierten Vorganges soll noch einmal die für unser Thema erst recht wichtige Frage behandelt werden, warum eigentlich 1945 die USA und die UdSSR als Hauptsiegermächte in dem von Hitler angezettelten Zweiten Weltkrieg nicht zu einer wenigstens begrenzt friedensstiftenden Kooperation gelangten. Die neuere internationale Fachforschung ver-

tritt überwiegend und mit überzeugenden Argumenten die Auffassung, daß der Kalte Krieg als erste und sogleich ausgesprochen friedensfeindliche, dabei in mancherlei Hinsicht bis heute nachwirkende Hauptphase des Ost-West-Konflikts aus einem vermeidbaren Eskalationsmechanismus wechselseitiger Fehleinschätzungen und Kurzschlußreaktionen entstanden ist. Obwohl wegen der Unzugänglichkeit einschlägiger sowjetischer Akten und Archive die Aufgabe bislang nicht gelöst werden konnte, die Geschichte der Konfrontation zwischen den USA und der UdSSR als einen komplexen Prozeß weltpolitischer Interaktion auf wirklich befriedigender Quellenbasis zu erforschen, gilt schon jetzt als wissenschaftlich hinreichend gesichert: Zu den Hauptursachen des Ost-West-Konflikts bzw. seiner Ausweitung zum Kalten Krieg gehört, neben den schon skizzierten fundamentalen Interessengegensätzen und unterschiedlichen Friedensordnungskonzepten, auch die wechselseitige Fehleinschätzung der USA und der UdSSR über ihre eigene Lage bzw. die angebliche Zwangslage des Kontrahenten. Oder anders formuliert: Es gab auf beiden Seiten eine erstaunliche Fehleinschätzung der Wirksamkeit von Druckmitteln zur Durchsetzung der jeweils eigenen Zielsetzungen. Dies wurde zunächst weder in Moskau noch in Washington erkannt. Hier wie dort meinte man vielmehr, eine bessere Ausgangsposition zu besitzen.

So glaubte 1945 die amerikanische Regierung, in Gestalt ökonomischer Pressuren (u. a. Sperrung der Leih- und Pachtlieferungen an die UdSSR) ein wirksames Mittel in der Hand zu haben, um Stalin in seiner Ost- und Südosteuropapolitik zu einem gemäßigeren, Washington genehmeren Kurs veranlassen zu können. Dagegen herrschte in der Kreml-Führung die Ansicht vor, daß die USA aufgrund einer ebenso gewaltigen wie unvermeidlichen Überproduktionskrise den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nicht meistern würden und deshalb großzügige amerikanische Wirtschaftslieferungen nicht für die UdSSR, sondern für die USA eine Frage auf Tod und Leben seien. Das sowjetische Kalkül basierte mithin auf der Annahme, die USA seien, um auch nur vorübergehend dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu entgehen, zum Export ihrer Güter in die Sowjetunion gezwungen. Man war dabei offenkundig Gefangener des ideologischen Dogmas von der unvermeidlichen allgemeinen Krise des Kapitalismus und rechnete nicht mit dem riesigen

Nachholbedarf der übrigen vom Krieg zerstörten Welt. Umgekehrt vernachlässigte, ja übersah das amerikanische Kalkül die rigide Befehlsstruktur der sowjetischen Wirtschaft, durch die der Sowjetbevölkerung ein hoher Konsumverzicht auferlegt werden konnte.

Besonders verhängnisvoll war diese wechselseitige Fehleinschätzung, weil sie in die erste Phase atomarer Politik fiel. Spätestens im April 1945, nach dem Tod des amerikanischen Präsidenten Roosevelt und dem Amtsantritt seines Nachfolgers Truman, setzte sich im amtlichen Washington die Auffassung von tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Politik als Folge der Existenz der Atombombe durch. Zwei verschiedene Erwartungen ließen sich daran knüpfen. Entweder gelang es, die Kreml-Führung durch das amerikanische Atombombenmonopol zu beeindrucken und zu einer maßvolleren Politik zu bewegen oder den gleichen Effekt durch das Angebot zu erreichen, die Sowjetunion in das technologische Geheimnis und damit in die gemeinsame Verantwortung für eine künftige atomare Weltordnung einzubeziehen. Die Demonstration der Bombe war in beiden Fällen erforderlich. Man kalkulierte daher in den USA (zusätzlich zu dem vermuteten ökonomischen Druckmittel), bei Bedarf auch noch über ein militärisches Druck- und Lockmittel zu verfügen.

Während der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) unterrichtete Truman Stalin über die gerade gelungene Erprobung der Atombombe, deren tatsächlicher Einsatz in Hiroshima und Nagasaki wenig später (am 6. und 8. August) folgte. Die Sowjetführung reagierte jedoch ganz anders, als auf amerikanischer Seite unterstellt und erhofft worden war. Einerseits spielte sie, solange sie selbst über keine Atombomben verfügte, deren Bedeutung zu einer Waffe ohne kriegsentscheidende Bedeutung herunter. Zum anderen entschied sie sich für eine Strategie der Abschirmung, die neben dem Wiederaufbau im eigenen Land der Errichtung und dem Ausbau der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa absoluten Vorrang gab. Dahinter stand die Auffassung, die allmählich in Moskau die Oberhand gewann, daß das im Krieg bewährte Bündnis mit den Westmächten keine tragfähige Grundlage der sowjetischen Sicherheit mehr darstelle. Nicht zuletzt deshalb konnte übrigens auch ein alliiertes Einvernehmen über Deutschland nicht hergestellt werden, kam es statt dessen zur Teilung unseres Landes.

Fazit: Auch durch Fehleinschätzungen und deren Folgen verbauten sich beide Seiten Zug um Zug den von ihnen ursprünglich durchaus angestrebten, zumindest für begehbar gehaltenen Weg, bestehende Konflikte und Gegensätze zu begrenzen und dauerhafte Formen eines friedlichen *modus vivendi* zu finden.

Der Frieden zerbrach, ehe er überhaupt hergestellt werden konnte. Es kam zu Weichenstellungen, die für die gesamte Nachkriegs-epoche in vieler Hinsicht richtungweisend wurden. So drängt sich wohl spätestens hier die Frage nach gegenwartsbezogenen Schlußfolgerungen auf.

III. Gegenwartsbezogene Schlußfolgerungen

„Die Funktion des Historikers besteht weder darin, die *Vergangenheit* zu lieben, noch sich von ihr zu emanzipieren, sondern darin, sie *als Schlüssel zum Verständnis der Gegenwart* (Hervorhebungen von K.-H. R.) zu bewältigen und zu verstehen.“⁸⁾ Diese Worte des Briten Edward Hallett Carr sind die erste allgemeine Leitlinie der bisherigen Darlegungen wie auch der Folgerungen, die jetzt daraus gezogen werden sollen. Daß die Frage nach den Ursachen für Kriege wesentlicher, ja unverzichtbarer Bestandteil des Friedensthemas ist, macht die zweite Leitlinie aus. Darin steckt auch die Einsicht, daß Frieden — im internationalen wie im nationalen Bereich — Verzicht auf gewaltsame Konfliktlösung heißt. Insofern ist der Austrag von Konflikten ohne Anwendung oder Androhung von Gewalt nicht friedensstörend oder gar friedensfeindlich, ist Kriegsverhütungspolitik bereits aktive Friedenspolitik.

Mit diesen Prämissen werden einige gegenwartsbezogene Schlußfolgerungen aus der gerade durchgeführten, auf das Friedensthema ausgerichteten Analyse der bisherigen weltpolitischen Entwicklung im 20. Jahrhundert angeboten. Dabei handelt es sich nicht um sogenannte „Lehren aus der Geschichte“, sondern lediglich um mögliche Orientierungshilfen für gegenwärtiges und künftiges Nachdenken über/ und Bemühen um Kriegsverhütung, Friedensherstellung und Friedenssicherung.

1. Zur nationalstaatlichen Egozentrik

Unsere klare Absage an sie in all ihren, keineswegs bloß deutschen, wengleich in Ideologie und Politik des NS-Staates gipfelnden, nur zu häufig kriegsstiftenden und friedensverhindernden Erscheinungsformen bedarf keiner weiteren Erläuterung und Begründung. Eine solche Absage darf jedoch nicht mißverstanden werden als Plädoyer für eine

im Interesse des Friedens wünschbare oder gar notwendige Preisgabe des Nationalen, der Nation, speziell unserer Nation als gesamtdeutscher Einheit. Angesichts einer gerade unter jüngeren und ganz jungen Mitbürgern verbreiteten Neigung, dennoch so zu denken, zu argumentieren oder aber sich mehr oder weniger indifferent zu verhalten, sei dies zusammen mit dem Sachverhalt nachdrücklich betont, daß das Nationale seit langem erstrangiges politisches Gestaltungsprinzip in Europa und die Nation inzwischen weltweit vorherrschende, alle anderen an Bedeutung übertreffende soziokulturelle und politische Großgruppenform ist. Daran wird sich auch in absehbarer Zukunft ebensowenig ändern wie am Anspruch jeder Nation auf politische Selbstbestimmung, auf Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts. Das auf diesem Recht fußende, in unserem Grundgesetz verankerte Prinzip der „Einheit der Nation“ hat deshalb nichts mit nationalstaatlicher Egozentrik zu tun, sondern ist Friedenspolitik, weil es Herstellung und Sicherung der deutschen nationalen Einheit unter ausdrücklichem, auch in internationalen Verträgen rechtsverbindlich festgelegtem Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt im Rahmen einer — wegen des Ost-West-Konflikts allerdings noch weit entfernten — gesamteuropäischen Friedensordnung anstrebt.

Die Devise heißt also: Radikale Abkehr von jeder nationalstaatlichen Egozentrik, aber engagierter, absolut gewaltfreier Einsatz für die Einheit der Nation. Ohne gesamteuropäische Friedensordnung keine gesamtdeutsche Einheit der Deutschen, aber ohne diese Einheit gewiß auch keine tragfähige gesamteuropäische Friedensordnung. Unser Nationsbegriff erfüllt dabei eine friedensstiftende Doppelfunktion: er dient als Instrument zur Verwirklichung von allgemein anerkannten und garantierten Menschen- und Bürgerrechten für die Bewohner beider deutschen Staaten; und er ist Grundlage und Ferment supranationaler Zusammenschlüsse. In diesem Sinne heißt

⁸⁾ E. H. Carr, Was ist Geschichte? Stuttgart 1963, S. 25 f.

nationale Verantwortung gesamtdeutsche Friedensverantwortung auch und gerade mit übernationaler Wert- und Zielsetzung.

Derartige übernationale Wert- und Zielsetzungen haben ihre erste regionale Teilrealisierung in der Befriedung Westeuropas durch einen auch institutionalisierten Integrationsprozeß gefunden. Er läßt zwar noch viele Wünsche offen, stagniert immer wieder und weist erhebliche Lücken auf — nicht zuletzt aufgrund ständiger einzelstaatlicher Egoismen. Aber die daraus resultierenden Konflikte werden nicht gewaltsam ausgetragen und gelöst. Allein dies ist ein Tatbestand von kaum zu überschätzender positiver Bedeutung: Heute können sich Franzosen und Deutsche einen Krieg oder Kriegsanklässe zwischen ihren beiden Ländern nicht mehr vorstellen. Welch ein Wandel im Vergleich zum noch gar nicht so lange zurückliegenden Zeitalter nationalstaatlicher Egozentrik gerade auch in diesem Teil Europas — eben in der „Epoche der Weltkriege“.

2. Zur politisch-ideologischen Spaltung der Welt

Gerade bei einer gegenwartsnahen und zukunftsorientierten Beurteilung dieses, wie wir alle wissen und miterleben, den Weltfrieden weiterhin besonders gefährdenden Faktors erscheint es angebracht, sich zunächst daran zu erinnern: Nicht innere Anziehungskraft und qualitative Überlegenheit des Sozialismus marxistisch-leninistischen Zuschnitts, sondern Hitlers politisch-ideologische Spaltung der Welt und der von ihm entfesselte Zweite Weltkrieg haben den noch dazu gewaltsamen Siegeszug der Sowjetunion als Vormacht dieses bis dahin weitgehend isolierten Sozialismus bis nach Berlin und an Elbe und Werra überhaupt erst ermöglicht, der seit 1917 virulenten politisch-ideologischen Ost-West-Spaltung nicht nur zu einer räumlich gewaltig erweiterten Ausdehnung verholfen, sondern sie in eine ganz neue Dimension überführt. Eine solche Einsicht verändert zwar nicht, qualifiziert jedoch den hier erneut betonten, weil für unser Thema zentralen Sachverhalt, daß der Ost-West-Konflikt als ordnungs- und machtpolitischer Fundamentalkonflikt hauptsächlicher Dreh- und Angelpunkt der Weltpolitik seit 1945 war, ist und in absehbarer Frist bleiben wird. Was sich in den letzten fast vier Jahrzehnten wiederholt verändert hat und in Zukunft erneut wandeln könnte bzw. sollte, sind Formen und Methoden des Konfliktaustrags. Sie führen (wie schon angekündigt) unmittelbar hin zu

gerade unter dem Aspekt ‚friedensfördernd oder friedensgefährdend‘ bemerkenswerten Unterschieden zwischen der Epoche des Kalten Krieges und der nachfolgenden, in manchem wohl doch noch bis heute nachwirkenden sogenannten Entspannungsära.

Der Kalte Krieg war dadurch geprägt, daß beide Seiten keine Möglichkeiten sahen und fanden, Verhandlungsbeziehungen oder gar -lösungen zu suchen. Er bedeutete Konfrontation ohne Verhandlungslösungen, aber zugleich, da er nicht in den heißen Krieg umschlug, Koexistenz als Alternative zur Nichtexistenz; er bedeutete ferner das Auf und Ab von Konfrontation und Koexistenz, ohne daß es zu einer Vertragspolitik zwischen den Supermächten und den von ihnen geführten Blöcken kam. Genau dies, nämlich Vertragspolitik beider Seiten auf bi- und multilateraler Ebene, kennzeichnet die nach dem Ende der Kuba-Krise (Ende 1962) anlaufende und zwischen 1969/70 und 1975 dank einer Reihe von Vertragsabschlüssen (u. a. Viermächte-Abkommen über Berlin, SALT-Abkommen, KSZE-Schlußakte von Helsinki) wohl ertragreichste Phase im Ost-West-Verhältnis, für die sich der Ausdruck ‚Entspannung‘ eingebürgert hat. Entspannung in seinem so auch in Zukunft allein tragfähigen, von illusionärem Beiwerk befreiten Kern heißt dabei Begrenzung eines unvermindert fortdauernden Fundamentalkonflikts, beinhaltet das Bemühen, die Formen dieses Konfliktes zu begrenzen und, soweit möglich, auch Teilkonflikte einvernehmlich zu lösen. Was offensichtlich überhaupt nicht ‚entspannt‘ werden kann und soll, ist der ordnungspolitische Grundkonflikt. Die sowjetische Seite bringt das übrigens schon dadurch unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie den ideologischen Konflikt als Klassenkampf deklariert und ausdrücklich von jeder Entspannung ausnimmt.

Womöglich noch gewichtiger ist eine weitere Perspektive, die der Blick in die Geschichte eröffnet: Der Kalte Krieg war, in seiner Entstehungsphase wie darüber hinaus, insofern ein „asymmetrischer Konflikt“⁹⁾, als sich die USA und die UdSSR wegen der eindeutigen strukturellen Dominanz der westlichen Führungsmacht auf ungleichen Ebenen gegenüberstanden. Daß die USA sich für die Beibehaltung und den Ausbau ihres atomaren Monopols entschieden und bewußt oder unbewußt auf die Herstellung einer kooperativen

⁹⁾ W. Link, Das Konzept der friedlichen Kooperation und der Beginn des Kalten Krieges, Düsseldorf 1971, S. 27.

Suprematie abzielten, während die Sowjetunion, nicht zuletzt wegen der bestehenden Asymmetrien, isoliert ein eigenes nukleares Potential entwickelte und zugleich vorrangig den Auf- und Ausbau ihres Hegemonialverbandes in Ost- und Mitteleuropa einschließlich der einen Hälfte Deutschlands betrieb, bedeutete das Ende des Friedenstraumes von der ‚Einen Welt‘, die Ablösung der noch relativ flexiblen weltpolitischen Konstellation von 1945/46 durch eine ‚eingefrorene Kriegsstruktur‘. Dabei bewirkte der Rüstungswettlauf eine Eskalation der Konfrontation zwischen Ost und West. Erst als die atomare Symmetrie, das atomare Gleichgewicht, in Gestalt eines Patt zwischen Ost und West tatsächlich erreicht war, wurde Entspannungspolitik im gerade umrissenen Sinne möglich und notwendig, in dem Augenblick — wie sofort hinzugefügt werden muß — jedoch erneut gefährdet, als im weiteren Verlauf der siebziger Jahre eine massive sowjetische Aufrüstung in Erscheinung trat und eine nicht minder massive amerikanische ‚Nachrüstung‘ nach sich zog. Da mithin Geschichte und Analyse des Ost-West-Konflikts seit dem Zweiten Weltkrieg klar zu entnehmen ist, daß es immer dann zu besonders gefährlichen Konfliktverschärfungen kommt, wenn ein atomares Ungleichgewicht zwischen beiden Supermächten besteht oder zu entstehen droht, erscheint eine letztendliche Einigung beider auf Paritätsebene sowie auf Kontrolle des Fundamentalkonflikts durch Verhandlungen nicht ausgeschlossen. Selbst das dürfte freilich kaum ausreichen, um mehr als einen weiterhin labilen und zerbrechlichen Weltfrieden zu gewährleisten.

3. Zu den wechselseitigen Fehleinschätzungen

Geschichte liefert keine Handlungsanweisungen für unsere eigene politisch-gesellschaftliche Praxis. Die bewußt etwas detaillierter geschilderten Vorgänge von 1938/39 und 1945 enthalten jedoch recht bedenkenswerte Fingerzeige darauf, was alles in der älteren wie jüngeren Zeitgeschichte besonders dazu angetan erscheint, in der internationalen Politik Fehleinschätzungen mit friedensfeindlichen Wirkungen hervorzurufen oder zu fördern. Dazu gehören, wie die genannten Vorgänge im einzelnen belegen:

- grundsätzliche Fehldeutungen der Ziele des Gegners;
- ideologische Scheuklappen;
- Unfähigkeit zum Erkennen oder zur richti-

gen Gewichtung des moralischen Elements in der Politik;

- Einsatz des ökonomischen Druckmittels;
- unausgewogene Mischung von Überlegenheitsgefühl, Kooperationsbereitschaft, Mißtrauen und Sicherheitsbedürfnis.

Gewiß dürfen daraus, was unsere Gegenwart angeht, keine voreiligen Analogieschlüsse gezogen werden. Nicht zu bestreiten ist jedoch, daß die gerade angeführten, den Angehörigen älterer Generationen überdies aus eigenem Miterleben bekannten Verhaltensweisen in der internationalen Politik wesentlich zur Herbeiführung unserer heutigen Lage, die durch fortdauernde Abwesenheit einer globalen, gesamteuropäischen und gesamtdeutschen Friedensordnung gekennzeichnet ist, beigetragen haben. Diese eben nicht nur aus Bildungswissen gewonnene, sondern durch vielfältige persönliche Erfahrung gestützte Einsicht kann bzw. sollte unser kritisches Bewußtsein dafür schärfen, daß die friedensbedrohende Gefahr neuer ähnlicher Fehleinschätzungen fortbesteht. Und ist nicht — wie im persönlichen Leben — das Erkennen einer Gefahr eine brauchbare, vielleicht sogar unerläßliche Orientierungshilfe für künftiges Verhalten, das diese Gefahr zu bannen oder wenigstens einzuschränken sucht? Um noch einmal konkret zu werden: Der Kalte Krieg als besonders friedensbedrohende Erscheinungsform des Ost-West-Konflikts ist nach heute vorherrschender fachwissenschaftlicher Erkenntnis vorrangig aus einem vermeidbaren Eskalationsmechanismus wechselseitiger Fehleinschätzungen und Kurzschlußreaktionen entstanden. Daraus kann doch wohl nur gefolgert werden, daß alles getan werden muß, um die Wiederholung eines solchen Vorganges zu verhindern.

Ende September 1983 hat Richard von Weizsäcker, der Regierende Bürgermeister von Berlin, in der Stadtkirche von Wittenberg erklärt: „Frieden in der Welt zwischen Menschen und Völkern darf nicht nur Sehnsucht und Gefühl sein. Es erfordert von uns mehr als das christliche Überspielen von Gegensätzen und Konflikten. Es verlangt zunächst Aufrichtigkeit in der nüchternen Analyse.“¹⁰⁾ Mit der einem Historiker angemessenen Arbeitsdevise „Blick zurück in die Zukunft“ ging es uns darum, zu einer solchen Analyse beizutragen und Geschichte als aktuelle Orientierungshilfe für das Friedensthema nutzbar zu machen.

¹⁰⁾ Süddeutsche Zeitung vom 26. 9. 1983.

Verführung durch Normalität — Verfolgung durch Terror

Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel

I. Die NS-Zeit: Zur Komplexität historischer Quellen und erfahrbarer Wirklichkeit

Mit der Verkündung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes, des Gesetzes zur „Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. März 1933, wurde die von Hitler geführte Reichsregierung ermächtigt, aus eigener Vollmacht — also nicht wie bisher nur gestützt auf das Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten — gesetzliche Maßnahmen auch verfassungsändernden Inhalts zu ergreifen. Es war dies die „Legalisierung“ der Entwicklung zur nationalsozialistischen Alleinherrschaft, die im März 1933 auf der Straße und in der Öffentlichkeit weitgehend durch eine terroristisch-revolutionäre Bewegung von unten usurpiert worden war.

Im selben Monat — nur wenige Tage vor der Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“ — hatte die als nationales Fest in der Potsdamer Garnisonkirche gestaltete Konstituierung des neuen Reichstags am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“, in publikumswirksamer Inszenierung demonstriert, daß die für die überwältigende Mehrheit des Volkes durchaus mit positiven Vorzeichen versehenen Wertvorstellungen und Traditionen preußischer und deutscher Geschichte offenbar durchaus in vollem Einklang standen mit den Idealen des neuen Reichs und der neuen Führung. Hitlers Verbeugung vor dem greisen preußischen Feldmarschall, die sich hier nicht als revolutionäre Schlägertrupps gebärdenden, sondern in disziplinierter Ordnung neben der Reichswehr aufmarschierten SA- und SS-Verbände, nicht zuletzt auch der Segen der Kirche, untermalt von dem mahnenden „Üb immer Treu und Redlichkeit“ des bekannten Glockenspiels der Garnisonkirche — hier kündigte sich eine andere Spielart nationalsozialistischer Herrschaftsmittel an, deren Wirksamkeit auf breite Bevölkerungsschichten gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Dieses Angebot von offenbar vertrauten, zustimmungswürdigen Wertsystemen, an denen der einzelne die Gestaltung seines privaten Lebensrahmens ebenso orientieren konnte, wie die neue Staatsführung es

für ihre Politik hinsichtlich der Gestaltung des Gemeinwesens vorgab zu tun, stand keineswegs im Gegensatz zu den angedeuteten terroristischen Aktionen und den späteren beispiellosen Verbrechen. Vielmehr handelt es sich um Teile desselben, durch überraschende Vielfalt gekennzeichneten Systems von Herrschaftsmitteln, die — auf verschiedene Zielgruppen und auf unterschiedliche Situationen angewandt — dem gleichen übergeordneten Zweck dienten, der Errichtung und Festigung von Hitlers Unrechtsstaat und damit der Verwirklichung von Hitlers machtpolitischem und rassenideologischem „Programm“.

Über den Standort des „Dritten Reichs“ im heutigen historischen und politischen Bewußtsein boten die vielfältigen Veranstaltungen aus Anlaß der 50jährigen Wiederkehr des Tages der „Machtergreifung“ aufschlußreiche Einsichten. Während die Beiträge der Historiker den wissenschaftlichen Umgang mit der NS-Herrschaft, den die zeitgeschichtliche Forschung stets als eine auch aus moralischen Gründen verpflichtende Aufgabe betrieben hat, aus gegebenem Anlaß lediglich punktuell verstärkten, mußte die mitunter die Grenzen von Verbissenheit und Hektik überschreitende Intensität überraschen, mit der außerhalb des engeren wissenschaftlichen Bereichs neben den elektronischen Medien Organisationen und Institutionen aus fast allen Sparten des öffentlichen Lebens der Bedeutung des 30. Januar 1933 gerecht zu werden versuchten. Das mit der Erstausrahlung des amerikanischen Spielfilms „Holocaust“ Anfang 1979 plötzlich entfachte Interesse breiter Bevölkerungskreise an einer Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus erlebte zweifellos einen neuen Höhepunkt.

Fragt man sich, inwieweit die dort in wissenschaftlicher wie in aufklärerischer Absicht vermittelten Erkenntnisse mit dem eben angedeuteten, aus den Quellen sichtbaren Bild der ausgeprägten Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftswirklichkeit in Einklang

stehen, so ergeben sich einige aufschlußreiche Beobachtungen.

Der wissenschaftlichen Forschung ist der nicht eben neue Vorwurf wiederum nicht zu ersparen, daß sie in weiten Bereichen durch hochgradig abstrakte theoretische Konstruktionen, deren intellektuelle Brillanz ebenso wenig anzuzweifeln ist wie deren Brauchbarkeit für die wissenschaftliche Deutung wichtiger Aspekte der NS-Herrschaft, den direkten Bezug zu den Quellen verstellt und die Erfahrung einer konkret faßbaren, quellenmäßig dennoch abgesicherten Wirklichkeit zuschüttet. Für die Aufklärung breiter Bevölkerungskreise über wesentliche Kennzeichen nationalsozialistischer Herrschaft sind derartig formulierte Forschungsergebnisse natürlich nur sehr bedingt brauchbar.

Demgegenüber zeichnen sich die Aufklärungsaktionen außerhalb des engeren wissenschaftlichen Rahmens zweifellos durch eine unmittelbarere Verbindung zu konkret vorstellbaren Situationen aus. Es ist die durch keinerlei theoretische Gebäude verstellte Wirklichkeit des Schicksals der — noch dazu deutschen — Familie Dr. Weiß im Holocaust-Film, die eine breite Bevölkerung direkt ansprach, Erschütterung und Empörung auslöste und darüber hinaus eine totale moralische Diskreditierung der NS-Herrschaft und der in ihr schuldhaft verstrickten Personen als eine reine Selbstverändlichkeit nahelegte. Plötzlich fragte man nach weiteren konkreten Einzelheiten des im Fernsehen so anschaulich gemachten Nazi-Terrors. Gerüchte über ein Konzentrationslager in der Heimatgemeinde sollten dokumentarisch aufgeklärt werden, ebenso Erschießungen von Fremdarbeitern in der örtlichen Fabrik, überhaupt die Unterdrückung der Bevölkerung der Heimatstadt und auch der antifaschistische Widerstand der Arbeitermassen. Auch die Rolle des eigenen Vaters, den man in Familionalben in HJ-Uniform entdeckt hatte, geriet ins Blickfeld: der Geschichtslehrer des Geburtsjahrgangs 1953 mochte in diesem Zusammenhang berichtet haben, daß die Hitler-Jugend Handlanger des verbrecherischen Systems gewesen war, gegen die ein aufrechter Demokrat also hätte Widerstand leisten müssen und auch können.

Das Problem dieser offenbar unverstellten Sicht vom Grundzug der nationalsozialistischen Herrschaft zeigt sich indessen, wenn die Archive bei entsprechenden Recherchen Materialien ermitteln, die den Terror des NS-Regimes keineswegs in dieser Eindeutigkeit

dokumentieren, wie das aufgrund des „Holocaust“-Erlebnisses und der nachfolgenden Aufklärungsaktionen von vielen erwartet wurde. Dokumente des nackten Terrors sind vorhanden, doch befinden sie sich häufig in einem belanglosen Kontext mit offenbar unbedeutenden, routinemäßigen, bürokratischen Nebensächlichkeiten. Zur Aufdeckung des inhaltlichen Kerns bedarf es systematischer Quellenkritik und methodischen Fingerspitzengefühls. Und dann erweist sich das Konzentrationslager in der Heimatgemeinde, das man sich möglicherweise in Analogie zu den Bildern des Grauens von Auschwitz und Bergen-Belsen vorgestellt hatte, als ein Außenkommando, zu dem Häftlinge eines Hauptlagers zur Errichtung von Baubaracken oder zum Einsatz in einer örtlichen Fabrik abkommandiert gewesen waren, wie es tausendfach vorgekommen ist. Dies ist immer noch unmenschlich genug und birgt zweifelsfreie Symptome des Terrors, aber die vielleicht erwarteten Gaskammern sind nicht nur nicht nachweisbar, sondern es hat sie an diesem Ort tatsächlich nicht gegeben. Die HJ-Tätigkeit des Vaters beschränkte sich auf mitunter als lästig empfundenen Routine-Dienst, beinhaltete aber auch Fahrt und Lager, gewiß auch Maßnahmen im Rahmen der Wehertüchtigung, im Grunde aber ein unter Abzug ideologischer Pflichtbekenntnisse nach *damaligen Begriffen* normales, wenn nicht sogar positiv gewertetes Jungenleben. Auch militärische Tüchtigkeit galt ja damals gemeinhin unbestritten als eine Tugend. Die Geschichte der Heimatstadt in den Jahren 1933 bis 1945 erweist sich in der Hauptsache nicht als eine Chronik von Verfolgung und Widerstand, sondern — nach außen erkennbar — als eine von traditionellen und neuartigen Festen unterbrochene Abfolge gewohnter, alltäglicher Normalitäten. Statt im solidarischen antifaschistischen Widerstand fand sich ein Großteil der deutschen Arbeiter in den klassenlosen Kabinen der „Kraft-durch-Freude“-Schiffe und hoffte aufrichtig auf die Ablösung des Klassenkampfes durch die immer wieder proklamierte Volksgemeinschaft, ohne zu ahnen, daß sich unter ihnen Spitzel von Geheimer Staatspolizei und Sicherheitsdienst befanden, die alle Äußerungen registrierten, welche auf Distanz zum Regime schließen ließen. Hitlers Vorbereitung zum geplanten rassenideologischen Vernichtungsfeldzug gegen die Sowjetunion stellt sich in den Akten des Auswärtigen Amtes durchgängig dar als eine Folge von nach Inhalt und Form „normalen“ diplo-

matischen Aktionen zugunsten ebenso „normaler“ revisionistischer Ziele.

Das aus der Summe der Überlieferung jener Zeit erfahrbare Bild entspricht somit nicht der in jüngster Zeit häufig verbreiteten Vorstellung eines *ohne weiteres erkennbaren*, nach Widerstand und Verfolgung, Opfer und Täter, Gut und Böse eindeutig gegliederten Unrechtsstaates, der sich in *ständigem, überall spürbarem Terror unmittelbar manifestierte*. Vielmehr vermitteln die Dokumente die Erkenntnis einer komplexen, nicht immer eindeutig charakterisierbaren Wirklichkeit, die eine ganze Bandbreite von Herrschaftsmitteln implizierte. Diese erstreckte sich von positiven Erlebnissen und die Gemüter vieler Volksgenossen berausenden Erfolgen, die eine meisterhafte Propaganda in ein wirkungsvolles Licht zu stellen vermochte, über eine verführerische, häufig sich unpolitisch gebende Normalität bis zum brutalen, bis dahin nie gekannten Terror.

Die grauenvollen Vernichtungslager waren konkrete Herrschaftsmittel, jedoch bestimmt und erfahrbar nicht für die Mehrheit des eigenen Volkes, sondern für eine — wenn auch zahlenmäßig sehr starke — Minderheit. Wer kein Jude war, keine kommunistische oder ausgeprägt sozialdemokratische Vergangenheit hatte, wer die Forderungen einer humanitären oder christlichen Ethik nicht so konsequent und radikal an die eigene Person stellte wie einige wenige, für diese Nicht-Betroffenen, die immer noch die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, blieben die Herrschaftsmittel des Terrors konkret allenfalls als Abschreckungsmittel, als für sich geltend zu machende Legitimation eines unpolitischen Beiseitestehens oder gar Mitmachens. Ihnen bot die neue Herrschaft trotz der Propagierung einer national-revolutionären Aufbruchstimmung in eine „Zeit ohne Beispiel“ zumindest auf lange Sicht ein Leben in weitgehend vertrauten, alltäglichen, normalen Rahmenbedingungen an.

Wenn über diese Normalität hinaus sich eine überraschende Bestätigung von nach den gemeinhin geltenden Wertnormen als positiv einzuschätzenden Zielen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Bereich einstellte, empfand man — abgesehen von der offensichtlichen Unmöglichkeit — im Grunde auch gar keinen Anlaß, eine Oppositionshaltung gegen das Regime einzunehmen, geschweige denn aktiven Widerstand ernsthaft zu erwägen. Wer die Wirk-

lichkeit von Dachau, Birkenau, Belzec und Sobibor in ihren wesentlichen konkreten Einzelheiten nicht erkennen, allenfalls erahnen konnte — und in diesem Fall möglichst verdrängen sollte und auch wohl wollte —, dagegen aber im Fackelschein der abendlichen Jugend-Feierstunde gläubig den mit eindrucksvoller Oberstimme gesungenen Refrain des Chorals „Deutschland, heiliges Wort“ vernehmen durfte, oder die gleichsam von liturgischen Bräuchen des Christentums und nationalen Symbolen durchsetzten Massenveranstaltungen der Reichsparteitage erlebte, wem Eindrücke dieser Art immer wieder als bedenkenlos zu übernehmende Identifikationsmuster angeboten wurden, dem stellte sich die wahrnehmbare — also nicht die real existierende ganze — Wirklichkeit nationalsozialistischer Herrschaft anders dar, als dies heute oft in aufklärerischer Intention vermittelt wird.

Auf die für die Mehrheit des Volkes mögliche Normalität hofften anfangs selbst die, welche aus rassistischen Gründen betroffen waren und die barbarische Kulturlosigkeit der neuen Machthaber erkannt zu haben glaubten. „Er arbeitete, lebte“, so reflektierte der jüdische Gelehrte Dr. Gustav Oppermann in Feuchtwangers Roman wenige Tage nach der „Machtergreifung“ in der Abgeschiedenheit seiner Grunewald-Villa. „Die Arbeit ging gut voran, das Leben war schön. Mag im Palais des Reichskanzlers der Barbar sich sielen: ihn kümmert es nicht.“ Doch diesem Teil der Bevölkerung wurde, wie sich allzubald zeigen sollte, die Fortführung einer gewohnten Lebensweise nicht gewährt. Für sie, die nicht glauben konnten, daß dieses ganze Volk von 65 Millionen Menschen aufgehört hatte, ein Kulturvolk zu sein, war nicht das Herrschaftsmittel der Verführung durch Normalität, sondern ausschließlich das der Verfolgung durch Terror vorgesehen.

Diese Erkenntnis einer immensen Variationsbreite nationalsozialistischer Wirklichkeits- und Herrschaftsformen soll nun keineswegs zu einer wie auch immer gearteten Neubewertung oder gar Verharmlosung des verbrecherischen Grundcharakters des NS-Regimes führen. Der beispiellose Terror *war* Teil der Wirklichkeit. Zudem: weil die prinzipielle politische und moralische Verworfenheit dieser Herrschaft für eine große Mehrheit des Volkes infolge der Vielfalt der Herrschaftsmittel sehr viel schwerer in ihren Ausmaßen zu durchschauen war, als eine von den Quellen losgelöste Betrachtungsweise nach 50 Jahren

vorgibt, erscheint dieses Regime — und dies ist vor allem auch im Hinblick auf die mögliche Errichtung von Unrechtsregimen in der Zukunft bedeutungsvoll — als noch weniger kalkulierbar und damit als noch gefährlicher.

Hätten die Synagogen schon 1933 gebrannt, wäre das Schicksal der Verfolgten schon damals in seinen Einzelheiten für die Mehrheit des Volkes erkennbar gewesen; wären die Leichenberge in den Vernichtungslagern schon während der NS-Herrschaft im politischen Bewußtsein der Mehrheit prägende, d. h. nackte, grausige Realität gewesen, wäre es für eben diese Mehrheit sehr viel naheliegender gewesen, den Schritt von scheinbar unpolitischer Normalität zu einer zumindest

innerlich konsequenten Oppositionshaltung, wenn schon nicht zu aktivem Widerstand zu tun.

Mit terroristischer Verfolgung eliminierte das Regime die gegnerischen und rassischen Minderheiten; mit der Präsentation positiver Erlebnisse und Erfolge, der Propagierung alter, bedroht scheinender Tugenden, sowie vor allem mit dem Angebot einer weitgehenden Normalität schuf es jedoch eine ebenso entscheidende Voraussetzung für die Durchsetzung seiner verbrecherischen Herrschaft, indem es eine potentielle Oppositionshaltung der Mehrheit des eigenen Volkes abwendete, weitgehend sogar deren Zustimmung gewann.

II. Außenpolitik: Durch Revision zur Expansion

Im Bereich der nationalsozialistischen Außenpolitik ist die Verquickung einer nach damaligen Vorstellungen als normal geltenden Revisionspolitik mit den eigentlichen, den Rahmen von Kontinuität und Normalität sprengenden Zielsetzungen von Hitlers ideologischem „Programm“ schon in den sechziger Jahren von der wissenschaftlichen Forschung deutlich gemacht worden. Eine Politik, die auf die Korrektur der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse ausgerichtet war, fand durchaus den Beifall der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung und lag in der Kontinuität der von vielen Regierungen der Weimarer Republik ebenfalls verfolgten außenpolitischen Grundkonzeption.

Zwar hätte man über die außenpolitischen Vorstellungen des neuen Kanzlers in dessen Buch „Mein Kampf“ ganz andere, erschreckende Einzelheiten lesen können. Doch abgesehen davon, daß die tatsächliche Rezeption der schwer lesbaren Schrift äußerst begrenzt war, ließ sich nicht nur die Mehrheit des Volkes, sondern auch der weitaus größte Teil der für die Ausführung der Außenpolitik zuständigen deutschen Diplomaten, die von wenigen Ausnahmen abgesehen zu keiner Zeit als ausgesprochene Anhänger des Führers der NSDAP gelten konnten, von Hitlers politischen und personellen Maßnahmen nach der „Machtergreifung“ gern davon überzeugen, daß frühere Äußerungen des neuen Reichskanzlers offenbar als „Haßtiraden eines jugendlichen Heißsporns“ zu werten waren. Nicht nur die „Heimkehr“ der Saar, die „Be-

freiung“ des Rheinlands, der „Anschluß“ Österreichs und des Sudetenlandes, auch eine vom Westen geduldete militärische und politische Vorherrschaft des Reiches in Mittel- und Südosteuropa waren für die konservativen Beamten der Wilhelmstraße gern verfolgte, keineswegs erst seit 1933 proklamierte Ziele. Widerstand regte sich nur dann, wenn die Gefahr eines „großen Krieges“, nämlich des Eingreifens der Westmächte drohte. Gegen die Schaffung eines die Grenzen von 1914 überschreitenden Großdeutschlands hatte man keinerlei grundsätzliche Einwände.

Außerdem: Der vielbeschworene Korpsgeist und die traditionellen elitären Lebensformen der Diplomaten hatten die „nationale Erhebung“ unbeschadet überstanden. Hitler verzichtete darauf, Reichsaußenminister von Neurath durch einen seiner Gefolgsleute, etwa durch Alfred Rosenberg, ablösen zu lassen. In den Dienstzimmern der Wilhelmstraße oder der Auslandsvertretungen saßen nun keineswegs mehr NSDAP-Anhänger als zuvor. Den nationalsozialistischen Konkurrenzunternehmen Rosenbergs und Ribbentrops im außenpolitischen Bereich gelang es nicht, das traditionelle Instrument deutscher Außenpolitik, das Auswärtige Amt, entscheidet zurückzudrängen. Einen *wahrnehmbaren* Bruch hat es in der Außenpolitik mit Hitlers Machtergreifung also nicht gegeben, weder dem Inhalt noch der Form nach.

Dies bestätigt auch der erste Eindruck, den die Masse der erhalten gebliebenen Akten des Auswärtigen Amtes vermittelt. Im ge-

wohnten Rahmen und Stil der deutschen Diplomatie wurden in den klassischen Abteilungen des Auswärtigen Amtes normale Ziele deutscher Außenpolitik verfolgt. Die Schlägertrupps der SA- und SS-Hilfspolizeiverbände auf den Straßen deutscher Städte gehörten offenbar einer anderen Welt an. Auch die Aufzeichnungen über Hitlers Begegnungen mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten lassen zunächst allenfalls unkonventionelle, vor allem sich der Drohgebärde bedienende Mittel erkennen, mit denen er hartnäckig auf Zielen beharrte, die bis 1939 aber immer im Rahmen der Revision von Versailles und des — ja nicht von Hitler erfundenen — Selbstbestimmungsrechts der Deutschen lagen. Vor dem Hintergrund dieser ausgeprägten Kontinuität und Normalität erschien Hitler lange Zeit als ein Staatsmann, der zwar der angemessenen Herkunft, Schulung und Ausbildung entbehrte, der aber dennoch den meisten ausländischen Politikern die Hoffnung einflößte, man könne die befürchtete Dynamik des neuen Deutschland bei weitgehenden Zugeständnissen in offenbar berechtigten Forderungen durch die Einbindung des Reiches in ein europäisches Mächtesystem der kollektiven Sicherheit unter Kontrolle halten.

Indessen kam, wie wir heute wissen, dieser *vordergründigen* Beschränkung auf revisionistische Ziele lediglich eine von Hitler von Anfang an so beabsichtigte Vehikelfunktion im Hinblick auf die Realisierung von Hitlers eigentlichem außenpolitischen Expansionsprogramm zu. Auch diese Verquickung ist quellenmäßig greifbar, allerdings in unmittelbarer Form kaum in den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, sondern eher in den sogenannten Schlüsseldokumenten. Dazu gehören etwa Aufzeichnungen über Hitlers geheime Konferenzen und Ansprachen mit begrenztem, meist militärischem Teilnehmerkreis, über Begegnungen mit bestimmten Persönlichkeiten — wie dem Schweizer Carl J. Burckhardt —, Hitlers militärische Weisungen, Notizen über Hitlers Tischgespräche während des Krieges sowie eine Reihe von

quellenkritisch allerdings sorgfältig zu prüfenden indirekten Zeugnissen über die angeblich „wahren“ Absichten des „Führers“. Aus dem Kontext der Akten des Auswärtigen Amtes und anderer Ressorts mit diesen Schlüsseldokumenten wird deutlich: Unter dem Deckmantel der „normalen“ Revisionspolitik und dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechts ging es Hitler lediglich um die Schaffung einer strategisch und politisch abgesicherten Ausgangsbasis für seinen „programmatischen“, rassenideologisch und machtpolitisch begründeten Expansionskrieg gegen die Sowjetunion. Ziel war die Errichtung eines deutsch-beherrschten kontinentalen Großreichs, der sich noch der Ausgriff nach maritimen Weltherrschaftszielen anschließen mochte. Ziel war gleichzeitig die Herausbildung eines nicht mehr nach Klassen- oder Standesunterschieden, sondern ausschließlich nach rassischen Kategorien gegliederten germanischen Herrenvolkes sowie die physische Eliminierung der — wie Hitler glaubte — nicht nationalen, sondern internationalen Interessen verhafteten jüdischen „Rasse“.

Festzuhalten bleibt in unserem Zusammenhang, daß die Heranziehung einer möglichst breiten Quellenbasis die Mehrdeutigkeit der nationalsozialistischen Außenpolitik in der Vorkriegszeit anschaulich werden läßt. Sie bewahrt vor einer einseitigen revisionistischen Festlegung ebenso wie vor einer Betrachtungsweise, die das wirkungsvoll nicht nur außenpolitisch, sondern auch als Stabilisierungsfaktor im Innern eingesetzte Herrschafts- und Beschwichtigungsmittel einer sich weitgehend normal gebenden Revisionspolitik unberücksichtigt läßt. Letztere Interpretation würde — ausgehend von einer offensichtlichen, wenn nicht gar sichtbaren Existenz ideologischer Expansionsziele — Motive und Verhalten der Mitwirkenden und Statisten auf der diplomatischen Bühne jener Jahre ebenso fehldeuten wie die weitreichende Begeisterung der Bevölkerung und die in den Akten des Auswärtigen Amtes dokumentierte diplomatische Wirklichkeit dieser Zeit.

III. Alltagsleben: Gewohntes in ungewöhnlicher Zeit

Kommen wir von der „großen Politik“ zum nationalsozialistischen Alltag, dessen Beschreibung und Analyse in letzter Zeit in den Mittelpunkt wissenschaftlicher, insbesondere

auch sozialwissenschaftlicher Fragestellungen gerückt ist. Der langen Serie regional begrenzter und überschaubarer Fallbeispiele, bei denen insbesondere der bayerische Raum

Gegenstand ambitionierter Projekte ist, möchte ich hier skizzenhaft — also ohne den Anspruch wissenschaftlicher Ausfeilung — das Beispiel meines westfälischen Heimatorts hinzufügen.

Die herangezogenen mündlichen wie schriftlichen Quellen und Darstellungen zeigen, daß der damals 2 500, fast ausschließlich katholische Einwohner zählende Ort mit überwiegend agrarischer, aber auch zunehmender industrieller Wirtschaftsstruktur die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft im Grunde ohne tiefgreifende, geschweige denn revolutionäre Eingriffe in das Sozial- und Wirtschaftsgefüge oder in das Alltagsleben überstand. Hitlers Aufstieg zur Macht hatte man dort — wie die Ergebnisse der Reichstagswahlen bis 1933 zeigen — eindeutig nicht unterstützt. Von 0,7 % im Jahre 1928 stieg der Stimmenanteil der NSDAP selbst in den Krisenjahren der Republik nur im Juli 1932 auf 10,5 %, um in der Novemberwahl 1932 wieder auf 7,1 % zu fallen.

Freilich: Ebensowenig wie man einen Grund gesehen hatte, einen Beitrag zur „Machtergreifung“ der „Bewegung“ zu leisten, ebensowenig glaubte man in der Folge aber auch Anlaß zu einer aktiven Widerstandshaltung gegen das neue, offenbar erfolgreiche Regime zu haben. Es erwies sich sehr bald, daß das Leben im wesentlichen seinen gewohnten, von überkommenen Wertvorstellungen geprägten Gang nehmen konnte, hatte man sich erst, was den meisten keine große Überwindung kostete, an die Veränderung einiger — wie man glaubte — Äußerlichkeiten gewöhnt. Dazu gehörten, daß der seit Anfang der zwanziger Jahre amtierende Amtmann bzw. Bürgermeister bei manchen Gelegenheiten plötzlich in ungewohnter SA-Uniform auftrat (aber erst 1937 Parteimitglied wurde), daß die Musikständchen am Vorabend der alljährlichen Schützenfeste nicht mehr dem Ortspfarrer, sondern dem Ortsgruppenleiter der NSDAP dargebracht wurden, daß im festlichen Flaggenschmuck das Hakenkreuz das alte kurkölnische Kreuz mit dem Bild des Ortspatrons, des hl. Laurentius, verdrängte, daß es vielen Amts- und Ämterträgern nicht mehr opportunistisch erschien, an den Fronleichnamsprozessionen in exponierter Position — etwa als Träger des Baldachins — teilzunehmen. Zu den kleinen Änderungen gehörte ferner, daß die Jugendlichen nunmehr unter den Bannern der HJ, nicht mehr unter dem Christuszeichen des katholischen Jungmännerverbandes auf Fahrt und Wanderung gehen durften, daß

überhaupt die Vereine im außerkirchlichen und kirchlichen Bereich eine mehr formal gesehene „Gleichschaltung“ mit den entsprechenden NS-Verbänden und Formationen erfuhren, im übrigen aber das gewohnte Vereinsleben im vertrauten Rahmen und vertrauten Personenkreis fortgesetzt werden konnte. Der Ziegenzuchtverein z. B. wurde als Ortsfachgruppe der Ziegenzüchter dem Reichsnährstand angeschlossen. Die Mitglieder der nunmehr auf interne Zusammenkünfte in kirchlichen Räumen beschränkten katholischen Frauengemeinschaft trafen sich nun unter dem Zeichen des Deutschen Frauenwerks oder auch des Roten Kreuzes zur Weihnachtsfeier, bei der man nach dem etwas mühseligen Gesang von Hans Baumanns „Hohe Nacht der klaren Sterne“ auf Vorschlag der Vorsitzenden nur allzugern zum gewohnten „Stille Nacht, heilige Nacht“ zurückfand.

Der Jahresrhythmus des dörflichen Lebens, insbesondere der vertrauten Feiern und Feste, wurde nicht nur nicht gestört, sondern durch die ausgeprägte Betonung einer bäuerlichen Idylle und des althergebrachten heimatlichen Brauchtums noch intensiviert. Die Feiern zum 1100jährigen Ortsjubiläum im Jahre 1936, in deren Rahmen der Ort die Stadtrechte erhielt und der Stadt als erster Ehrenbürger Adolf Hitler beschert wurde, bildeten in dieser Hinsicht den unbestrittenen Höhepunkt und sind heute den noch lebenden Einwohnern in ungetrübter Erinnerung.

Es waren daher nur wenige, die — wie aus den Polizeiakten hervorgeht — die Mißbelligkeiten polizeilicher Durchsuchungen und Verhöre in Kauf nahmen, als sie trotz Verbots 1935 zur Pfingstfahrt des Jungmännerverbandes starten wollten. Es waren nur einzelne, die in kritischen Situationen dem Ortspfarrer unzweideutig beistanden, der nicht den gangbar erscheinenden Weg opportunistischer Anpassung beschritt, und nicht nur die verbrieften Rechte der Pfarrei gegenüber den vom Wind der Zeit getragenen Forderungen der politischen Gemeinde verteidigte, sondern auch in seinen Predigten die menschenverachtenden Grundsätze der NS-Ideologie vor allem in Hinblick auf die Juden in kluger Gegenüberstellung mit den Prinzipien eines wahren Christ-Seins in Erinnerung rief. Es waren schließlich nur wenige, die bei den Reichstagswahlen und Abstimmungen ihre Stimme nicht der NSDAP bzw. dem Wahlvorschlag gaben: 1936 nur noch 19 von 1 478 Wählern.

Selbstverständlich ist aus diesen Beobachtungen keineswegs auf eine nach 1933 ausgeprägte nationalsozialistische Haltung der Mehrheit der Bevölkerung zu schließen. Im Gegenteil: Die schon 1934/35 in einem ehemaligen Schloß in der Gemeinde eingerichtete Reichsschulungsburg der NSDAP, die dem Hauptschulungsamt in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP unterstand, blieb ein ausgesprochener Fremdkörper im sozialen Gefüge des Ortes. Zwar wurde sie in einer zusätzlichen Strophe des Heimatliedes als „Sinnbild einer neuen Zeit“ gewürdigt, die Eröffnung durch Reichsorganisationsleiter Robert Ley im November 1935 geriet indessen keineswegs zu dem beabsichtigten Volksfest, sondern blieb eine von ortsfremden Formationen und Funktionären geprägte reine Parteiveranstaltung. Es gab in der Folge auch handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Einwohnern und Burginsassen, die sich ihrerseits als Repräsentanten der Bewegung in schwarzer Diaspora wähten und es an dem notwendigen Einfühlungsvermögen sicherlich oft fehlen ließen. Auch wenn es in einem Fall um die Schändung einer Heiligenfigur durch die Parteischüler ging, sollte man insgesamt eher an die Ebene normaler Wirtschafts- und Schützenfesthändel mit Ortsfremden denken als die Kategorie „antifaschistischer Widerstand“ zu bemühen. Extreme Situationen, die eine weltanschauliche oder sittliche Oppositionshaltung bei einer breiteren Bevölkerungsschicht denkbar gemacht hätten, traten nicht ein: weder wurde der Pfarrer verhaftet, noch der Besuch der Gottesdienste verboten, weder wurden terroristische Verfolgungsaktionen des Regimes im überschaubaren Rahmen des Ortes sichtbar, noch wurden sie für einen größeren Teil der Bevölkerung fühlbar. Wie groß die Zahl derer war, denen der Abtransport der ca. 25 jüdischen Mitbürger 1942 deutlich machte, daß die Normalität für eine kleine Minderheit der eigenen Bevölkerung nicht galt, ist quellenmäßig nicht faßbar. Es gibt Anzeichen, daß aufkommende Betroffenheit bei der Mehrheit der Bevölkerung durch von oben reichlich geförderte Verdrängungstendenzen überlagert wurden: man hatte im Kriegsjahr 1942 Sorgen um das Leben eigener Familienangehöriger; den Abtransport hatten ortsfremde Polizeiangehörige geleitet — Schuldige waren also nicht in den eigenen Reihen zu suchen —; man hätte das Geschehen ohnehin nicht verhindern können. Und Angst spielte in diesem Zusammenhang sicher auch eine Rolle, das sollte man sich heute immer wieder verge-

genwärtigen. Mindestens von einem inneren Widerstand wird man allerdings bei den Familien sprechen können, die 1940/41 von Euthanasie-Maßnahmen im Rahmen der sogenannten „Aktion T 4“ betroffen waren. Immerhin bilden in der sonst so stabilen Sicherheit, mit der dieser Ort nach dem Krieg auf seine Geschichte in den Jahren 1933 bis 1945 zurückblickte, diese Punkte deutliche Schwachstellen.

Ansonsten aber gab es nach 1945 offenbar nichts zu verbergen: Man hatte Hitler weder an die Macht gewählt noch sich in anderer Weise als seine Anhänger gebärdet; die jetzt bekannt gewordenen unvorstellbaren Verbrechen hatte es weder im eigenen Ort gegeben, noch war man an ihnen anderswo aktiv beteiligt gewesen. Die aus der Gemeinde stammenden Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS hatten nach gemeinhin gültiger Auffassung ihre Pflicht getan — wenn auch für einen Unrechtsstaat —, die wenigen Angehörigen der Allgemeinen SS und der Totenkopf-Verbände aus der Bevölkerung wurden allerdings ortsbekannt und durch Gerüchte über ihre Tätigkeit moralisch durchaus diskreditiert.

Man war sich der Integrität der eigenen Vergangenheit so sicher, daß der bis 1945 amtierende ehemalige Amtsbürgermeister nicht nur 1954 mit großem Aufwand zum Ehrenbürger der Stadt ernannt wurde, sondern 1956 Gelegenheit erhielt „als über den Parteien stehend“, wie es in einem Flugblatt widerspruchslos proklamiert werden konnte, „sein Werk fortzusetzen, das er in 25jähriger Bürgermeistertätigkeit zum Segen der Stadt und seiner Bevölkerung aufgebaut hat“. Anstelle demonstrativer Selbstgerechtigkeit wäre hier allerdings ein gehöriges Maß an selbstkritischer, moralischer Betroffenheit angebracht gewesen, zumal besagter Bürgermeister — wie aus den Akten nunmehr bekannt ist — in den latenten Auseinandersetzungen mit dem Pfarrer unter Einsatz auch spezifisch nationalsozialistischer Argumente und Mittel den später immer wieder betonten Rahmen gebotener Vorschriften durchaus verließ und die Schwelle vom bloßen Mitläufer zum Mittäter deutlich überschritt.

Insgesamt hatte die Verführung durch Normalität als wirkungsvolles Herrschaftsmittel des NS-Regimes in einer Region voll gegriffen, die keineswegs als besonders anfällig für die Kernpunkte der NS-Ideologie betrachtet

werden konnte. Eine im Prinzip zunächst durchaus denkbare Oppositionshaltung großer Bevölkerungskreise war vermieden, eine

breite Tolerierung, ja weitgehende — nicht nur schweigende — Zustimmung gewonnen worden.

IV. Jugend: Zwischen Begeisterung und Unterdrückung

Im dritten hier betrachteten Bereich, der bereits mehrfach erwähnten „Jugend im Nationalsozialismus“, wird die Spanne zwischen der in den Quellen vermittelten Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftswirklichkeit und dem hinter dieser Fassade zumeist verschleierte verbrecherischen Charakter der übergeordneten Grundinhalte der NS-Ideologie besonders deutlich. Dies erklärt auch die überraschende Wirkung, die die seit einigen Jahren an vielen Orten gezeigte Ausstellung des Bundesarchivs „Jugend im NS-Staat“ auf große Teile zumeist der jugendlichen Besucher hatte. Diese, die offenbar mit dem Begriff Nationalsozialismus — wenn überhaupt — ausschließlich die Massaker der Vernichtungslager und Erschießungskommandos verbanden, zeigten sich von der selbst nach heutigen Begriffen attraktiven Kraft einer großen Zahl der Dokumente verwirrt. Man kritisierte, das präsentierte Material gehe an den faschistischen Massenmorden vorbei und sei für den Themenkomplex „Jugend in Verfolgung und Widerstand“ viel zu dürftig.

Nun überwiegen in keinem anderen Bereich der NS-Herrschaft die Quellen propagandistischer Verführung so eindeutig die Dokumente des Terrors wie in dem der NS-Jugendpolitik. Und auch aus heutiger Sicht sind nicht nur ehemalige HJ-Führer geneigt, den angeblichen Einsatz der damaligen Machthaber für die Ausstattung der Jugend mit nachahmenswerten Idealen noch am ehesten zu den positiven Aspekten des Dritten Reiches zu zählen. Es ist freilich eine gefährliche Verkennung der Wesensmerkmale nationalsozialistischer Herrschaft, bei den strahlenden Jungen- und Mädchengesichtern, ihrer kaum anders als spontan zu nennenden Begeisterung im Angesicht des „Führers“, der betonten Geschlossenheit der Formationen, der nicht nur am kurzen Haarschnitt zu messenden Ordentlichkeit, bei der offenbar freudigen Bejahung suggestiv vorgegebener Identifikationsmuster den Fassadencharakter einer sich so darstellenden Wirklichkeit zu übersehen. Hinter dieser strahlenden Gläubigkeit vollzog sich die bedingungslose Einbindung dieser Jugend in die ideologischen Zielsetzungen

des Regimes, bereitete sich die Opferung dieser Jugend auf den Schlachtfeldern von Stalingrad vor. Es hieße andererseits aber, die Fülle der nationalsozialistischen Herrschaftsmittel zu verkennen, wenn man die Dokumente über die Jugend in Verfolgung und Widerstand als für die Kennzeichnung der damaligen erfahrbaren Wirklichkeit einzig entscheidend werten würde. Dazu gehören die in den Akten des Reichssicherheitshauptamtes dokumentierte Verfolgung kommunistischer Jugendorganisationen, aber auch bündisch-oppositioneller Gruppen wie den „Edelweißpiraten“, weiter das dann vollstreckte Todesurteil des Volksgerichtshofs gegen einen 17jährigen wegen angeblicher Wehrkraftzersetzung, die besorgten Berichte von Oberstaatsanwälten über ein alarmierendes Wachstum der Jugendkriminalität, sowie die Androhung schärfster Zwangsmaßnahmen gegen Angehörige der „Swing-Jugend“ in Hamburg durch den Reichsführer-SS persönlich. Dazu gehören selbstverständlich auch die Dokumente über den Widerstand der „Weißen Rose“. Auch hier gilt erneut: all dies war unverfälschte Realität, doch es war nicht die Wirklichkeit, die für die Mehrheit der damaligen Jugend maßgebend war. Ein großer Teil suchte das unpolitische Abseits und dem oft als öde empfundenen Dienst in der HJ zu entgehen — mehr aber aus Gründen der Bequemlichkeit als aus einer prinzipiellen Widerstandshaltung gegen das Regime heraus. Sehr viele aber, wenn nicht die meisten, gaben ihre begeisterte Zustimmung der Sache, die einer leicht beeinflussbaren und sich nach den Jahren der Not nach Idealen sehnenen Jugend eine offenbar ausschließlich mit positiven und auch erreichbaren Werten besetzte Gegenwart und Zukunft verhieß. Diese Jugend sollte ja für den Nationalsozialismus gänzlich gewonnen werden, der Mehrheit der älteren Generation hingegen durch das Herrschaftsmittel der Normalität primär nur Motive für eine Opposition genommen werden. Es ist nicht zu übersehen, daß viele der damaligen Impulse und Assoziationen auch heute zumeist junge Menschen — fern von jeder faschistoiden Gesinnung — anzusprechen vermögen. Doch wäre es verhängnisvoll, aus

Berührungspunkten heraus einer Konfrontation mit den entsprechenden Quellen auszuweichen. Erst in der Vermittlung und der — allerdings unumgänglichen — quellenkritischen Auswertung einer möglichst breiten Dokumentenvielfalt kann ein umfassendes Bild von der Komplexität der damaligen, für die Jugend erkennbaren Wirklichkeit weiter-

gegeben werden. Dann wird u. a. auch deutlich, daß viele der damals propagierten Werte und Sekundärtugenden nicht für sich genommen als faschistisch oder nationalsozialistisch zu deuten sind, wohl aber — und das ist entscheidend — deren Dienstbarmachung für eine bereits im Prinzip unmenschliche Ideologie.

V. SS und Polizei: Bürokratie — Ideologie — Terror

Wenden wir uns schließlich jenem Bereich zu, in dem sich Unterdrückung, Terror und Verbrechen des NS-Regimes am ehesten unverhüllt manifestieren: dem von SS und Polizei gebildeten Herrschafts- und Verfolgungsapparat im Geschäftsbereich des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei. Organisation und Struktur dieses Herrschaftsinstrumentes sind in einer „Anatomie des SS-Staates“ freigelegt, seine in der Systematik und grausamen Menschenverachtung alles bislang Bekannte übertreffenden Funktionsweisen sind nicht nur mit distanzierter, wissenschaftlicher Akribie oder in den Verfahrensakten alliierter und deutscher Prozesse über NS-Gewaltverbrechen, sondern zunehmend auch in engagierten, die menschlichen Leiden unmittelbar dokumentierenden Erlebnisberichten einzelner Betroffener veranschaulicht.

Die Berichte über die Massaker der Einsatzgruppen des SD hinter den Fronten des Rußlandkrieges, über die mit der Partisanenkämpfung im Osten einhergehende Ausrottung jüdischer und als bolschewistisch angesehener Bevölkerungsgruppen durch bestimmte Einheiten der Waffen-SS, die penibel geführten Zu- und Abgangsbücher für die Konzentrationslager-Häftlinge, Meldungen über Massen-Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener mit präzisen Durchführungsanweisungen, Dokumente über medizinische Menschenversuche in den Konzentrationslagern, über Schädelansammlungen für anthropologische Zwecke, schließlich die alliierten Aufnahmen aus den befreiten Konzentrations- und Vernichtungslagern — all dies mag die Summe der Terrorherrschaft der „Mörder in Uniform“ über große Teile Europas nur andeuten und die immer wieder gestellte Frage, ob es tatsächlich sechs Millionen oder weniger Opfer waren, als nicht nur unerheblich, sondern geradezu instinktlos erscheinen lassen.

Indessen deutet sich in dem Eingeständnis, daß Unterlagen über genaue Zahlenangaben

ebensowenig zu ermitteln sind wie die aus gewissen Kreisen immer wieder angeforderten unwiderlegbaren Dokumente über den Bau z. B. der Gaskammern — etwa in Form von Korrespondenzen mit den Herstellerfirmen, von Abrechnungen etc. —, die Problematik an, die aufgrund der Quellenlage selbst in diesem Bereich vorhanden ist: Zum einen sind Dokumente zu bestimmten Fragestellungen entweder gar nicht entstanden oder durch die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit zerstört oder verschollen. Zum anderen präsentieren sich die überlieferten Dokumente des Terrors keineswegs immer in einer alle Nebentöne ausschließenden Eindeutigkeit. Sehr viel häufiger sind sie verdeckt von einer Masse anderer Archivalien der gleichen Provenienz, die mit dem Terror des Apparates durchaus in einem Kontext stehen können, zumeist aber Vorgänge dokumentieren, die wenig von der Einmaligkeit des Verbrechens erkennen lassen, sondern vor diesem Hintergrund eher banalen, routinemäßigen, rein bürokratischen Charakter haben.

So dokumentiert die Masse der vergleichsweise umfangreich überlieferten Akten des SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, dessen Amtsgruppe D die Verwaltung der Konzentrationslager oblag, das reale, aber von normalen Wirtschaftsbetrieben kaum unterscheidbare Funktionieren der wirtschaftlichen Unternehmen der SS. Deren Anbindung an das unmenschliche Ausbeutungssystem der Konzentrationslager kann in diesen Massenakten allenfalls in den Abrechnungen über Häftlingsentgelte, die als Leistungen des Reiches verbucht werden, oder in den Aufträgen zur Herstellung von Einrichtungsgegenständen für benachbarte Lager hier und da erschlossen werden.

Auch in den Beständen der übrigen Hauptämter des Reichsführer-SS überwiegen neben den von Himmler persönlich geprägten ideologischen Aspekten seines „Ordens unter dem

Totenkopf" rein bürokratische Vorgänge, ganz gewöhnliche Kompetenz- und Interessenausinandersetzungen mit anderen Dienststellen der Partei und des Staates.

Man hat aus diesem Nebeneinander von routinemäßiger Normalität, ideologischen Spezifika und beispiellosem Terror, das in den Quellen erkennbar wurde, bedeutsame Konsequenzen für die Analyse der SS als eines besonderen Herrschaftsinstrumentes gezogen. Das vor der Rückgabe der SS-Bestände aus alliierterem Gewahrsam lange Zeit angenommene Bild der SS als eines durch und durch organisierten, in allen Teilen und jederzeit beherrschbaren Herren- und Sklavensystems, als einer monolithischen Organisation fanatischer Ideologen und gewissenstreuer Herrschaftsfunktionäre, erfuhr eine notwendige Differenzierung.

Innerhalb des für Terror und Verfolgung primär einsetzbaren Verwaltungsapparates schien es Bereiche einer Normalität zu geben, in der man die Einhaltung ordnungsgemäßer Verfahren mit allen möglichen bürokrati-

schen Mitteln durchzusetzen versuchte, ohne daß man von einem außergewöhnlichen Widerstandsakt gegen die Allmacht oder Unmoral der SS sprechen kann. Macht und Einfluß der SS hatten offenbar dort ihre konkreten Grenzen, wo sie bei der Verfolgung ihrer Ziele nicht auf die unmittelbare Unterstützung Hitlers selbst gegenüber dem konkurrierenden Verwaltungsapparat bauen konnte.

Wiederum geht es nicht um eine Neubewertung des verbrecherischen Charakters einer Massenvernichtungsmaschine, sondern um die wichtige Erkenntnis, daß selbst in den Beständen des Terrorapparates der NS-Herrschaft Dokumente des Verbrechens einhergehen mit bürokratischen, kaum spezifisch nationalsozialistischen, durchaus normal erscheinenden Vorgängen, die aber in ihrem Kontext mit anderen, den Terror des Systems unmittelbarer dokumentierenden Quellen jene Komplexität der nationalsozialistischen Herrschaftswirklichkeit deutlich werden lassen, die vertraute Normalität ebenso umfaßt wie den brutalen, bis zur physischen Vernichtung reichenden Terror.

VI. Deutungsversuche

Die Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel ist nicht beschreibbar als ein beziehungsloses oder gar anarchisches Nebeneinander von Revisions- und Expansionspolitik, begeisternden nationalen Festen und unpolitischem Alltag, bewußter Pflege vertrauter Wertkategorien und radikaler Umkehrung traditioneller Wertsysteme, von bürokratischen Mechanismen und ungehemmter Machtdurchsetzung, von Verführung durch Normalität für die Mehrheit und Verfolgung durch Terror für die Minderheit. Vielmehr handelte es sich eher um die verschiedenen Spielarten ein und desselben, auf die Kernhalte der prinzipiell menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie ausgerichteten Systems. Damit steht auch die glänzende Fassade beispielsweise der Jugend im NS-Staat, auch die scheinbare Normalität der Bürger der westfälischen Kleinstadt in einer — allerdings der Mehrheit des Volkes nicht so ohne weiteres erkennbaren — Beziehung zum rassenideologischen Vernichtungsprogramm, zum Terror gegen politische und rassistische Gegner.

Die in der Quellenüberlieferung jener Epoche dokumentierte Vielfalt der Mittel als wesent-

liches Kennzeichen der NS-Herrschaft ist im historischen oder politischen Bewußtsein der Deutschen 50 Jahre später keineswegs so präsent, wie es ihrer Wichtigkeit für die Deutung jener zwölf Jahre unserer jüngsten deutschen Geschichte entspräche.

Als Gründe sind zu nennen neben allgemeinem Desinteresse an geschichtlichen Ereignissen mangelnde Informationsmöglichkeiten, vor allem aber eine zu einseitigen Betrachtungsweisen führende, quellenferne Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus insbesondere in außerwissenschaftlichen Bereichen, schließlich auch bewußte Desinformationen aus tagespolitischen Motiven. Die Folgen sind Fehldeutungen, die nicht nur der geschichtlichen Wirklichkeit nicht entsprechen, sondern auch im Hinblick auf künftige Entwicklungen gefährlich erscheinen.

Daß eine einseitige Information über die angeblich mit positiven Vorzeichen zu versehenen oder auch normalen Seiten der nationalsozialistischen Herrschaftswirklichkeit einer grandiosen Verharmlosung der verbrecherischen Grundintentionen von Hitlers Gesamtprogramm sowie vor allem der unver-

gleichlichen Verbrechen des Regimes Vorschub leistet, bedarf keiner umfangreichen Erläuterung. Hier würde der funktionale Stellenwert der Normalität im Gesamtkomplex der Herrschaftsmittel, die Ausrichtung auf eine übergeordnete, Verbrechen gegen die Menschlichkeit ohne weiteres implizierende Ideologie unterschlagen.

Ebenso verkennt aber auch eine einseitige Konzentrierung auf den terroristischen Aspekt des NS-Regimes das gesamte Ausmaß der diesem zur Verfügung stehenden und genutzten Herrschaftsmittel. Dies kann in der Konfrontation mit andere Wirklichkeitsbereiche dokumentierenden Quellen zu Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der Informationen über die NS-Verbrechen führen. Dies kann vor allem aber auch zur Folge haben, ausschließlich und erst in brennenden Synagogen, gelben Sternen, Angriffskriegen, Massenerschießungen und Judendeportationen Merkmale einer nationalsozialistischen, faschistischen oder sonstigen Unrechtsherrschaft zu sehen. Daß es aber gilt, die Inszenierung nationaler Feste und vor allem die Beibehaltung vertrauter Verhaltensnormen in ihrer funktionalen Verbindung zu übergeordneten ideologischen Zielen als andere Spielarten derselben Unrechtsherrschaft zu begreifen, sollte deutlich gemacht werden. Dies erfordert, in die Gegenwart übertragen, eine größere Wachsamkeit, als es eine einseitig orientierte Aufklärung über den Nationalsozialismus nahelegt. Man darf nicht erst Deportationen und die Einrichtung von Vernichtungslagern abwarten, um die Entwicklung eines Unrechtsstaats einzugestehen. Vielmehr gilt es, aus der Erfahrung unserer eigenen Vergangenheit auch in anderen, wertmäßig vertrauten oder normal erscheinenden Bereichen Signale aufzufangen, die auf Verbindungen zu übergeordneten Zielvorstellungen schließen lassen, die nicht mehr mit den demokratischen Prinzipien von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit übereinstimmen.

Diese Kenntnis eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen nationalsozialistischer Normalität und übergeordneter, von Menschenverachtung und schrankenloser Expan-

sion geprägter nationalsozialistischer Programmatik sollte uns andererseits davor bewahren, all das in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken oder gar als faschistisch oder faschistoid zu bezeichnen, was aus welchen berechtigten Gründen auch immer an der heutigen Wirklichkeit kritikwürdig ist.

Der gleiche Befund ergibt sich, wenn hier und da risikolose Aktionen gegen Einrichtungen, Maßnahmen und auch Personen dieses Staates in verbaler Heroisierung in die Nähe antifaschistischen Widerstandes hochstilisiert werden. Mut und Ideale der „Weißen Rose“ haben mit den Zielen etwa der „Roten Armee-Fraktion“ nichts gemein.

Bei den hier vorgetragenen Gedanken hat sich die unmittelbare Nähe zu den Quellen der nationalsozialistischen Zeit als wesentliche Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse erwiesen. Das erhellt nicht nur die historischwissenschaftliche, sondern auch die politische Bedeutung einer optimalen Sicherung, Erschließung und Vermittlung der wichtigsten Archivalienbestände jener Epoche. Wie Dolf Sternberger aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bundesarchivs 1977 in Koblenz sagte, sind „Archive . . . Dämme, die wir wider die Vergeßlichkeit, wider die träge schwarze Flut der Vergänglichkeit bauen“. Im Hinblick auf die eminente Bedeutung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowohl für die Beschäftigung mit unserer jüngeren Vergangenheit als auch für die Bewältigung politischer und gesellschaftlicher Probleme der Gegenwart, in die die Folgen jener Zeit ja noch ständig hineinwirken, sollten wir unsere Bemühungen noch verstärken, die speziell für jene Epoche errichteten Dämme mit besonderer Sorgfalt zu festigen und zu vollenden. Damit würde nicht nur einem verhängnisvollen Prozeß des Verdrängens und Vergessens Einhalt geboten, sondern auch künftigen Generationen ein möglichst wahrheitsgetreues, von politischen oder „volkspädagogisch“ genannten Wünschen unabhängiges Abbild der vielfältigen Wirklichkeit jener Jahre überliefert. Dies kann dazu beitragen, daß niemals wieder Krieg, Unrecht und unsägliche Verbrechen mit dem Namen unseres Volkes verknüpft werden.

Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich

I. Vorbemerkung

Es gibt keine klare Bestimmung der Begriffe und der Disziplin Osteuropaforschung, Ostforschung, osteuropäische Geschichte. Was diese Begriffe meinen, war und ist, von der Himmelsrichtung abgesehen, umstritten¹⁾. Zudem hat der Terminus „Ostforschung“ eine gewisse pejorative Färbung durch die recht plakative Verwendung in der DDR erhalten. Aufsatztitel wie „Die Ostforschung — ein Stoßtrupp des Imperialismus“ oder „Ostforscher, Ostfälscher, Ostfahrer“ belegen das²⁾.

Dennoch hat sich die Bezeichnung Ostforschung für eine bestimmte Teildisziplin oder auch die Summe mehrerer Teildisziplinen als Selbstbezeichnung bis heute gehalten. Auch wenn es keine trennscharfen Abgrenzungen gibt, lassen sich wissenschaftsgeschichtlich deutlich zwei unterschiedliche Traditionen und methodische Ansätze identifizieren, die für die inhaltliche Ausrichtung und die politische Stellung der Fächer von beträchtlicher Bedeutung waren. Neben dem jungen Fach „Osteuropäische Geschichte“ entwickelte sich nämlich nach dem Ersten Weltkrieg eine primär deutschumszentrierte, volkstumsge­schichtlich ausgerichtete Ostforschung, die ihren politischen Impuls vor allem aus der Frontstellung gegen das Versailler System be-

zog³⁾. Sie eignete sich in besonderem Maße zur historischen Legitimation politischer Ansprüche und war daher auch im „Dritten Reich“ eine hochpolitische Wissenschaft. Nach 1945 ist dieser Dualismus von osteuropäischer Geschichte und Ostforschung partiell erhalten geblieben.

Weder institutionell noch personell noch vom Gegenstandsbereich her läßt sich diese Trennung jedoch präzise vornehmen und konsequent durchhalten. Daher werden hier beide Stränge unter den Begriff „Osteuropaforschung“ subsumiert und versucht, jeweils die Spezifika und Unterschiede so deutlich wie möglich herauszuarbeiten.

Es gibt zum Thema „Osteuropaforschung im Dritten Reich“ in der westdeutschen Historiographie nicht mehr als einen einzigen einschlägigen Aufsatz: den des Rußland-Historikers Werner Philipp, 1966 an der FU in Berlin im Rahmen einer Ringvorlesung über „Nationalsozialismus und die deutsche Universität“ gehalten⁴⁾. Das ist ein Indiz dafür, wie belastet und brisant dieses Thema war und ist. Es mag zudem den fragmentarischen Charakter dieses Versuchs und die Tatsache entschuldigen, daß viele Fragen offenbleiben müssen. Ist die westdeutsche Historiographie somit bis heute kaum über erste Anfänge der Behandlung dieses heiklen Themas hinausgekommen, so haben sich andererseits Historiker der DDR um so intensiver dieser Thematik angenommen⁵⁾. Die Art und Weise, wie das geschieht, kann freilich in keiner Weise befriedigen. Dennoch ist das zutage geförderte Material wichtig und auch für ein differenzierteres Bild nutzbar zu machen.

Überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Beitrags zur Ringvorlesung „Wissenschaft im Dritten Reich“ im Sommer 1983 an der Universität Bielefeld.

¹⁾ Vgl. zur Diskussion um die wissenschaftliche Ortsbestimmung des Faches vor 1933 die Beiträge von O. Hoetzsch/O. Halecki/D. Dorošenko, in: Zeitschrift für osteuropäische Geschichte, 4 (1934) und 5 (1935). Für den gegenwärtigen Stand ist vor allem zu verweisen auf: K. Zernack, Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1977. Zur stärker gegenwartsbezogenen interdisziplinären Osteuropaforschung vgl. den Beitrag von O. Anweiler, 25 Jahre Osteuropaforschung — Wissenschaft und Zeitgeschichte, in: Osteuropa, 27 (1977), S. 183—191.

²⁾ F. H. Gentzen/J. Kalisch/G. Voigt/E. Wolfgramm, Die „Ostforschung“ — ein Stoßtrupp des Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (= ZfG), 6 (1958), S. 1181—1220. B. Spuru, Ostforscher, Ostfälscher, Ostfahrer, in: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, 3 (1959), S. 34—79.

³⁾ K. Zernack, a. a. O. (Anm. 1), S. 15 ff.

⁴⁾ W. Philipp, Nationalsozialismus und Ostwissenschaften, in: Universitätstage 1966: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 43—62, wiederabgedruckt in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 33 (1983), S. 286—302.

⁵⁾ Vgl. neben den in Anm. 2 und im folgenden genannten Titeln die materialreiche Bestandsaufnahme von M. Hellmann (Hrsg.), Osteuropa in der historischen Forschung der DDR, 2 Bde., Düsseldorf 1972.

Eine weitere Einschränkung ergibt sich aus diesen allgemeinen Bemerkungen: Als Zeithistoriker, der nicht zur engeren Zunft der Osteuropa-Historiker gehört, möchte sich der Autor entgegen der weiterreichenden Themenformulierung primär auf den Teil der Osteuropaforschung beschränken, der sich auf Polen bezieht. Dies läßt sich nicht nur arbeitsökonomisch begründen. Zwar wird mit dem Begriff „Lebensraum“ die eigentliche Stoßrichtung der außenpolitischen Dynamik des Nationalsozialismus umschrieben: die Sowjetunion. Polen war demgegenüber nur östliches Vorfeld, das für die hypertrophen Dimensionen nationalsozialistischer Raumplanung eher marginal erscheint. Es war jedoch das Territorium, auf dem mit der rücksichtslosesten Konsequenz volkstums- und rassepolitische Planungen entwickelt und teilweise realisiert wurden. Es war — um die Interpretation eines polnischen Historikers aufzunehmen — so etwas wie ein „Laboratorium“ künftiger Lebensraumpolitik⁶⁾. Diese These mag daher die zunächst problematisch erscheinende Eingrenzung legitimieren.

Der im Thema formulierte Zusammenhang nimmt die Frage nach der praktischen Relevanz und nach der Indienstnahme der Osteuropaforschung für die nationalsozialistische Politik in den dreißiger Jahren und insbesondere im Zweiten Weltkrieg auf. Meine These ist, daß die Osteuropaforschung seit ihren Anfängen recht unmittelbar und viel direkter als die allgemeine Geschichtswissenschaft mit der Politik verflochten war, von ihr Impulse erhielt und sich teilweise auch sehr bereitwillig für politische Zwecke einspannen ließ. Die konservativ-nationale und nationalliberale politische Tradition, in der die deutsche Osteuropaforschung ebenso wie die gesamte Geschichtswissenschaft stand, ließ das Jahr 1933 inhaltlich kaum als Bruch erscheinen, weil NS-Ostpolitik als Revisionspolitik verstanden wurde und weil in einem solchen Rahmen insbesondere die deutschumszentrierte Ostforschung seit jeher eine fast selbstverständliche Hilfs- und Legitimationsfunktion hatte. Mit dieser Beurteilung unterlagen die meisten Historiker freilich einem schwerwiegenden Irrtum: Sie verkannten oder wollten nicht erkennen, daß nationalso-

⁶⁾ Cz. Madajczyk (Hrsg.), *Zamojszczyzna — Sonderlaboratorium SS*, 2 Bde., Warszawa 1977. Vgl. auch Ch. Kleßmann, *Die Selbstbehauptung einer Nation. NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939—1945*, Düsseldorf 1971, S. 12.

zialistische Ostpolitik gegenüber traditioneller Revision etwas qualitativ Neues darstellte. Gerade hier aber liegt das für die Geschichte der (Sub)Disziplin entscheidende und interessante Problem: Wie verhielten sich die führenden Osteuropaforscher gegenüber dem naheliegenden Versuch nationalsozialistischer Politik, einen traditionsorientierten, nationalkonservativen Wissenschaftszweig für ihre viel weitergehenden politischen Ziele zu funktionalisieren? Wieweit wurde Osteuropaforschung essentieller Bestandteil praktischer Lebensraumpolitik, nämlich als Legitimationsfaktor und Mobilisierungsinstrument gegenüber der eigenen Bevölkerung und dem Heer von Soldaten, Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleuten sowie SS- und Polizeiverbänden, die diese neue Politik konkret umzusetzen hatten? Wie groß war der ideologische Tribut der Wissenschaft an politische Vorgaben? Welche Zwänge und welche Verhaltensspielräume gab es hier?

Ich möchte der Versuchung widerstehen, die Geschichte der deutschen Osteuropaforschung als eine Art Gruselkabinett nationalistisch-hybrider oder heute vielfach schon kurios anmutender Zitate zu präsentieren. Dennoch ist die dreifache Kontinuität über die politischen Zäsuren von 1933, 1939 und 1945 hinweg so gravierend, daß es nicht bei dem Hinweis auf die Zeitgebundenheit historischen Denkens bleiben kann. Ich werde bei diesem Thema daher auch noch knapp auf die Zeit nach 1945 eingehen, weil gerade in der Kontinuität über 1945 hinaus angesichts dessen, was in Osteuropa im Zweiten Weltkrieg geschehen ist, das eigentlich Skandalöse in der Geschichte der (west)deutschen Ostforschung liegt.

Methodisch scheint es beim gegenwärtigen Forschungsstand unvermeidlich, institutionelle und — exemplarisch — personelle Aspekte in den Vordergrund der Untersuchung zu stellen. Am ehesten ist so erfassbar, inwieweit die dominierende nationalrestaorative inhaltliche Tradition der deutschen Historiographie gewissermaßen völkisch und rasseideologisch aufgeladen und eingefärbt wurde und damit zumindest antizipatorisch zentrale Elemente eines spezifisch nationalsozialistischen Paradigmas von Geschichte erkennbar werden. Daran schließt sich allerdings eine weitere und wissenschaftsgeschichtlich außerordentlich interessante Frage an, die hier offenbleiben muß oder allenfalls gestreift werden kann: ob in den für Osteuropa politisch besonders „aktuellen“ und

daher intensiv betriebenen volks- und deutschumshistorischen Fragestellungen sozialgeschichtliche Ansätze erkennbar werden,

die — pointiert formuliert — politisch reaktionär, aber methodologisch progressiv und zukunftsweisend waren.

II. Entstehung und Entwicklung der Osteuropaforschung

Die osteuropäische Geschichte als Teildisziplin der Geschichtswissenschaft ist mit dem Namen des baltendeutschen Historikers Theodor Schiemann verbunden⁷⁾. Schiemann war nach seiner Promotion in Göttingen Direktor des Stadtarchivs in Reval und Redakteur der „Revaler Zeitung“. Angesichts der immer schärfer werdenden Russifizierungsbestrebungen sah er sich zur Übersiedlung ins Deutsche Reich veranlaßt und habilitierte sich 1887 mit Unterstützung Heinrich von Treitschkes für mittlere und neuere Geschichte an der Universität in Berlin. 1892 erhielt er dort das erste Extraordinariat für osteuropäische Geschichte in Deutschland. Zehn Jahre später ging daraus das Seminar für osteuropäische Geschichte hervor, das zum Vorbild für weitere Gründungen in Deutschland wurde. Bereits in der Entstehungsgeschichte dieser Teildisziplin zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Außenpolitik — insbesondere das Auswärtige Amt hatte großes Interesse an der Schaffung des Schiemann-Lehrstuhls — und auch die enge Verbindung von Rußland- und Polenforschung.

In der Zeit der Weimarer Republik blieb die osteuropäische Geschichte als historische Subdisziplin im Rahmen der Universitätsgeschichte ein Stiefkind der Wissenschaft. An den meisten der 23 existierenden Universitäten war ein Studium Osteuropas nicht möglich. Osteuropäische Geschichte war als Fach nur an den vier Universitäten Berlin (Karl Stählin, Otto Hoetzsch), Bonn (Leopold Karl Goetz, bis 1931), Hamburg (Richard Salomon) und Leipzig (Friedrich Braun) vertreten⁸⁾. Ostforschung als mit starkem Deutschtumsbezug

versehene Osteuropaforschung vollzog sich jedoch in Anlehnung an die Unversitäten an zahlreichen selbständigen Instituten. Selbst wenn man der DDR-Interpretation nicht folgt, der Staatsapparat und „zahlreiche Organisationen der Bourgeoisie“ hätten einen hohen Informationsbedarf gehabt und daher diese Institute ins Leben gerufen und unterstützt⁹⁾, ist ein Zusammenhang zwischen politischen Revisionsinteressen, Wirtschaft und Wissenschaft unübersehbar. Allein die Gründungsdaten und Namen legen das nahe: Das Osteuropa-Institut in Breslau wurde 1918 gegründet, das Russische Wissenschaftliche Institut in Berlin 1923, die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1926, das Institut für Grenz- und Auslandsstudien in Berlin im gleichen Jahr, das Ostland-Institut in Danzig 1927, die Stiftung für mittel- und südosteuropäische Wirtschaftsforschung in Leipzig 1928, das Süd-Ost-Institut in München 1930 und die Publikationsstelle in Berlin-Dahlem 1932. Hinzu kamen verschiedene historische Gesellschaften und Vereinigungen mit ähnlicher Zielsetzung. Revisionsinteressen und der Förderung der deutschen Minderheiten dienten auch viele der in der Weimarer Zeit neu geschaffenen Zeitschriften mit klingenden Titeln wie „Ostland“ (1920), „Deutsche Blätter in Polen“ (1924), „Heilige Ostmark“ (1925)¹⁰⁾.

Eine zentrale theoretische Prämisse dieser Ostforschung war die These vom deutschen Kultur- und Volksboden. „Volksboden“, schrieb der Leipziger Volkskundler und Historiker Wilhelm Volz 1926¹¹⁾, „ist der Boden, den ein Volk einnimmt, der ihm eignet und zukommt, auf dem es erwachsen und mit dem es verwachsen ist. Es ist der Boden, den es der Natur abgerungen hat und dem es den Stempel seiner Kultur in zäher Arbeit aufgeprägt hat. So ist er sein eigen, und politisches Schicksal tastet ihn nicht an, solange das Volk, die Volksheit lebendig ist.“ Daß von dieser Volksbodentheorie eine direkte ideologische Brücke zum Ausbau einer deutschen

⁷⁾ Ausführlich dazu: H. Giertz, Das Berliner Seminar für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde (bis 1920), in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, 10 (1967), S. 183—217. Ferner: Klaus Meyer, Theodor Schiemann als politischer Publizist, Frankfurt/M. 1956, S. 44f.

⁸⁾ Dazu G. Voigt, Aufgaben und Funktion der Osteuropa-Studien in der Weimarer Republik, in: J. Streisand (Hrsg.), Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft, Bd. 2, Berlin 1965, S. 369—399. Vgl. auch K. Zernack, a. a. O. (Anm. 1), S. 86, Anm. 9 und 10. Zu den genannten Osteuropa-Historikern siehe unten Anm. 33.

⁹⁾ G. Voigt, a. a. O. (Anm. 8), S. 372.

¹⁰⁾ F. H. Gentzen u. a., a. a. O. (Anm. 2), S. 1192.

¹¹⁾ Zit. bei G. Voigt, a. a. O. (Anm. 8), S. 389f.

Hegemonialstellung in Mitteleuropa und zum Ausgriff nach Osten führte, ist unübersehbar. Konkreter und unmittelbarer auf die politische Lage bezogen waren Forschungen, die sich mit Polen befaßten. Das außenpolitisch außerordentlich gespannte Verhältnis des Weimarer Staates zu Polen, das seinerseits wesentlich ein Produkt der preußisch-deutschen „Ostmarkenpolitik“ war, spiegelte sich unmittelbar in der Ostforschung. Eine starke deutsch-nationale und revisionistische Tradition kennzeichnete zwar — von wenigen Ausnahmen abgesehen — generell die deutsche Historiographie¹²⁾, für die Osteuropa-Histori-

ker und Ostforscher aber wurde sie zur Selbstverständlichkeit. An Sowjetrußland schieden sich die Geister, an Polen nie. Gab es gegenüber Sowjetrußland sozusagen eine gespaltene politische Tradition auch in der Forschung, so wurde Revision gegenüber Polen unisono verfochten.

Am Beispiel der Biographie und der wissenschaftlichen Tätigkeit des Berliner Osteuropa-Historikers Otto Hoetzsch soll dieses Problem exemplarisch verdeutlicht und damit zugleich zum zweiten Teil übergeleitet werden, der die Rolle der Osteuropaforschung im „Dritten Reich“ behandelt.

III. Osteuropaforschung und Nationalsozialismus

Hoetzsch hatte bei Karl Lamprecht promoviert, war stark von den Kathedersozialisten Gustav Schmoller und Adolph Wagner beeinflusst, habilitierte sich bei Otto Hintze mit einer ständehistorischen Arbeit und kam erst relativ spät über Schiemann zur osteuropäischen Geschichte, von dem er sich in seiner politischen Konzeption jedoch radikal unterschied. Daß ihm in seiner wissenschaftlichen Arbeit die Historiker Lamprecht, Schmoller und Hintze als methodische Vorbilder dienten, in seinem Verhältnis zum Osten aber eher Gustav Freytag und Heinrich von Treitschke¹³⁾, kennzeichnet treffend die Ambivalenz von Hoetzsch's wissenschaftlichem und politischem Profil¹⁴⁾.

Als Geschichtsprofessor an der Akademie in Posen und in Berlin beschäftigte er sich einerseits mit Problemen der russischen Geschichte, daneben ist sein dezidiertes politisches Engagement für eine alldeutsche und aggressive Polenpolitik charakteristisch. 1919 wurde Hoetzsch Mitglied der DNVP und kam ein Jahr später als Abgeordneter in den Reichstag.

In der DNVP-Fraktion betätigte er sich vor allem als außenpolitischer Spezialist. Deutsche Außenpolitik war für ihn bestimmt von „politischer Machtorganisation Deutschlands in Mitteleuropa“¹⁵⁾ und von der sozialdarwinistischen Vorstellung des machtpolitischen Kampfes der Staaten ums Dasein. Die „östliche Orientierung“ blieb — nach anfänglichem Zögern — gegenüber Sowjetrußland für ihn eine Konstante. Demgemäß trat er auch als erbitterter Gegner des in Versailles geschaffenen Polen auf, und im Reichstag fiel 1920 das böse Wort von der „Todfeindschaft“ zwischen Polen und Deutschland, solange nicht „die ethnographische Basis dieses Polentums wieder erreicht ist“¹⁶⁾, d. h. der Zustand vor Versailles wiederhergestellt war. Seit 1928 geriet Hoetzsch jedoch in zunehmenden Gegensatz zu seiner Partei unter ihrem Führer Hugenberg und trat 1929 aus der Partei aus. Mit dem Nationalsozialismus versuchte er sich 1933 zunächst zu arrangieren, wobei der „Tag von Potsdam“ am 21. März eine Brücke zu sein schien. Mit einem peinlich pathetischen Artikel über die „deutsche nationale Revolution“ stellte er sich 1933 auf die Seite der neuen Machthaber¹⁷⁾. Das schützte ihn jedoch keineswegs vor dem Vorwurf eines „Salon- und Kulturbolschewisten“. Mit seiner

¹²⁾ Vgl. G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1971, Kap. 8.

¹³⁾ So K. Epstein, *Otto Hoetzsch*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Berlin 1972, S. 371f. Im Vorwort seiner Aufsatzsammlung „Osteuropa und Deutscher Osten“, Königsberg 1934, bezog sich Hoetzsch ausdrücklich auf Treitschke und Freytag.

¹⁴⁾ Zu Hoetzsch liegt jetzt eine ausführliche Biographie des DDR-Autors G. Voigt vor: *Otto Hoetzsch 1876—1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers*, Berlin (Ost) 1978 (Dissertation von 1967). Eine informative kritische Studie, die das Werk von Voigt bereits einbezieht, bietet F. Kuebart, *Otto Hoetzsch — Historiker, Publizist, Politiker*, in: *Osteuropa*, 25 (1975), S. 603—621.

¹⁵⁾ O. Hoetzsch, *Deutschlands Weltlage*, Berlin 1921, S. 4f., Zit. bei F. Kuebart, a. a. O. (Anm. 14), S. 618.

¹⁶⁾ Zit. bei G. Wagner, *Deutschland und der polnisch-sowjetische Krieg*, Wiesbaden 1979, S. 225.

¹⁷⁾ O. Hoetzsch, *Die deutsche nationale Revolution*, in: *Vergangenheit und Gegenwart*, 23 (1933), S. 353—373. Ähnlich in Stil und Inhalt: *Der Deutsche Osten in Geschichte und Gegenwart*, in: *Osteuropa und Deutscher Osten*, a. a. O. (Anm. 13), S. 394f.; S. 426ff.

prorussischen Option paßte er nicht mehr in die politische Landschaft. Insofern war es konsequent, daß er 1935 seinen Lehrstuhl verlor und zwangspensioniert wurde¹⁸⁾. Der Österreicher Hans Uebersberger, der sich rühmte, als erster nationalsozialistischer Rektor in Wien Opfer des fehlgeschlagenen Putsches in Österreich geworden zu sein, wurde sein Nachfolger¹⁹⁾. Es gab viele Berührungspunkte des national-konservativen Politikers Hoetzsch mit den Nationalsozialisten; Rassistismus und Lebensraumpolitik trennten ihn jedoch von ihnen. Zudem mußte die zeitweilige Kooperation Hitlers mit Polen für einen dezidierten Verfechter der Rapallo-Politik schwer akzeptabel sein.

Als interessanter Epilog sei hier angeführt, daß Hoetzsch im Sommer 1945 wieder seinen Lehrstuhl in Berlin zurückerhielt und sich bis zu seinem Tode 1946 für den Wiederaufbau und die Integration der osteuropäischen Geschichte in die Allgemeine Geschichte einsetzte. In einem programmatischen Aufsatz von 1946 findet sich der bemerkenswerte Satz: „Rußland (ist) integrierender Teil Europas, aber heute eines Europa, dessen Stellung, innere Bedeutung, Begriff, nachdem der des europäisch-christlichen Abendlandes sich aufgelöst hat, auch an Gehalt und Bedeutung verloren hat. Daran ist es selbst schuld geworden. Aus dem führenden Erdteil der Welt ist es durch den ersten und vor allem durch den zweiten Weltkrieg zu einem Bettlerkontinent geworden, der die anderen Erdteile um Hilfe angehen muß und sie braucht.“²⁰⁾ Daß Hoetzsch dabei die universalhistorische Bedeutung Lenins und der bolschewistischen Revolution offen ansprach, verschaffte ihm nicht nur das Wohlwollen der damaligen Verwaltung in der sowjetischen Zone, sondern verhalf ihm auch zu einer dezidiert positiven Beurteilung der heutigen DDR-Historiographie²¹⁾.

Ein wichtiger Teil der Geschichte der Osteuropaforschung und zugleich der Biographie

¹⁸⁾ Vgl. dazu unten S. 8f.

¹⁹⁾ W. Philipp, a. a. O. (Anm. 4), S. 46. Vgl. zu Hans Uebersberger (sehr unkritisch) H. Neubauer, Hans Uebersberger, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas (= JbbGO), 11 (1963), S. 156ff. Uebersberger war „Führer der Hochschullehrer im NS-Lehrerbund“ in Wien und wurde nach 1934 nach Breslau berufen. G. Voigt, a. a. O. (Anm. 14), S. 269f.

²⁰⁾ O. Hoetzsch, Die Eingliederung der osteuropäischen Geschichte in die Gesamtgeschichte nach Konzeption, Forschung und Lehre, in: Pädagogik, 1 (1946) 1, S. 33—42, hier: S. 36.

²¹⁾ Ausführlich dazu G. Voigt, a. a. O. (Anm. 14), Kap. XII „Am demokratischen Neubeginn“.

Hoetzsch's ist die von der „Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde“ von 1925 bis 1939 herausgegebene Zeitschrift „Osteuropa“²²⁾. Diese maßgeblich von Hoetzsch gestaltete Zeitschrift definierte ihre Aufgabe so: „auf der Grundlage wissenschaftlich-exakter Arbeit ein Bild des gegenwärtigen Standes im europäischen Osten zu geben, unabhängig von jedem politischen oder gar parteipolitischen Standpunkt, von jedem wirtschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Interesse“²³⁾. Diesem Ziel diente vor allem die umfassende, aktuelle Information über politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme Sowjetrußlands. In der westlichen Welt gab es damals kein Pendant zu „Osteuropa“²⁴⁾.

Konzentrierten sich Aufsätze und Berichterstattung zunächst ganz überwiegend auf sowjetische Themen, wobei auch sowjetische Autoren häufig zu Wort kamen, so trat hier mit dem Jahr 1933 eine deutliche Wandlung ein. Polen und andere osteuropäische Staaten erlangten jetzt erheblich größeres Gewicht. Trotz eines deutlichen politischen Kettaus vor dem „mächtigen Schwung, der jetzt durch Deutschland braust“ — so Hoetzsch im Novemberheft 1933²⁵⁾ —, war von Gleichschaltung der Zeitschrift zunächst keine Rede. Noch im Frühjahr 1934 konnte eine brisante Artikelserie über die Ergebnisse des ersten sowjetischen Fünf-Jahr-Plans erscheinen. Hoetzsch zog sich jedoch zunehmend — ebenso wie Klaus Mehnert (von 1931 bis 1934 in der Redaktion) — aus der Redaktionsarbeit zurück, die an Werner Markert, Mitglied der NSDAP, überging²⁶⁾. Markert schloß 1934 einen programmatischen Artikel folgendermaßen²⁷⁾: „Der Weg nach Osten heißt auch in der Wissenschaft Kampf. Kampf auf Vorpösten im Neuland. Wir (Ostforscher) haben die Kleinarbeit zu leisten für den Ausbau des Weges, den der Führer uns vorgezeichnet hat.“

²²⁾ Ein interessantes Porträt bietet J. Unser, Osteuropa — Biographie einer Zeitschrift, in: Osteuropa, 25 (1975), S. 555—602. Vgl. ferner F. T. Epstein, Otto Hoetzsch und sein „Osteuropa“ 1915—1930, in: ebd., S. 541—554; G. Voigt, a. a. O. (Anm. 14), S. 184ff.

²³⁾ Zit. bei F. T. Epstein, a. a. O. (Anm. 22), S. 542.

²⁴⁾ So das Urteil G. Voigts, a. a. O. (Anm. 14), S. 187.

²⁵⁾ O. Hoetzsch, Die Lage in Polen und den Randstaaten, in: Osteuropa, 9 (1933/34), S. 69—90, hier: S. 70.

²⁶⁾ Zu W. Markerts m. E. schwer genau zu beurteilender Position in der Osteuropa-Forschung des Dritten Reiches vgl. D. Geyer, Werner Markert zum Gedächtnis, in: JbbGO, 13 (1967), S. 481—486.

²⁷⁾ W. Markert, Das Studium Osteuropas als wissenschaftliche und politische Aufgabe, in: Osteuropa, 9 (1933/34), S. 395—401.

Das ist heute die wissenschaftliche und die politische Aufgabe des Osteuropastudiums."

Das Ende der Mitarbeit Hoetzsch's an der Zeitschrift fiel zusammen mit seiner Entlassung aus der Berliner Universität, die ihm 1935 überraschend mitgeteilt wurde²⁸⁾. Als Vorwand mußte dabei u. a. herhalten, daß Hoetzsch eine Dissertation eines jüdischen Studenten über das Schicksal der Juden in der Sowjetunion befürwortet hatte. Der Konflikt war jedoch prinzipieller Natur und wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Verhältnis des Nationalsozialismus zu einem Zweig der Osteuropaforschung. Hermann Greife, Dozent an der „Hochschule für Politik“ in Berlin, Mitarbeiter des Ostexperten im Goebbels-Ministerium und Drehbuchverfasser des Films „Der ewige Jude“, Eberhard Taubert, griff Hoetzsch politisch scharf an und brandmarkte die von ihm geleitete „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ als „Hort und Sammelbecken aller jüdisch-freimaurisch-liberalistischen Sowjetfreunde und Salonbolschewisten“²⁹⁾.

Mit der Entlassung von Hoetzsch fand 1935 auch die „Zeitschrift für osteuropäische Geschichte“ ihr Ende. Sie hatte ihre inhaltlichen Schwerpunkte in der polnischen und russischen Geschichte vom 16. bis 19. Jahrhundert und wurde seit 1931 von Hoetzsch in Verbindung mit den führenden Vertretern der osteuropäischen Geschichte, Karl Stählin, Richard Salomon und Leopold Karl Goetz, in Fortführung der Tradition der gleichnamigen Zeitschrift vor dem Ersten Weltkrieg, herausgegeben. Daß 1934 bereits mehrere Ost- und Volkstumsforscher in das Herausgeberkollegium kamen, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die eingangs angesprochene Verschiebung der Perspektive innerhalb der Osteuropaforschung³⁰⁾. Daß dies freilich kei-

²⁸⁾ Vgl. zu den Vorgängen um die Entlassung: J. Unser, a. a. O. (Anm. 22), S. 590f.; G. Voigt, a. a. O. (Anm. 14), S. 262ff.

²⁹⁾ H. Greife, Sowjetforschung. Versuch einer nationalsozialistischen Grundlegung der Erforschung des Marxismus und der Sowjetunion, Berlin 1936, S. 62.

³⁰⁾ 1934 mußte Richard Salomon ausscheiden (Goetz war schon 1931 gestorben), es kamen als Mitherausgeber hinzu, die alle dem Nationalsozialismus mehr oder minder nahestanden und eben jenen deutschumsgeschichtlichen Ansatz vertraten: J. Leers (Berlin), F. Lüdtke (Berlin), Th. Oberländer (Königsberg), W. Recke (Danzig), B. Frhr. v. Richthofen (Königsberg), E. O. Thiele (Berlin). Als für diesen Ansatz programmatisch wäre auch die 1937 gegründete Zeitschrift „Jomsburg, Völker und Staaten im Osten und Norden Europas“ zu nennen, hrsg. v. J. Papritz u. W. Koppe in Verbindung mit H.

neswegs eine zwingende Notwendigkeit war, belegen die noch bis 1941 erschienenen „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas“, die ihr wissenschaftliches Niveau auch unter ihrem nationalsozialistischen Herausgeber Uebersberger beibehalten konnten und in deren Spalten politische Kampfsartikel die absolute Ausnahme bildeten³¹⁾.

Bleibt Hoetzsch auch bei differenzierter und wohlwollender Betrachtung in seiner politischen Haltung letztlich eine schillernde Figur, so wurde ein anderer, kaum bekannter und in seinen politischen und marxistischen methodologischen Prinzipien gänzlich untypischer Osteuropa-Historiker ein direktes Opfer des nationalsozialistischen Terrors, freilich auch erst nach einigen, für die zeitweilig mangelnde Konsequenz nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik aufschlußreichen Stationen: Georg Sacke³²⁾. Er kam 1945 im KZ um.

Neben dem Nationalkonservativen Hoetzsch und dem Marxisten Sacke wurden auch die übrigen, im liberalen politischen Spektrum einzuordnenden Osteuropa-Historiker Opfer der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Richard Salomon, Hamburg, wurde die Lehre wegen seiner jüdischen Herkunft untersagt; 1937 emigrierte er in die Vereinigten Staaten. Karl Stählin, Berlin, wurde ebenso wie Friedrich Braun in Leipzig vorzeitig pensioniert³³⁾. Für das Fach osteuropäische Ge-

Aubin, A. Brackmann, Th. Oberländer, W. Recke, F. Rösig, O. Scheel, H. Uebersberger (I 1937 bis VI 1942).

³¹⁾ Die „Jahrbücher für Geschichte und Kultur der Slawen“, (seit 1924) hrsg. v. E. Hanisch, erschienen ab 1936 bis 1941 unter Uebersberger als Herausgeber mit dem neuen Namen „Jahrbücher für Geschichte Osteuropas“. Bei Durchsicht der Beiträge fällt als politischer Beitrag lediglich eine ausführliche Rezension auf, die der Herausgeber über „Das deutsche Weißbuch über Polen 1939“ verfaßt hatte (Jg. 4/1939, S. 283—321).

³²⁾ Vgl. dazu D. Geyer, Georg Sacke, in: Deutsche Historiker, hrsg. v. H.-U. Wehler, Bd. 5, Göttingen 1972, S. 117—129; W. Philipp, a. a. O. (Anm. 4), S. 45f.

³³⁾ F. T. Epstein, Hamburg und Osteuropa. Zum Gedächtnis von Professor Richard Salomon (1884 bis 1966), in: JbbGO, 15 (1967), S. 59—97. Zu Stählin vgl. G. Voigt, a. a. O. (Anm. 14), S. 163f. Zu seiner wissenschaftlichen Entwicklung W. Andreas, Karl Stählin zum Gedächtnis, in: HZ, 163 (1941), S. 82—99. Friedrich Braun siedelte 1922 von Petersburg nach Leipzig über und hatte dort seit 1926 den Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte innerhalb des Instituts für Kultur- und Universalgeschichte. Archiv für Kulturgeschichte, 23 (1932/33), S. 137ff. Zu nennen ist ferner Max Winkler, ein Schüler Stählins, der als Leiter der historischen Abteilung des Rußland-Instituts in Königsberg 1934 entlassen wurde, im

schichte wurde das Jahr 1933 somit zu einer deutlichen Zäsur.

Dieses zunächst frappierende Ergebnis läßt verschiedene Erklärungen zu. Zunächst hatte die weitgehende Eliminierung der osteuropäischen Geschichte mit der politischen Einstellung oder Herkunft ihrer Fachvertreter zu tun. Darüber hinaus aber fand darin eben jene wissenschaftsparadigmatische Verschiebung ihren konkreten Ausdruck, von der bereits die Rede war. Es spricht einiges für die Hypothese, daß die professionellen Osteuropa-Historiker selbst national-konservativer Provenienz wie Hoetzsch nicht ohne weiteres auf eine ganz und gar deutschumsorientierte, volksgeschichtliche Sicht der Geschichte Osteuropas auszurichten waren. Vielmehr ging ihr wissenschaftlicher Zugriff von der Geschichte der jeweiligen osteuropäischen Völker als einem gewissermaßen autonomen Gegenstand aus, selbst wo ein solcher Ansatz von opportunen politischen Erklärungen (wie bei Hoetzsch und Markert) konterkariert wurde. Aus diesem Grund kam nun vor allem jener andere Zweig der Osteuropaforschung zum Zuge, der sich viel leichter politisch funktionalisieren ließ. Denn ein Großteil — und wie sich zeigen wird, der eigentlich brennende Teil — der Osteuropaforschung vollzog sich in Spezialinstituten außerhalb oder in Verbindung mit den Universitäten. Von ihnen führt z. T. ein direkter Weg in die nationalsozialistische Besatzungspolitik in Osteuropa.

Die genannten Institute der Osteuropaforschung wurden von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet und in der 1933 gegründeten „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ unter Leitung Albert Brackmanns und seines Stellvertreters Hermann Aubin zusammengefaßt³⁴).

gleichen Jahr als Ordinarius für osteuropäische Geschichte nach Wien berufen und 1939 zwangsweise beurlaubt und in den Ruhestand versetzt wurde. JbbGO, 11 (1963), S. 638f.

³⁴) Näher geht auf Entstehung, Tätigkeit und Personal ein: R. Goguel, Die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft im Dienste faschistischer Aggressionspolitik gegen Polen (1933 bis 1945), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Gesellsch.- u. sprachwiss. Reihe, 15 (1966), S. 663—674. Einer Selbstcharakterisierung von 1936 zufolge war ihre Aufgabe, „die Fragen, die der Volkstumskampf in den deutschen Grenzen aufwirft, wissenschaftlich zu erforschen. Ihre Tätigkeit ist ein Stück Abwehr fremder Angriffe auf den deutschen Volksboden, und ihre Ergebnisse haben nicht nur der Wissenschaft, sondern auch dem völkischen Leben und den Erfordernissen des Grenzkampfes zu dienen ...“ Text b. G. Voigt, Methoden der „Ostforschung“, in: ZfG, 7 (1959), S. 1781—1803, hier S. 1801.

Die politische Funktion dieser Ostforschung erhielt jedoch durch den Nichtangriffspakt mit Polen von 1934 zunächst eine besondere Note. Auf einer Tagung der „Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ im Sommer 1934, an der nahezu alle namhaften Ostforscher teilnahmen, erörterte man ausgiebig die möglichen Konsequenzen dieses Vertrages für die Wissenschaft. Obwohl zugestanden wurde, es müsse nun eine „Grenzlandarbeit“ in neuer Form geben, in der „Polemiken und Revisionsforderungen“ wegfallen müßten, dominierte die Warnung vor voreiligen Konsequenzen. „Wir dürfen unser Geschichtsbild nicht zertrümmern aus irgendwelchen politischen Rücksichten“, hieß es im Protokoll, und die Gegnerschaft gegenüber Polen gelte nach wie vor. Mit dem Überfall auf Polen 1939 und der Errichtung einer Besatzungsherrschaft, die nicht mehr einem traditionellen Modell militärischer Okkupation folgte, sondern auf nahezu allen Gebieten ein Experimentierfeld nationalsozialistischer Rasse- und Lebensraumideologie darstellte, bekam auch jede Art von Osteuropaforschung eine neue Qualität. Mag die Zäsur von 1933 für die nationalistisch-konservative und primär außenpolitisch orientierte Einstellung vieler Ostforscher nicht unbedingt erkennbar gewesen sein, weil sie gewissermaßen in revisionspolitischer Verpackung auftrat und weil zudem die politische Verständigung Hitlers mit Polen 1934 eine Verkehrung der tradierten Fronten schuf, so konnte einem halbwegs kritischen Beobachter schwerlich völlig verborgen bleiben, was sich seit 1939 veränderte. Aus dieser Sicht wird man daher auch andere Maßstäbe an wissenschaftliche Arbeiten von Ostforschern während des Krieges anlegen müssen.

Dieses Problem soll an drei Beispielen verdeutlicht werden: dem Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau (IDO), der „Reichsuniversität Posen“ und der Person Hermann Aubins.

Das IDO machte 1940 für das Generalgouvernement den Anfang in der Reihe von wissenschaftlichen oder pseudowissenschaftlichen Neugründungen in den besetzten Gebieten Osteuropas. Hier wird sich auf das IDO beschränkt, zumal über die anderen Institutionen bislang wenig bekannt ist³⁶).

³⁵) Zit. bei M. Broszat, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972², S. 245.

³⁶) Zu nennen wären die 1941 gegründete „Reichsstiftung für deutsche Ostforschung“ in Posen, die eng mit der dortigen „Reichsuniversität“ verbunden

Um den makabren politischen Hintergrund der Gründung und Existenz des IDO zu verdeutlichen, ist ein knapper Hinweis auf die nationalsozialistische Universitäts- und Wissenschaftspolitik in Polen unerlässlich³⁷). In der Universität Krakau, der zweitältesten Universität Osteuropas, manifestierte sich diese Politik in der Verhaftung des gesamten Lehrkörpers der Jagiellonischen Universität anlässlich der zunächst von der Militärverwaltung in Aussicht gestellten Wiedereröffnung im November 1939. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die polnischen Wissenschaftler ins KZ Sachsenhausen deportiert. Im Frühjahr 1940 wurde ein Teil von ihnen auf ausländische und auch deutsche Intervention hin entlassen, ein anderer Teil nach Dachau gebracht. Natürlich blieb das strikt geheim, aber daß es keine polnischen Universitäten mehr gab, konnte dem kaum verborgen bleiben, der es wissen wollte. Die polnischen Institute wurden geschlossen oder für deutsche Zwecke umfunktioniert, die große Jagiellonische Bibliothek zur „Deutschen Staatsbibliothek“ erklärt und für polnische Wissenschaftler offiziell gesperrt.

Im gotischen Festsaal eben dieser Bibliothek fand im April 1940 die Gründungsversammlung des IDO statt. Dessen Aufgabenstellung umriß sein Gründer und politischer Promotor, der Generalgouverneur und ehemalige Starjurist der Partei, Hans Frank, mit dem lapidaren Satz, im IDO solle „eine Ostkunde als Elementarlehre des imperialen Nationalsozialismus“ aufgebaut werden³⁸). Diesem Ziel wurde die Organisationsform des Instituts durch eine enge Verflechtung mit der Verwaltung des Generalgouvernements (GG) angepaßt. Das Institut besaß sieben geisteswissenschaftliche und vier naturwissenschaftliche Sektionen, z. T. mit mehreren Referaten, sowie Zweigstellen in Warschau und (seit 1941) in Lemberg. Die Kriegslage erzwang 1943 eine weitgehende Reduzierung oder Stilllegung der geisteswissenschaftlichen Sektionen, so daß sich

war; die „Reinhard-Heydrich-Stiftung, Reichsstiftung für wissenschaftliche Forschung“ in Prag (1942); schließlich die kaum über das Planungsstadium hinausgekommene „Reichszentrale für Ostforschung“, die Alfred Rosenberg als Minister für die besetzten Ostgebiete 1942 gründete. F. H. Gentzen u. a., a. a. O. (Anm. 2), S. 1196f.

³⁷) Dazu Ch. Kleßmann, a. a. O. (Anm. 6), S. 54ff. In deutscher Übersetzung liegt jetzt die polnische Untersuchung über Krakau vor: St. Gaweda, Die Jagiellonische Universität in der Zeit der faschistischen Okkupation 1939—1945, Jena 1981.

³⁸) Zum folgenden Ch. Kleßmann, a. a. O. (Anm. 6), S. 61—70, dort auch die einzelnen Zitatnachweise.

eine Analyse der Arbeit dieses Instituts primär auf einige programmatische Erklärungen, Ansätze ihrer Realisierung und bestimmte personelle Konstellationen konzentrieren muß. Die Aufgabenstellung einiger weniger Sektionen soll hier verdeutlichen, welche Funktion der Ostforschung in der Umsetzung von Lebensraumpolitik — zunächst im kleinen Maßstab in Polen — zugeordnet war.

Die Sektion Vorgeschichte unter der Leitung von Prof. Werner Radig, zugleich als Beauftragter in Rosenbergs „Amt für Vorgeschichte“ tätig, nach dem Kriege Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin, hatte die „geistige und volkspolitische Untermauerung des siegreichen Volkstumskampfes“ zur Aufgabe. „Es ist in der Tat auch nicht schwer“, lautete Radigs Selbstcharakteristik seiner Arbeit, „den deutschen Führungsanspruch im Vorfeld des deutschen Volks- und Kulturbodens aus den Urtiefen des geschichtlichen Lebens zu erweisen und sichtbar zu machen: wir stehen auf altgermanischem Volksboden. So ist auch die Vorgeschichte nichts anderes als Volkstumsgeschichte.“ Prinzipiell ähnlich sah die Zielsetzung der Abteilung Geschichte aus. Deutlicher praxisbezogene Vorarbeiten für die nationalsozialistische Rassepolitik hatte die Sektion für Rasse- und Volkstumforschung zu leisten, deren Leiter, Dr. habil. Erhard Riemann, zugleich Mitarbeiter der zum Organisationsbereich der SS gehörigen „Volksdeutschen Mittelstelle“ in Krakau war.

Schon angesichts dieser fragmentarischen Selbstcharakterisierungen drängt sich natürlich die Frage auf, wieweit sich in diesem Institut „die Ostforschung“ repräsentiert fand. Das Personal gehörte zweifellos nicht zur Creme der Osteuropaforschung. Die wissenschaftliche Produktion war gering, und auch intern wurde von deutschen Wissenschaftlern Kritik am mittelmäßigen Niveau der Arbeit geäußert. Dennoch bestanden etliche Querverbindungen zu renommierten Vertretern des Faches.

In den Publikationsorganen des IDO „Die Burg“ (eine Anspielung auf den Wawel in Krakau) und „Deutsche Forschung im Osten“ veröffentlichten auch im Reich ansässige Wissenschaftler, ebenso nahmen sie an den vom Institut veranstalteten Arbeitstagen teil. Auf der ersten dieser Art hielt Hermann Aubin ein Referat über „Das Reich und die Völker des Ostens“³⁹). Peter Heinz Seraphim, seit

³⁹) Abgedruckt in: Die Burg, 1 (1940), S. 7—20.

1930 Mitarbeiter des Königsberger Instituts für osteuropäische Wirtschaft und Verfasser einer 700 Seiten starken Monographie über „Das Judentum im osteuropäischen Raum“ (1938), publizierte im Generalgouvernement mehrfach über dieses Thema⁴⁰⁾. Er war Mitarbeiter des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ in Frankfurt und Hauptschriftleiter der von Alfred Rosenberg herausgegebenen antisemitischen Zeitschrift „Weltkampf“⁴¹⁾.

Was im IDO betrieben wurde, war in jedem Fall ein Stück praktischer Antizipation künftiger Ostforschung, wie sie die Nationalsozialisten wünschten und für ihre Lebensraumpolitik auch brauchten. Selbst wo Forschungen oder Vorträge in Inhalt oder Diktion nicht über den Rahmen des in der damaligen Zeit „Üblichen“ deutlich hinausgingen, können sie nicht von den politischen Rahmenbedingungen losgelöst beurteilt werden, in die sie verflochten waren und die auch niemandem verborgen sein konnten. Jeder Autor kannte sie und mußte sich klar sein, was er tat⁴²⁾. Herbert Ludats und Manfred Lauberts in der Schriftenreihe des IDO erschienenen Arbeiten über die „Anfänge des polnischen Staates“ und die „Preußische Polenpolitik“ ließen sich als weitere konkrete Beispiele nennen⁴³⁾. Genau hier scheint mir das eigentliche Problem des Umkippens von zeitgebundener Wissenschaft in Ideologie zu liegen. Der Schritt von der bis zu einem gewissen Grade unvermeidlichen Anpassung an vorgegebene Sprachregelungen des Regimes zur offenen politisch-ideologischen Prostitution der Wissenschaft war unter solchen Bedingungen sehr klein.

Die „Reichsuniversität Posen“ mag dieses Problem als weiteres Beispiel ebenso verdeutli-

⁴⁰⁾ P. H. Seraphim, *Das Judentum im osteuropäischen Raum*, Essen 1938. Bei der Eröffnung der Außenstelle der nationalsozialistischen „Hohen Schule“ am 26. 3. 1941 in Frankfurt/M. hielt Seraphim einen Vortrag über „Die bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage.“ L. Poliakov/J. Wulf, *Das Dritte Reich und seine Denker*, Berlin 1959, S. 140f.

⁴¹⁾ R. Goguel, *Über Ziele und Methoden der Ostforschung*, in: *Ostforschung und Slawistik*, Berlin (O), 1960, S. 33.

⁴²⁾ Vgl. zu diesem grundsätzlichen Problem H. Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland*, Stuttgart 1968, S. 478.

⁴³⁾ H. Ludat, *Die Anfänge des polnischen Staates*. Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Ostarbeit, Sektion Geschichte, Bd. 3, Krakau 1942. Ludat war Dozent an der Reichsuniversität Posen. M. Laubert, *Die preußische Polenpolitik von 1772 bis 1914*, ebd., Bd. 1, Krakau 1944³⁾.

chen wie die Person eines der führenden Köpfe der deutschen Ostforschung, Hermann Aubin. Anstelle der 1939 zerschlagenen polnischen Universität in Posen wurde am 27. April (einem Sonntag) 1941 der feierliche und von allen deutschen Sendern übertragene Gründungsakt der „Reichsuniversität Posen“ vollzogen⁴⁴⁾. Der Reichsstatthalter und Gauleiter des „Warthelandes“, Arthur Greiser, bezeichnete die auf Hitlers Anregung zurückgehende Gründung als einen „epochemachenden Markstein in der Weiterentwicklung der kulturellen Eroberung und Durchdringung dieses alten deutschen Lebensraums“⁴⁵⁾. In mehrfacher Hinsicht hatte diese Universität der Lebensraumpolitik im Osten zu dienen. Zum einen sollte sie Unterlagen für die als „Bereinigung völkischer Mischzonen“ verstandene Volkstums- und Umsiedlungspolitik liefern, zum andern die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der ins Reich eingegliederten polnischen Westgebiete erkunden, und schließlich war ihr die Rolle einer „Führerschule des deutschen Ostens“ (so die offizielle Gründungsbroschüre) zgedacht. Aus der explizit politischen Zielsetzung der Reichsuniversität erklärt sich wohl auch die für die Kriegsjahre exzeptionelle Tatsache, daß die Zahl der Studenten und Lehrenden bis 1944 ständig anstieg: 49 Lehrkräfte im WS 1941 mit 191 Studenten auf 118 Hochschullehrer und 886 Studenten im WS 1943/44. Im SS 1944 wuchs die Studentenzahl sogar auf ca. 1 200 an.

In enger Verbindung mit der Universität stand die im Frühjahr 1941 unter der Schirmherrschaft Görings geschaffene „Reichsstiftung für deutsche Ostforschung“. Sie basierte auf beschlagnahmtem polnischen Besitz, vergab Forschungsaufträge und verlieh (insgesamt viermal) einen mit 10 000 RM dotierten Clausewitz-Preis für Wissenschaftler, „die durch kämpferischen Einsatz oder durch ihr beispielhaftes Wirken entscheidend zur Wiedergewinnung des deutschen Ostens beigetragen haben“. Unter den Preisträgern befanden sich der Berliner Polenspezialist Manfred

⁴⁴⁾ Zur Zerstörung der polnischen Universität: Cz. Luczak, *Die Universität Poznań in den Jahren der Nazi-Okkupation*, in: *Die Universität Poznań 1919—1969*, Poznań 1971, S. 195—242. Zur Reichsuniversität bringt wichtige Informationen der Aufsatz: J. Kalisch/G. Voigt, „Reichsuniversität Posen“. Zur Rolle der faschistischen deutschen Ostforschung im zweiten Weltkrieg, in: *Juni 1941*, hrsg. v. A. Anderle, Berlin (O) 1961, S. 183—204.

⁴⁵⁾ Zit. bei J. Kalisch/G. Voigt, a. a. O. (Anm. 44), S. 188.

Laubert und — posthum — der Posener Volkstumsforscher Kurt Lück⁴⁶⁾.

Auch wenn nicht alle geplanten Lehrstühle an der „Reichsuniversität“ besetzt werden konnten (interessanterweise ausgerechnet die für die Rassenkunde, Geschichte und Sprache des Judentums sowie politische Auslandskunde) war der enge Praxisbezug des Lehrbetriebs unübersehbar. So fand beispielsweise an der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ein mehrstündiges Kolleg über das 1941 in den eingegliederten Gebieten erlassene „Polenstrafrecht“ statt; die Studenten waren zur Bewußtseinsbildung einem System von „Osteinsätzen“ unterworfen, und insbesondere in den Veranstaltungen der philosophischen Fakultät und den Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten wurden die alten Thesen von deutscher Leistung im Osten in neuem Gewande präsentiert⁴⁷⁾.

Angesichts des hohen Anteils umgesiedelter baltendeutscher Wissenschaftler an der „Reichsuniversität“ — 40 von 119 wurden zum Aufbau der Universitätsinstitute herangezogen — dürfte somit summa summarum das, was der spätere renommierte Osteuropa-Historiker Reinhard Wittram 1937 schrieb und bei der Eröffnungsfeier in ein offenes politisches Bekenntnis münden ließ, nicht bloßes Lippenbekenntnis geblieben sein: „Wir haben mit eindringlicher Kraft zu fragen, was für Folgerungen aus der Wendung zur Volksgeschichte zu ziehen sind, und mit unbestechlicher Strenge zu prüfen, wie sich unser Geschichtsbild zu gestalten hat. Wo ein Gefühl für Zucht und Rasse die liberale Auflösung unverbildet überdauert hat oder neu erwacht ist, wird die Wiederbesinnung unseres Volkes auf die rassischen Erbwerte als ein Gesundungsvorgang begriffen werden.“⁴⁸⁾ Bei der Eröffnungsfeier erklärte er: „Wir (nach Posen

umgesiedelten Baltendeutschen; C. K.) dürfen uns einreihen in die Kameradschaft derer, die auf vorgeschobener Wacht für Großdeutschland stehen, wir dürfen das Feuer hüten helfen, das aus Nacht und Dämmerung in den großen germanischen Morgen brennen soll. Daß wir uns dessen würdig erweisen, sei unser Gelöbnis in dieser feierlichen Stunde. Und so bleibt unser Blick auf den Führer gerichtet, dem wir allezeit verschrieben haben alle Güter unseres Wissens, unseren ganzen Arbeitswillen und unser ganzes Herz.“⁴⁹⁾

Wird man zur Erklärung solcher Äußerungen eine Art „Vorpostenmentalität“ der Baltendeutschen anführen müssen, die für chauvinistische und nationalsozialistische Ideologien besonders anfällig machte — ähnlich wie bei den Historikern Theodor Schiemann und Johannes Haller —, so läßt sich dies im Hinblick auf biographischen Hintergrund und politische Sozialisation nicht in gleicher Weise von einem der führenden Ostforscher sagen, der nicht zur engeren Gruppe der Osteuropa-Historiker zu rechnen ist, aber das politische Profil der Osteuropaforschung im Dritten Reich stark bestimmte: Hermann Aubin. Aus Böhmen stammend, hatte er seine wissenschaftliche Karriere in Bonn, Gießen, Breslau und Kairo gemacht und arbeitete von 1933 bis 1945 an der Universität Breslau. Die Liste der allein während der Kriegsjahre veröffentlichten Arbeiten über ostdeutsche und osteuropäische Themen ist beachtlich⁵⁰⁾. In vielen dieser Arbeiten läßt sich exemplarisch die inhaltliche Verkürzung und Verengung eines ganz und gar volksgeschichtlich und deutschumszentrierten Geschichtsbildes fassen, das in fataler Weise dann auch die Kontinuität nach 1945 mitbegründet hat. Diese mag kennzeichnend für alle Wissenschaftsdisziplinen sein, für die Ostforschung scheint sie jedoch noch eine besondere Note zu besitzen.

III. Kontinuitäten nach 1945

Daß es eine frappante personelle Kontinuität im Bereich der Ostforschung zwischen Drittem Reich und Bundesrepublik gab, ist ebensowenig verwunderlich wie die Tatsache, daß Gesellschaft und Staat der zweiten deutschen

Republik diese hinnahmen und bejahten. Das gründlich gescheiterte Experiment der west-

⁴⁶⁾ Ebd., S. 199f. Zu K. Lück s. u. Anm. 55.

⁴⁷⁾ Vgl. ebd., S. 195.

⁴⁸⁾ R. Wittram, *Geschichtsauffassung und Außendeutschum*, in: *Volk und Hochschule im Umbruch*, hrsg. v. A. Schürmann, Oldenburg 1937, S. 105—117, hier: S. 107.

⁴⁹⁾ Zit. bei J. Kalisch/G. Voigt, a. a. O. (Anm. 44), S. 188, Anm. 4. Vgl. auch das Vorwort (Dezember 1941) der Aufsatzsammlung: R. Wittram, *Rückkehr ins Reich. Vorträge und Aufsätze aus den Jahren 1939/1940*, Posen 1942.

⁵⁰⁾ Die bibliographischen Angaben finden sich in: W. Holtzmann/G. Ritter (Hrsg.), *Die deutsche Geschichtswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Bibliographie des historischen Schrifttums deutscher Autoren 1939—1945*, 2 Bde., Stuttgart 1951.

alliierten Entnazifizierung, die hautnahen Erfahrungen der Deutschen mit der Roten Armee und dem Stalinismus in der DDR und der Antikommunismus als politischer Basiskonkordens der Bundesrepublik erlaubten in Verbindung mit einer nichtexistenten Ostpolitik der Adenauer-Ära, unter veränderten Vorzeichen und mit anderen Akzenten viele der Themen weiterzuverfolgen, die auch vor 1945 auf der Tagesordnung standen. Auch wenn man von diesen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ausgeht, muß die Kritik dort ansetzen, wo die Ostforschung angesichts der spezifischen Herausforderung, welche die säkulare Katastrophe von 1945 aus deutscher Sicht darstellte, nicht einmal ansatzweise zu einer kritischen Verarbeitung der Ursachen dieser Katastrophe vorstieß, sondern sich in Abendland- und Europa-Ideologien flüchtete und auf diese Weise als Wissenschaft ihre kritisch-rationale Funktion völlig verdrängte. Soweit die Entwicklung zu übersehen ist, dominierten bis weit in die sechziger Jahre hinein klägliche Apologie und pathetische Abendlandapothese im Erscheinungsbild der Ostforschung. Nur allmählich löste sich die Osteuropa-Historiographie aus ihrer „deutschumsgeschichtlichen Selbstisolierung“⁵¹⁾, und erst durch Arbeiten wie Günter Stöckls „Osteuropa und die Deutschen“ von 1967 ist hier ein deutlicher Wandel markiert. Der Einfluß eines Generationswechsels und veränderter gesellschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen wären als Erklärungsmomente heranzuziehen. Eine Vordenker- und Aufklärerfunktion des Wissenschaftlers war in den ersten Jahren nach 1945 im Kreise der Osteuropaforscher zunächst kaum erkennbar. Die verbrecherische Politik des Nationalsozialismus im Osten wurde vom Institut für Zeitgeschichte aufgearbeitet, kaum von den zahllosen Instituten und Arbeitskreisen, die sich mit Ostmitteleuropa befaßten. Die erste gründliche, auf Akten fußende Untersuchung der nationalsozialistischen Polenpolitik stammte nicht von einem Osteuropa-Historiker, sondern von Martin Broszat⁵²⁾.

Das von DDR-Historikern und z. T. auch von polnischer Seite entworfene Bild der Ostfor-

schung als „Stoßtrupp des Imperialismus“ ist ein Zerrbild. Beschäftigung mit „dem Osten“ ist nicht per se Revanchismus, wie hier suggeriert wird⁵³⁾. Der ungeheure historische Kontinuitätsbruch von 1945 und der Verlust eines riesigen deutschen Territoriums kann nicht mit wohlfeilen politischen Proklamationen ad acta gelegt werden. Insofern forderte 1945 zu intensiver Beschäftigung mit Osteuropa heraus. Das eigentlich Skandalöse ist jedoch die Einäugigkeit und historisch-politische Einseitigkeit in der Beschäftigung der westdeutschen Nachkriegsforschung mit „dem Osten“. Spezialisten waren unter den Bedingungen des Kalten Krieges gefragt, und so konnten die meisten Ostforscher auch aus Institutionen wie dem IDO oder der „Reichsuniversität Posen“ wieder aktiv werden. Der „Göttinger Arbeitskreis“, bereits 1946 gegründet und mit einem Auftrag der amerikanischen Militärregierung für ein Gutachten über die Oder-Neiße versehen, spielte in den fünfziger und sechziger Jahren eine unheilvolle Rolle hinsichtlich wissenschaftlich untermauerter antipolnischer Öffentlichkeitsarbeit. Zu den Autoren gehörten auch frühere Mitarbeiter des IDO in Krakau⁵⁴⁾. Unter den Publikationen dieses Arbeitskreises gab es kaum veränderte Neuauflagen von Arbeiten aus dem Dritten Reich, die sich als Fundgrube nationalsozialistischer Propaganda im Krieg bewährt hatten: So Kurt Lücks 1942 in Posen erschienene Arbeit „Deutsche Gestalter und Ordner im

⁵³⁾ Neben den bereits genannten Pamphleten aus der DDR wäre als Beispiel aus Polen zu nennen: J. Szlarczyński/T. Walichnowski, Ostforschung. The Role of West German Political Science, Warsaw (Interpress) 1970. Vgl. ferner die nützliche, aber nicht immer zuverlässige, „für den Dienstgebrauch“ bestimmte polnische Publikation von R. Fuks (Hrsg.), Przedstawiciele „Ostforschung“ w Niemieckiej Republice Federalnej, Warszawa 1973.

⁵⁴⁾ Zum Göttinger Arbeitskreis vgl. J. Frh. von Braun, Über den Göttinger Arbeitskreis, in: Jb. d. Albertus-Universität zu Königsberg, 1 (1951), S. 160 ff.; ders., Fünf Jahre Arbeit für den deutschen Osten. Der Göttinger Arbeitskreis, ebd., 2 (1952), S. 208—251. Im einzelnen können personelle und inhaltliche Kontinuitäten hier nicht untersucht werden. Auch lassen sich unter den Publikationen erhebliche Qualitätsunterschiede feststellen. Als ein Beispiel unter vielen sei hier genannt: Dr. habil. Erhard Riemann, ehemaliger Leiter der mit 32 Mitarbeitern stärksten Sektion „Rasse- und Volkstumsforschung“ des IDO, 1955 Dozent und seit 1963 Professor in Kiel, publizierte in der Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises Nr. 19 seine „Volkskunde des Preußenlandes“, Kitzingen 1952. Die Reihe wurde redigiert von H. Wolfrum, ehemals SS-Obersturmbannführer und Leiter der Zweigstelle Warschau des IDO. Vgl. R. Fuks, a. a. O. (Anm. 53), S. 111.

⁵¹⁾ K. Zernack, a. a. O. (Anm. 1), S. 18.

⁵²⁾ M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939—1945, Stuttgart 1963. Hinzuweisen ist freilich auch auf die Darstellung von H. Roos im Osteuropa-Handbuch, Polen, hrsg. v. W. Markert, Köln 1959, und in seiner Geschichte der polnischen Nation 1916—1960, Stuttgart 1961.

Osten", 1957 von Victor Kauder (ebenfalls volksdeutscher Herkunft) unter dem Titel herausgegeben: „Deutsch-polnische Nachbarschaft. Lebensbilder deutscher Helfer in Polen“. Aus „Gestalten und Ordnen“ waren nun Helfer geworden. Auch ein Vergleich der Vorwörter spricht für sich⁵⁵).

Im übrigen wird in den meisten Publikationen dieses und anderer Arbeitskreise jenes fatale Interpretationskonzept deutlich, das auch in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit anfänglich dominierte: Die historische Ursachenkette wird um unbequeme Erklärungsglieder (wie Ostmarkenkampf, Revisionspropaganda, Vernichtungspolitik) verkürzt, das historische Verhältnis Deutschlands zu Ostmitteleuropa vorwiegend in die Schablone „Leistung und Schicksal“ gezwängt⁵⁶).

Diese Feststellung gilt nicht minder für Hermann Aubin, der nach 1949 zu den führenden Vertretern der westdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte gehörte. Er hatte sich in seiner Wortwahl in seinen im Dritten Reich geschriebenen Arbeiten nie so exponiert wie etwa Wittram. Um so leichter wurde es nun offenbar, das Thema Osten mit gewissen Varianten auf der gleichen Linie weiterzubehandeln. In nachgerade erschreckendem sprachlichen Schwulst wurden „der deutsche Osten“ in einem von Aubin herausgegebenen Sammelband sogar zum metaphysischen Problem stilisiert, die Ursachen des Verlusts der deutschen Ostgebiete und der Sowjetisierung Ostmitteleuropas in inhaltsleere gesamteuropäische und abendländische Nebelschwaden gehüllt⁵⁷). Schwerer wiegt jedoch die Konti-

nuität inhaltlicher Konzepte in der Interpretation des deutschen Verhältnisses zu Osteuropa.

In seinem 1939 erschienenen Buch „Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung“ entwickelte Aubin programmatisch die These von einem „durchgehenden Zusammenhang“ einer „deutschen Ostbewegung“ in der Beziehungsgeschichte zwischen Deutschland und Osteuropa seit dem frühen Mittelalter⁵⁸). Ein — so Aubin — „allzugroßer Abstand an Menschen und Kultur an der deutschen Ostgrenze bestand, der nach Ausgleich drängte“. Die „Ganzheit der Betrachtung in der Dreiheit von Raum, Zeit und Inhalt“ war sein methodisches Postulat für die Erforschung der Ostbewegung. Volksgeschichte sollte die Staaten-geschichte teils ergänzen, teils erneuern, teils ersetzen. Aubin bezog sich dabei auf die vor ihm entwickelten Begriffe von deutschem Kultur- und Volksboden und verwies auch auf Ratzels geopolitischen Ansatz. „Nach dem Zusammenbruch von 1918 war die Besinnung auf den eigenen Besitz und Sammlung der Trümmer die dringlichste Aufgabe ... Unabhängig von aller staatlicher Abmarkung erschien da vor allem in dem zerspaltenen Osten das Gesamtbild deutschen Lebensraums.“⁵⁹)

Diese Volksgeschichte als „Ganzheitsforschung“, inhaltlich auf Schlagworten und Konzepten vom Ost-West-Gefälle, von der deutschen Kulturträgerrolle, vom deutschen Volks- und Kulturboden in Ostmitteleuropa fußend, sollte die verschiedensten Wissenschaftsdisziplinen wie Bevölkerungsgeschichte, Rassenkunde, Kulturbio-logie, Siedlungsforschung, Rechtsgeschichte, Kulturgeographie, Wirtschaftsgeschichte, politische und Geistesgeschichte integrieren und damit das Postulat der Einheit von Raum, Zeit und Inhalt in der deutschen Ostbewegung einlösen. In seiner einseitigen, ja chauvinistischen Deutschtumsorientierung verfestigten solche Konzepte, für die hier der Name Aubin nur exemplarisch steht, bei den betroffenen Völkern das Gegenstereotyp vom „deutschen Drang nach Osten“ als einer ebenfalls durchgehenden Triebkraft und Bewegung in der Geschichte Deutschlands und Osteuropas. Ein sachgerechter Zugang zu einem komple-

⁵⁵) Deutsche Gestalter und Ordner im Osten. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum, in Verbindung mit dem Institut für Deutsche Ostarbeit, Krakau, unter Mitwirkung von zahlreichen Mitarbeitern hrsg. v. K. Lück, 2. erw. A. Leipzig 1942 (Ostdeutsche Forschungen, hrsg. v. V. Kauder); Deutsch-polnische Nachbarschaft. Lebensbilder deutscher Helfer in Polen, unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. v. K. Lück (†); 3. veränderte u. ergänzte A., hrsg. v. V. Kauder, Würzburg 1957 (Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichung Nr. 178).

⁵⁶) So der bezeichnende Titel einer Ausstellung (und einer gleichnamigen Publikation): E. G. Schulz (Hrsg.), Leistung und Schicksal. Abhandlungen und Berichte über die Deutschen im Osten, Köln 1967. In dieses Konzept lassen sich auch zwei Publikationen des Göttinger Arbeitskreises einordnen: Das östliche Deutschland. Ein Handbuch, hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959. Deutschlands Ostproblem. Eine Untersuchung der Beziehungen des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, hrsg. v. Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1957.

⁵⁷) H. Aubin, (Hrsg.), Der deutsche Osten und das

Abendland. Eine Aufsatzsammlung, München 1953.

⁵⁸) H. Aubin, Zur Erforschung der deutschen Ostbewegung, Leipzig 1939.

⁵⁹) Die Zitate ebd., S. 6—10.

zen historischen Zusammenhang wurde auf diese Weise von zwei Seiten erschwert⁶⁰⁾.

Wenn Karl Ferdinand Werner für die deutsche Geschichtswissenschaft festgestellt hat, daß das Prinzip Rasse die Praxis von Studium und Forschung nur in geringem Maße geprägt habe⁶¹⁾, so gilt das auch für große Teile der Osteuropaforschung, vor allem für die osteuropäische Geschichte im engeren Sinne. Aber der Weg von volksgeschichtlichen Ansätzen zu rassistischen Maximen war nicht weit. So schrieb denn auch Aubin 1940, „die Annäherung im Kulturniveau zwischen Deutschland und den osteuropäischen Nachbarvölkern“ sei „nicht allein eine Frage von Kulturübertragung, sondern auch von Blutsaustausch“ gewesen⁶²⁾.

Aubin hat die ideologische Funktion dieser Ostforschung nach 1945 offenbar nie als Problem empfunden und auch keine Veranlassung gesehen — wie etwa Wittram —, sich von seinen früheren völkischen Auffassungen zu distanzieren. Sein Vorwort „An einem neuen Anfang der Ostforschung“ zum ersten Heft der 1952 gegründeten „Zeitschrift für Ostforschung“, deren Mitherausgeber er als zeitweiliger Präsident des Herder-Forschungsrats war, liest sich eher als Bekenntnis zur Kontinuität unter einer völlig veränderten Konstellation, läßt jede kritische Bemerkung zur problematischen Vergangenheit der Ostforschung vermissen und verkennt total die auf Lebensraumgewinnung gerichtete

⁶⁰⁾ Zu diesem komplexen Problem ausführlich: W. Wippermann, *Der „deutsche Drang nach Osten“. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagwortes*, Darmstadt 1981, bes. S. 104 ff., wo auf die partiell rassistische Einfärbung der Vorstellung vom „Drang nach Osten“ verwiesen wird.

⁶¹⁾ K. F. Werner, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Stuttgart 1967, S. 49, S. 67.

⁶²⁾ H. Aubin, *Das deutsche Reich und die Völker des Ostens*, in: *Die Burg*, 1 (1940), S. 13.

Zielsetzung des Nationalsozialismus⁶³⁾. Noch 1961 hielt Aubin an seinem Konzept einer klassen- und epochentranszendenten „deutschen Ostbewegung“ als „Grundstrom abendländischen Lebens“, wenn auch in wechselnder Stärke durch alle Jahrhunderte, fest⁶⁴⁾.

Man mag solche Vorstellungen als subtilen Revanchismus oder als ressentimentgeladene Gedankenlosigkeit verstehen, sie machten in jedem Falle das immer wieder proklamierte Ziel einer deutsch-polnischen Nachbarschaft zur Phrase und zeigen, wie wenig eine historische Teildisziplin, die dazu in besonderem Maße aufgerufen gewesen wäre, das Dritte Reich und das Epochenjahr 1945 verarbeitet hat.

„Ressentiments verletzen den Respekt vor der Trauer um das Verlorene“ sagte Willy Brandt in seiner Rede in Warschau anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages 1970. „Ein klares Geschichtsbewußtsein duldet keine unerfüllbaren Ansprüche.“⁶⁵⁾ Ein großer und besonders öffentlichkeitswirksamer Teil der deutschen Ostforschung hat zu dieser Erkenntnis wenig oder erst spät beigetragen.

⁶³⁾ Zu den Herausgebern der Zeitschrift gehörte auch Erich Keyser, der 1941 in unverblümter Offenheit die nationalsozialistischen Umsiedlungsaktionen zum Gegenstand historisch-wissenschaftlicher Beobachtung zu machen gefordert hatte. E. Keyser, *Die Erforschung der Bevölkerungsgeschichte des deutschen Ostens*, in: *Deutsche Ostforschung*, hrsg. v. H. Aubin u. a., Bd. 1, Leipzig 1942, S. 90—104. Dort hieß es u. a.: „Die Aussiedlung von Polen aus den östlichen Reichsgauen und die Ansiedlung der deutschen Rückwanderer aus den entfernteren Ostgebieten muß laufend beobachtet und überliefert werden... Es handelt sich heute um einen Massenaustausch von Volksgruppen, wie ihn der deutsche Osten zuvor noch nicht gesehen hat. Es werden die Grundlagen für eine Neubildung des ostdeutschen Volkstums geschaffen, die sich für Jahrhunderte wirksam erweisen werden.“ (S. 103).

⁶⁴⁾ Zit. b. W. Wippermann, a. a. O. (Anm. 60), S. 127.

⁶⁵⁾ Text in: *Keesings Archiv der Gegenwart*, 1970 (8. Dezember), S. 15913.

Hagen Schulze: Die Versuchung des Absoluten. Zur deutschen politischen Kultur im 19. und 20. Jahrhundert

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/84, S. 3—10

Seit einigen Jahren nehmen die Stimmen derer zu, die im politischen Diskurs deutscher Öffentlichkeit eine kennzeichnende Neigung zur Abkehr von rationaler, nüchterner Urteilsfindung, von der Bereitschaft, den Argumenten Andersdenkender zuzuhören und ihnen sachlich zu entgegnen, und vom pragmatischen Kompromiß als Voraussetzung des friedensstiftenden Interessenausgleichs konstatieren. An die Stelle solcher demokratischer Tugenden tritt zunehmend die Hinwendung zur Idee des Absoluten und deren Verwirklichung in der irdischen Politik, die Sehnsucht nach gefühlsmäßiger Harmonie, die Ideologisierung der Auseinandersetzung und eine scharfe Freund-Feind-Polarisierung. Dieses Syndrom ist klassischer Bestandteil deutscher politischer Kultur der vergangenen zweihundert Jahre, nicht im Sinne eines „deutschen Sonderwegs“, wohl aber in dem eines „deutschen Sonderbewußtseins“. Die Wurzeln dieser Entwicklung sind vielfältig: da ist die unglückliche Geschichte der deutschen Nationalstaatsbildung, der immerwährende Gegensatz zwischen nationaler Identität und staatlicher Wirklichkeit; daraus folgen Frustrationen und Identitätsschwächen, die die Bildung gemeinschaftsstiftender Feindbilder und utopischer Daseinsentwürfe begünstigen. Hinzu treten die besonderen Traditionen der deutschen politischen Philosophie, die in wesentlichen Aspekten von den Denkkategorien westlicher Demokratien verschieden sind, sowie die Folgen einer überstürzten Industrialisierung, die nie adäquat verarbeitet wurde.

Karl-Heinz Ruffmann: Geschichte als aktuelle Orientierungshilfe. Zum Fehlen einer dauerhaften internationalen Friedensordnung im 20. Jahrhundert

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/84, S. 11—20

Die bisherige Geschichte des 20. Jahrhunderts weist als wesentliches Kennzeichen das Fehlen oder Scheitern einer tragfähigen internationalen Friedensordnung auf. Verantwortlich dafür sind in erster Linie drei Faktoren, Prozesse und Verhaltensweisen: nationalstaatliche Egozentrik, politisch-ideologische Spaltung der Welt und wechselseitige Fehleinschätzungen von Hauptakteuren der Weltpolitik. Der eine friedliche Zukunft der Menschheit langfristig vielleicht am stärksten gefährdende Nord-Süd-Konflikt bleibt deshalb unberücksichtigt, weil er im Unterschied zu den drei genannten, im 20. Jahrhundert durchgängig wirksamen Faktoren erst in den sechziger Jahren voll in Erscheinung getreten ist.

In dem Bemühen, Geschichte als aktuelle Orientierungshilfe für das Friedensthema nutzbar zu machen, werden aus der Kurzanalyse der drei genannten Faktoren diese gegenwartsbezogenen Folgerungen abgeleitet: radikale Absage an nationalstaatliche Egozentrik, aber engagiertes Festhalten am nationalen Prinzip auch und gerade aus gesamtdeutscher Friedensverantwortung mit übernationaler Wert- und Zielsetzung; Verstärkung der Anstrengungen, den nach wie vor unaufhebbaren macht- und ordnungspolitischen Fundamentalkonflikt zwischen Ost und West durch Verhandlungen unter Kontrolle zu halten, auch Teilkonflikte, sofern möglich, einvernehmlich zu lösen und auf möglichst niedriger militärischer, insbesondere atomarer Paritätsebene einen freilich weiterhin labilen Weltfrieden zu gewährleisten; Schärfung unseres kritischen Bewußtseins dafür, daß die friedensbedrohende Gefahr wechselseitiger Fehleinschätzungen von Hauptakteuren der Weltpolitik fortbesteht.

Josef Henke: Verführung durch Normalität — Verfolgung durch Terror. Gedanken zur Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/84, S. 21—31

Die Vielfalt nationalsozialistischer Herrschaftsmittel ist nicht beschreibbar als ein beziehungsloses Nebeneinander von Revisions- und Expansionspolitik, begeisternden Festen und unpolitischem Alltag, bewußter Pflege vertrauter Wertkategorien und radikaler Umkehrung traditioneller Wertsysteme, von bürokratischen Mechanismen und ungehemmter Machtdurchsetzung, von Verführung durch Normalität für die Mehrheit und Verfolgung durch Terror für die Minderheit. Vielmehr handelt es sich um unterschiedliche Formen ein und desselben, auf die Kerninhalte der prinzipiell menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie ausgerichteten Systems.

Die in der Quellenüberlieferung jener Epoche dokumentierte Vielfalt der Herrschaftsmittel des NS-Regimes ist im historischen und politischen Bewußtsein der Deutschen heute keineswegs so präsent, wie es ihrer Bedeutung für die Bewertung unserer jüngsten Geschichte entspräche. Neben allgemeinem Desinteresse an geschichtlichen Ereignissen sind als Gründe zu nennen: mangelnde Informationsmöglichkeiten, vor allem aber eine zu einseitigen Betrachtungsweisen führende, quellenferne Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus insbesondere in außerwissenschaftlichen Bereichen, schließlich auch bewußte Desinformationen aus tagespolitischen Motiven.

In vier Bereichen wird die Vielfalt der Herrschaftsmittel aus schriftlichen Quellen und mündlicher Überlieferung von Zeitgenossen dargestellt, wobei das Verhältnis zwischen Erlebnissen der Betroffenen einerseits, der Erkenntnisfähigkeit und -bereitschaft heute Urteilender andererseits berücksichtigt wird.

Christoph Kleßmann: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/84, S. 33—45

Die Osteuropaforschung in Deutschland weist seit Beginn dieses Jahrhunderts zwei unterschiedliche Traditionen auf, die nicht zuletzt ihre Stellung im Dritten Reich wesentlich beeinflußt haben: zum einen die Tradition der im ausgehenden 19. Jahrhundert entstandenen Disziplin osteuropäische Geschichte, zum anderen die der besonders in der Weimarer Republik ausgeprägten Ostforschung, welche die Geschichte Osteuropas vor allem aus dem Blickpunkt der Rolle der Deutschen im Osten interpretierte. Insbesondere diese zweite Traditionslinie hat im Dritten Reich (vor allem in der Phase der Besatzungspolitik) eine wichtige Rolle gespielt. Die Ostforschung ließ sich recht unmittelbar für die politischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus funktionalisieren. Das „Institut für Deutsche Ostarbeit“ in Krakau und die „Reichsuniversität Posen“ lassen sich hier als zwei exemplarische Beispiele anführen. Für die eigentliche Fachdisziplin „Osteuropäische Geschichte“ läßt sich demgegenüber feststellen, daß sie schon frühzeitig aus- oder gleichgeschaltet wurde, weil ihr methodischer Zugriff kaum ins politische Konzept der Nationalsozialisten paßte. Die doppelte Tradition der Osteuropa-Forschung ist auch nach 1945 wirksam geblieben, so daß sich unter der Konstellation des Kalten Krieges z. T. fatale personelle und inhaltliche Kontinuitäten fortsetzen konnten.